

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren : G. Beckmann,
G. v. Below, A. Cartellieri, F. Delitzsch, W. Goetz, H. Holtzmann,
P. Joachimsen, H. Lletzmann, Ed. Meyer, F. Philippi, H. Reinke-Bloch,
R. Sternfeld, F. Vigener, A. Wahl, G. Wolff, J. Ziekursch u. a.

herausgegeben von Dr. E. Ebering.

— Heft 168 —

Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien (1873—1890)

Von

Dr. Kurt Wawrzinek

BERLIN

1927

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.

Vaduz
1965

Historische Studien

Verlag von Julius Springer
Berlin, 1904
Preis 10 Mark

Die Entstehung

deutscher Antisemitparteien

(1875-1900)

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

REPRINT

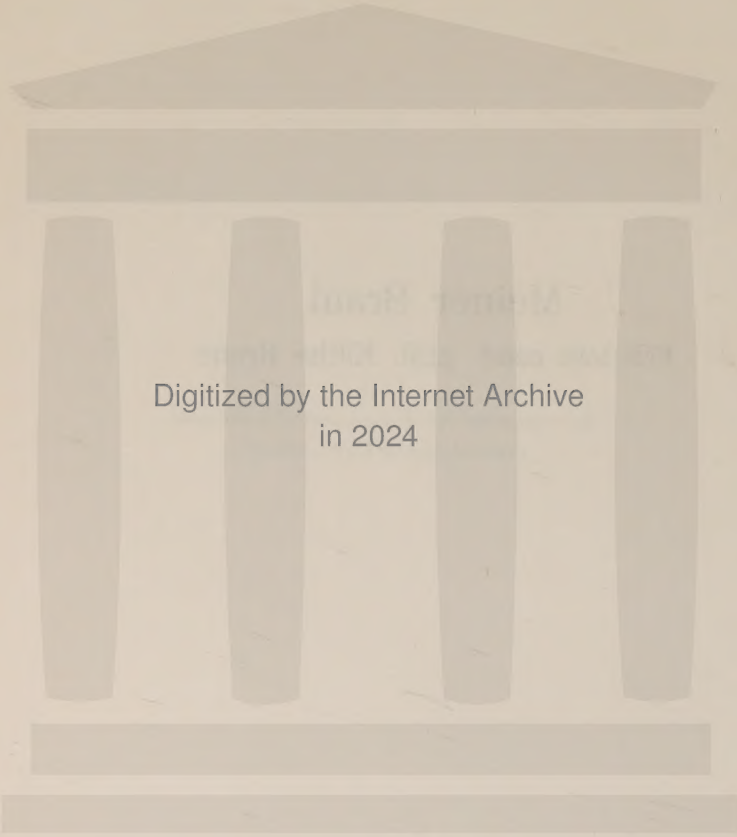
1904

Reprinted from the
original copy in the
collections of the
New York Public Library

Printed in the United States of America

Meiner Braut

Fräulein cand. phil. Käthe Bruns



Digitized by the Internet Archive
in 2024

I.

Judenfeindliche Strömungen in dem Kampfe gegen Bismarcks nationalliberale Aera.

Durch das Gesetz vom 3. Juli 1869 wurden die Juden von allen ihre staatsbürgerliche Stellung einengenden Bestimmungen im Norddeutschen Bundesgebiet befreit und der christlichen deutschen Bevölkerung gleichberechtigt an die Seite gestellt.

Die Emanzipationsverhandlungen im Vereinigten Landtage 1847 wie die im Preußischen Landtage 1859 hatten gezeigt, daß besonders von den Altkonservativen eine Opposition gegen dieses liberale Gesetz und seine Wirkungen zu erwarten war.

Die Veränderung der Stellung der Juden im Staate forderte vom deutschen Volk eine Umstellung gegenüber diesem bisher vielfach verachteten und wegen seines wirtschaftlichen Einflusses unbeliebten Element. Die Gewöhnung an jüdische Richter und Lehrer wurde besonders dem strenggläubigen Teil des christlichen Volkes nicht leicht.

Die Aufnahme der Juden in die deutsche staatsbürgerliche Gemeinschaft konnte sich nicht reibungslos vollziehen.

Dazu kam die wirtschaftliche Stagnation nach dem „Großen Krach“ von 1873; und wie gewöhnlich Judenfeindschaft durch materielle Notlagen mit bedingt wird, wirkte auch die schwere Wirtschaftskrise, die das neue Reich in dem ersten Jahrzehnt seines Bestehens heimsuchte, in dieser Richtung.

Der „Große Krach“ von 1873, eine der schwersten Erschütterungen des Finanz- und Wirtschaftslebens des 19. Jahrhunderts, war keineswegs auf Deutschland beschränkt, sondern zog neben sämtlichen bedeutenderen europäischen Märkten besonders hart die nordamerikanische Finanzwelt in Mitleidenschaft. Man hat diesen Zusammenbruch eine Krise der Eisenbahnen genannt. Dies mag er vor allem für Amerika gewesen sein. Für Deutschland kennzeichnet er sich als allgemeine Börsen- und Absatzkrise.

Vor dem deutsch-französischen Kriege war die durch den ungeheuren Aufschwung der Kohlen- und Eisenproduktion, der chemischen Industrie und des Eisenbahnwesens befruchtete Unternehmerlust zurückgehalten durch die ungeklärte politische Lage. Nach dem entscheidenden Sieg mit der Begründung des deutschen Reiches aber war die Spekulation, begünstigt durch weitgehende liberale Reformen in wirtschafts- und finanzpolitischer Hinsicht, „nicht mehr zu halten und stürzte sich wie ein losgelassener Renner auf den Markt“.¹ Befruchtend, aber auch verheerend wirkte eine bis dahin kaum für denkbar gehaltene Finanzoperation, die rasche Zahlung der französischen Milliarden; Unruhe brachte dem Finanzmarkt die Einführung der Goldwährung in Deutschland (3. VII. 1873), durch die zeitweise mehrere 100 Millionen Taler dem Verkehr entzogen wurden; den Regierungen kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie durch übertrieben beschleunigte Rückzahlung der Kriegsanleihen die Spekulationswut noch erhöhten.

Diesen allgemeinen Drang nach Kapitalsanlage begünstigte das Aktiengesetz vom 11. VI. 1870. Der hierdurch verfügten Aufhebung des Konzessionszwanges stand keine genügende Sicherung der Aktionäre gegenüber; ein offensichtlicher und sehr verhängnisvoller Mangel.

Unter diesen günstigsten Bedingungen wuchs die Zahl neuer Unternehmungen und Aktiengesellschaften unglaublich rasch. Preußen zählte z. B. von 1790 — 1867 die Gründung von 225, von 1867 — 1870, die von 54 Aktiengesellschaften. Nach dem Erlaß des neuen Aktiengesetzes kamen 1870 54, 1871 259, 1872 504 Aktiengesellschaften hinzu; darunter 1872 49 Banken, 61 Bau- gesellschaften, 65 Berg- und Hüttenwerke, 30 Brauereien und Malzfabriken, 16 chemische Fabriken. — Auch das Jahr 1873 begann mit diesen Gründungserfolgen, das 1. Halbjahr wies 169 neue Gesellschaften auf. Zweifel jedoch an der Sicherheit vieler dieser neuen Unternehmungen muß die Tatsache hervorrufen, daß sich das Kapital der Aktiengesellschaften von 1 026 172 455 Tlr. im Jahre 1870 bis Juli 1874 nur um 1 429 925 925 Tlr. erhöhte, während sich die Zahl der Gesellschaften in der gleichen Zeit mehr als verdreifachte.

Ein besonderes Verhängnis bei dem Zusammenbruch be-

1. Max Wirth: Geschichte der Handelskrisen. Frankf. 1874². S. 454.

stand darin, daß weite Bevölkerungsschichten sich in ungewöhnlichem Maß an den Finanzgeschäften beteiligten. „Damals wollten der hohe Adel und die Geheimen Räte ebenso mühelos verdienen wie die Kutscher und die Dienstmänner, die Bankherren wie die Briefkopisten, die Männer wie die Frauen. Man jobbte an der Börse wie zu Hause, im Hotel wie in der Kneipe, in politischen Versammlungen wie im Gesangsverein“.² Heinrich v. Treitschke schien es, als ob die Grenzen menschlicher Dummheit ins Unermeßliche sich erweitert hätten“, so unsinnig beteiligte sich das von Leichtgläubigkeit und Gewinnsucht betörte Volk an den abenteuerlichsten Projekten.

Die „Gründerreden“ des Nationalliberalen Lasker³ im Preussischen Abgeordnetenhaus am 14. I. und am 7. II. 1873, in denen er drei angesehene Konservative, den Geheimrat Hermann Wagener, den Prinzen Biron-Kurland und den Fürsten Puttbus der Begünstigung zweifelhafter Unternehmungen mit Recht bezichtigte, gaben der Haute Finance ein beachtliches Signal, ohne jedoch die allgemeine „Gründerei“ zu beeinträchtigen. Auch nach der österreichischen Katastrophe am 9. V. blieb dem deutschen Publikum der Optimismus. Im Oktober 1873 begann mit dem Zusammenbruch der Quistorpschen Vereinsbank, in der 27 Banken zusammengeschlossen waren, das Unheil mit aller Stärke in Deutschland, verheerender noch durch die Nachrichten von den Kursstürzen in Amerika.

Dem Börsenkrach folgte die Absatzkrise. Am empfindlichsten traf sie die Eisenindustrie, die sich auf die Riesenaufträge der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit eingestellt hatte. Die Preise sanken, mit ihnen fielen Arbeitslöhne und Gehälter; Arbeiterentlassungen wurden notwendig. 1877 sahen sich selbst Optimisten, die bis dahin dank großer Finanzreserven ins Blaue hinein hatten produzieren können, gezwungen, dem allgemeinen Stillstand Rechnung zu tragen.

Gleichzeitig mit der Stagnation der Industrie wuchs die Not

2. Wirth a. a. O. 282.

3. Lasker, 1829—1884. Mitbegründer der nationalliberalen Partei und ihr hervorragendster Parlamentarier bis zu seinem Ausscheiden (1880). Verdient durch seine Verhandlungen mit den süddeutschen Parlamentariern 1870 über den Anschluß Süddeutschlands an den Norddeutschen Bund. — Wesentlichen Anteil hatte er in der parlamentarischen Bearbeitung und Vertretung der Kulturkampfgesetze 1873.

der deutschen Landwirtschaft. Die Konkurrenz des Ueberseeimportes an Fleisch und Getreide hatte ihre Erzeugnisse nicht nur im Außenhandel verdrängt, sondern machte ihr nun selbst den Binnenmarkt streitig.

Neben ungeheuren Kapitalverlusten, neben der allgemeinen Notlage des Arbeiterstandes und des Kleinbürgertums gehört zu den verheerenden Folgen des „Kraches“ eine in den Gründerpraktiken üblich gewordene Korruption des Geschäftslebens. Dem extremen Manchestertum war, entsprechend der „Kampf-ums-Dasein“-Theorie die Rücksichtslosigkeit beherrschendes Motiv. Die in der „Blüte“zeit um 50 % erhöhten Arbeitslöhne hatten die gewissenhafte Arbeitslust sinken lassen. Das Ergebnis des Niederganges kennzeichnet das Prädikat, das deutschen Industrieerzeugnissen auf der Ausstellung in Philadelphia 1876 erteilt wurde: „Nachlässige und schwindelhafte Arbeit“.⁴

Am empfindlichsten von der Krisis betroffen wurden Mittel- und Norddeutschland; Süddeutschland kam glimpflich davon. Auch der bis 1866 beherrschende Börsenvorort Frankfurt wurde weniger in Mitleidenschaft gezogen. Die hier ansässigen älteren jüdischen Firmen hatten an den unsicheren Unternehmungen wenig Anteil genommen. Dagegen galt die neue Börsenzentrale, Berlin, als Hauptplatz der unsoliden Börsen- und Gründungsunternehmungen.

Hier fiel es nicht schwer, wegen des hohen Prozentsatzes, den unter den Geldleuten die jüdischen Bankiers repräsentierten, wegen der zahlreichen Börsenbesucher jüdischen Ursprungs, wegen der augenfälligen Zunahme der isrealitischen Bevölkerung Berlins, die vornehmlich durch Zuwanderung aus dem Osten stammender, vielfach wenig gern gesehener Handelsleute hervorgerufen war, die jüdischen Mitbürger der Hauptschuld an dem „Krach“ zu zeihen.

In diesem Sinne brachten zuerst die Aufsätze von Otto Glagau über den „Börsen- und Gründungsschwindel in Berlin“ die Stimmung der Geschädigten zum Ausdruck. Von Dezember 1874 bis Dezember 1875 veröffentlichte er in der in kleinbürgerlichen, liberalen Kreisen verbreiteten „Gartenlaube“ eine Reihe von Artikeln, in denen er den „Gründungsschwindel“ brandmarkte. Die Identifizierung der Börse mit dem Judentum und ihre Kenn-

4. Wirth S. 286.

zeichnung als Mittelpunkt des Betruges und der Volksausbeutung gelang ihm den Massen gegenüber leicht. 90 % aller Gründer seien Juden.⁸ „Das Judentum ist das angewandte, bis zum Extrem durchgeführte Manchestertum. Es kennt nur den Handel, und auch davon nur noch den Schacher und Wucher. Es arbeitet nicht selber, sondern es läßt andere für sich arbeiten..... Sein Zentrum ist die Börse.“⁹

An Glagau schlossen sich bald jene Agrarkreise um die von M. Anton Niendorf¹⁰ redigierte „Deutsche Landeszeitung“ an, die den Kampf gegen das mobile Kapital und gegen den Zwischenhandel zu ihrer Aufgabe gemacht hatten.¹¹ Unter dem Motto „Hinaus mit ihnen“ (d. h. mit den Juden) nahm noch 1875 die freisinnige „Staatsbürgerzeitung“ dieselbe Agitation auf.

Das parteipolitische Gegenstück zu diesem auf wirtschaftlichem Boden entbrannten Kampf gegen das „jüdische Manchestertum“ bildete die seit 1875 immer deutlicher hervortretende Strömung gegen den „jüdischen Liberalismus“. „Es war vorauszusehen, daß die stille Verwunderung über die führende Stellung, welche ein Jude (Lasker) im neuen deutschen Parlamentarismus einnahm, früher oder später laut werden und ihren Rückschlag haben mußte“.¹²

Den Gegnern der nationalliberalen Aera konnte sich kaum ein kräftigeres Agitationsmittel bieten als die Kennzeichnung des herrschenden Systems mit dem Schlagwort „Judenpolitik“.

Wirksam gehandhabt hat es zunächst die „Kreuzzeitung“ in den Perrotschen „Aera-Artikeln“.¹³ Der „klägliche Mißstand der neudeutschen Wirtschaftspolitik“ habe als seinen intellektuellen Urheber Bismarcks „spiritus familiaris“ Bleichröder. Dieser „regierende Bankier“ sei selbstverständlich Jude, wie auch die ganze nationalliberale Aera Bismarcks eine Bankierpolitik von und für Juden betreibe. Durch Lasker und Bamberger, die jüdischen Führer

8. Otto Glagau: Des Reiches Not und der neue Kulturkampf. Osnabrück 1880. S. 27.

9. O. Glagau: Der Bankerott des Nationalliberalismus und die Reaktion.

10. 1826—1878. 1848 begeisterter Revolutionär, in der Reaktionszeit mit Gefängnis bestraft, aus Berlin ausgewiesen. 1869—71 Abgeordneter (fortschr.) im Preuß. Landtag. 1875 aus der Fortschrittspartei ausgeschieden, Führer der Steuer- und Wirtschaftsreformer.

11. „Reichsgeldmonopol“ Cassel Nr. 28. 1883.

12. Bamberger: Deutschtum und Judentum, Lpz. 1880.

13. Kreuzzeitung 1875, Nr. 148—152.

der mächtigsten Partei, der Nationalliberalen, beherrschten die „Mitbürger semitischer Rasse“ die Gesetzgebung; mit Hilfe der nationalliberalen Presse regierten sie das deutsche Volk und sorgten vor allem dafür, daß dieses die planmäßig angelegte Judenpolitik nicht erkenne, denn sowie das geschähe, müßte natürlich die Reaktion eintreten und „es kann alsdann die Stellung der Juden in unserm Staatsleben hiervon nicht unberührt bleiben“.

Aus der scharfen Gegenüberstellung der christlichen deutschen Bevölkerung zu den „Mitbürgern“ semitischer Rasse ist deutlich die Unzufriedenheit der altkonservativen Extreme mit der Emanzipation erkennbar. Trotzdem liegt nicht die Proklamierung eines Kampfes gegen die Juden als solche im Sinn der Artikel. In einer späteren Erklärung¹⁴ weist die „Kreuzzeitung“ jeden derartigen Gedanken als Intoleranz weit von sich. Mit dem orthodoxen Judentum fühle sie sich religiös eng verbunden. Die Mobilmachung judenfeindlicher Instinkte ist für die „Kreuzzeitung“ rein taktische Maßnahme; die Spitze des Angriffs gilt Bismarck und seiner liberalen Politik. Den Fürsten zu diskreditieren, stellt man ihn als intimen Judenfreund dar. Wie die jüdischen Geldleute in ihrem Streben, die Staaten von sich in Abhängigkeit zu bringen, die leitenden Staatsmänner sich persönlich zu verpflichten suchten, so dürfte andererseits auch Bismarck Ursache gehabt haben, die Gunst der ersteren zu erstreben, „als derselbe, mit spärlichem preußischen Gesandtengehalt und ohne erhebliches Einkommen seinen Souverän in Petersburg, Paris und Frankfurt repräsentieren zu können, allerdings guten Rat in finanziellen Dingen haben mußte“.

Dies von der „Kreuzzeitung“ nur zur Zeit ihres heftigsten Kampfes gegen Bismarck angewandte Mittel, ihn als von Juden abhängig zu verleumden, war den erbittertsten Feinden des Fürsten, der „Antikanzlerliga“, höchst geläufig.

Zu diesen Bismarckhassern zählten neben Dr. Rudolf Meyer, Talchau u. a. in erster Linie der Ultrakonservative Joachim Gehlsen und der klerikale Legationsrat a. D. Otto v. Loë. Ihre Verbindungen reichten einerseits bis in das Lager der Welfen (Graf Borries-Celle) und der Sozialdemokraten (Hasselmann); andererseits aber konnten sie sich des stillen Zusammenhanges mit allerhöchsten Kreisen bei Hofe erfreuen. Als ihr ausgesprochenes

14. Nr. 172. 27. VII. 1875.

Ziel galt, Bismarck „krank zu ärgern“. Dazu dienten neben mehreren Broschüren besonders „das schamloseste aller in Preußen erschienenen Preßprodukte“,¹⁵ die von Gehlsen redigierte „Deutsche Eisenbahnzeitung“ (später „Deutsche Reichsglocke“). Bismarckfeindschaft und Kampf gegen die Juden war diesen Kreisen identisch.¹⁶ „Solange der Fürst Bismarck das allmächtige Idol bleibt, wird die deutsche Nation dem Reiche, das Reich dem Kanzler geopfert werden, und der Kanzler gehört den Juden und Gründern“.¹⁷ Sein „Verdienst“ sei es, die Juden, die Wortführer des Manchesterturns in Parlament und Presse, in Deutschland zur Herrschaft gebracht zu haben.¹⁸ Sie seien seine Hauptkulturkämpfer und strebten in diesem von ihnen entfachten Kampf nach dem Motto „divide et impera“ zur Herrschaft zu gelangen. Daher sei die jüdische Frage eine Lebensfrage für das deutsche Volk; zu ihrer Lösung gelange man nur durch „Beseitigung des jetzigen Systems und seines Trägers“.¹⁹

Neben den Altkonservativen und neben den notorischen Verleumdern, der „Antikanzlerliga“, stand in der Phalanx der Bismarckgegner der 70er Jahre die Zentrumspartei. Auch sie verschmähte es nicht, antijüdische Volksleidenschaften als Bundesgenossen aufzurufen.

Die „religiöse Hetzerei“, der Kulturkampf, sei nur die Flagge, unter der das wirtschaftspolitische Raubrittertum seine Streifzüge unternehme.²⁰ Den deutschen Katholiken werde Vaterlandslosigkeit vorgeworfen; dieser Vorwurf treffe vielmehr die jüdischen Geldmächte, die während des Krieges 1870 eifrig auf die französische Anleihe gezeichnet hätten, der norddeutschen Bundesanleihe gegenüber jedoch „kühl bis ans Herz hinan“ geblieben wären. Letzter Sinn des „Kulturkampfes“ sei nur, das einzige

15. Provinzial-Korrespondenz 24. I. 1877.

16. J. Gehlsen: Aus dem Reiche Bismarck. 1894.

17. Dr. R. Meyer: Politische Gründer und die Korruption in Deutschland. Lpz. 1877. S. 207.

18. „Das kleine Buch vom großen Bismarck“. S. 42/44 (Verfasser nach Jöhlinger: „Bismarck und die Juden“, S. 109 Otto v. Loë; in der 4. Auflage des Buches bekennt sich jedoch Gehlsen zur Verfasserschaft).

19. „Deutsche Eisenbahnzeitung“, 17. II. 1876.

20. Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland. 1873. S. 126.

Hemmnis der Herrschaft der Juden, den christlichen Geist und die kirchliche Autorität, zu beseitigen.²¹

Galten diese Angriffe 1873 dem Manchestertum und dem Liberalismus, so wandte sich mit zunehmender Heftigkeit des Kulturkampfes ihre Spitze mehr und mehr gegen das Reich und die Regierung selbst. Beinahe das ganze deutsche Reich sei jüdischen Ursprungs. „Alles, was bei uns Gesetze gibt, was in den Finanzen, in der Wissenschaft, der Kunst, der Presse, das Wort führt, hat in seinen Adern semitisches Blut rollen“.²² Die Anziehungskraft des Bismarckschen Reiches auf jüdische Zuwanderer, deren Sammelpunkt besonders Berlin sei, beruhe nicht nur auf dem großen materiellen Vorteil, den sie hier fänden, sondern besonders in der völligen Auflösung der christlichen Moral dieses Reiches.

Im Sommer 1875 machte sich auch die „Germania“ als leitendes Zentrumsorgan diese Methode des Kampfes gegen die „Kulturkämpfer“ zu eigen.

In einer langen Reihe von Leitartikeln, hinter denen man Joseph Cremer (später ein Führer der „Berliner Bewegung“) als Urheber vermuten dürfte, nimmt sie das von der „Kreuzzeitung“ angeschlagene Thema auf. Diese habe mit ihren „Enthüllungen“ über die Judenpolitik die wundeste Stelle Deutschlands in den letzten Jahren bloßgelegt. „Wir sagen trotz des unglücklichen religiösen Kampfes, der Deutschland krank macht, direkt: „die wundeste Stelle“. Denn auch der „Kulturkampf“ ist zum größten Teil ... eine Folge jener Judenwirtschaft“.²³ Mit unglaublicher Furie kämpften die Juden in diesem Kampf mit dem Ziel, Rom, das vor 1800 Jahren das jüdische Volk unter die Füße getreten habe, nun zu vernichten.²⁴ Daneben erreichten sie, daß die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes von ihren Börsenoperationen abgelenkt würde und gelangten mit Hilfe der Nationalliberalen zu einer mitregierenden Stellung in Deutschland, das durch die Aera dieser Ausbeuter, Halsabschneider, Güterschlächter, Hofmetzger usw. in größte wirtschaftliche und soziale Nöte gekommen sei.

21. a. a. O. 1873. S. 886.

22. Historisch-politische Blätter 1875 „Neujahrserinnerungen“.

23. Germania Nr. 185, 1875.

24. Germania Nr. 174. 4. VIII. 1875.

Die letztzitierten Ausdrücke weisen darauf hin, daß die „Germania“ den späteren „reinen“ Antisemiten an Kampfesfeier kaum nachstand. Und es gibt auch in der Tat kaum ein Argument, das in den 80er Jahren geltend gemacht worden ist, das sich nicht schon in den Germaniaartikeln von 1875 fände. Mit der Veröffentlichung judenfeindlicher Aussprüche Goethes, Herders, Kants, Fichtes und anderer deutscher Geisteshelden bereitet sie vor, was in Fritsch's „Antisemitenkatechismus“ vollendet werden sollte. Sie bringt die „Judenrede“ des Junkers Bismarck im Vereinigten Landtag von 1847 wieder zur Kenntnis²⁵ und knüpft daran ihre Beobachtungen über den jüdischen Wucher auf dem Lande. An Hand statistischer Tabellen macht sie auf die Verteilung der Juden in den einzelnen Gebieten und Berufen aufmerksam und hebt hervor, daß sie in den „produzierenden Schichten“ kaum vertreten seien, ausgesprochene Neigung dagegen zu den „lukrativen Geschäften“ bezeugten und so auf Unkosten der christlichen Bevölkerung Reichtümer sammelten.²⁶ Sie deutet auf die „ganz horrenden Mißverhältnisse“ in den höheren Schulen hin, wo die jüdische Schülerzahl rapide wachse und im Verhältnis zu den Einwohnerzahlen die christliche längst überholt habe.²⁷ Und selbst einen bis dahin nur von Freigeistern wie Wilhelm Marr vertretenen „Rassenstandpunkt“ macht sie sich zu eigen: nicht religiöser Fanatismus habe je Judenverfolgungen hervorgerufen, sondern diese seien ein „Protest der germanischen Rasse gegen das Eindringen eines fremden Stammes“.²⁸

Auch die Vorschläge der „Germania“ zur „Emanzipation der Christen von den Juden“ deuten auf die späteren antisemitischen Forderungen hin. Hilfe könnte neben gesetzlichen Maßnahmen, (die zu fordern die „Germania“ freilich zu vorsichtig ist!) besonders ein kräftiger Selbstschutz bringen. Schlagworte wie: „Kauft bei keinem Juden!“ „Leiht beim Juden kein Geld!“, werden von hier aus ins Volk geworfen. Mit der Erreichung und Be-

25. Nr. 189.

26. Nr. 190.

27. Nr. 207.

28. Nr. 185. Marr, extrem freisinniger Publizist, ab 1879 Urheber des literarischen Antisemitismus. Die von Dubnow, Jüdische Geschichte III, S. 10, angeführte Ansicht, er sei der Sohn eines getauften jüdischen Schauspielers, gebe ich nur unter allem Vorbehalt wieder.

nutzung von Spar- und Kreditinstituten müsse ein wesentlichster Schritt zur Befreiung von den Juden getan werden.²⁹

Diese Haltung der „Germania“ erregte das größte Aufsehen. Mit Genugtuung stellte sie fest: „Wir haben niemals daran gezweifelt, mit der Judenfrage ein überaus zeitgemäßes Thema in Angriff genommen zu haben. Aber wir sind trotzdem im höchsten Grade überrascht, daß uns Anerkennung und Beifall in solcher Fülle zuteil wird . . . Nun zeigt sich ganz klar, wie schwer weite Volkskreise unter dem Druck der Juden gelitten haben.“³⁰

Zahlreiche katholische Blätter griffen dies nicht nur „zeitgemäße“, sondern in ihrem Interesse auch sehr wirkungsvolle Thema auf.³¹ Aber dennoch wäre es irrig, aus dieser taktischen Haltung eines großen Teiles der Zentrumsprelle auf prinzipielle Judenfeindschaft der katholischen Partei schließen zu wollen. Schon zur Zeit der Germaniaartikel war die Verwunderung über diese Einstellung größer als der Glaube an ihren Ernst. So warf die „Kreuzzeitung“ die Frage auf: „Zentrumsorgan oder Germania“.³² Und eine Ungeschicklichkeit der „Schlesischen Volkszeitung“ verriet, wie ganz anders in Wahrheit das offizielle Zentrum eingestellt war. Nachdem die „Schlesische Volkszeitung“ nämlich einige Aufsätze der „Germania“ wiedergegeben hatte, revozierte sie plötzlich.³³ Judenfeindschaft wäre mit ihrer christlichen Toleranz völlig unvereinbar; die abgedruckten Artikel seien „Versuchsballons“ gewesen. Die „Germania“ aber wäre von der „Kreuzzeitung“ dupiert worden; ihre Judenartikel stammten wahrscheinlich von Geheimrat Wagener und seien von offizieller Seite inspiriert, um eine Schwenkung der Sozial- und Wirtschaftspolitik herbeizuführen. — Von der „Germania“ wegen dieser „beleidigenden Verdächtigung“ zur Rede gestellt, widerrief zwar die „Schlesi-

29. Nr. 203.

30. Nr. 201.

31. „Germania“ Nr. 228 zählt auf: „Bairischer Courir“, „Augsburger Postzeitung“, „Badischer Beobachter“, „Mainzer Journal“, „Fuldaer Zeitung“, „Kölnische Volkszeitung“, „Düsseldorfer Volksblatt“, „Essener Blätter“, „Wuppertthaler Volksblätter“.

32. „Kreuzzeitung“ 13. XI. 1875.

33. „Schles. Volkszeitung“ 2. X. 1875 (s. „Germania“ 228).

sche Volkszeitung“; dennoch hatte ihre Annahme einen wahren Gehalt, denn, mit den Judenartikeln der „Germania“ und der „Kreuzzeitung“ knüpften sich die ersten Beziehungen zwischen den Konservativen beider Konfessionen, die ihren Ausdruck später in den sozialkonservativen Bestrebungen des Freiherrn v. Fechenbach und schließlich in dem gemeinsamen Vorgehen von Deutschkonservativen und Zentrum bei der wirtschaftlichen Gesetzgebung 1879 — 1881 fanden.

Und noch einen sehr beachtlichen Kern enthielt die Vermutung der „Schlesischen Volkszeitung“: daß sich ein Systemwechsel anbahne, und daß dabei die jüdenfeindlichen Tendenzen als Mittel dienen sollten. Schon 1874 hatte sich Bismarck mit dem Gedanken einer Lösung von seinen liberalen Ressortministern getragen.³⁴ In Varzin vollzog sich unter dem Einfluß Buchers und Wagens 1875 seine Abkehr von der manchesterlichen Freihandelspolitik. Mit den Finanzreformplänen, die an dem Widerstand der liberalen Mehrheit scheiterten, machte er in demselben Jahr den Anfang seiner Reformära. Der letzte Sieg des Manchestertums, die Aufhebung der Eisenzölle (ab 1. I. 1877), wurde zum Verhängnis des nationalliberalen Regimes.

Wie Bismarck sich gegen eine Doktrin wenden mußte, die in ihrer Durchführung den tatsächlichen Forderungen der Volkswirtschaft nicht gerecht wurde, so wuchs aus den geschädigten Volksschichten eine Bewegung herauf, die ihm entgegenkam. Ihre geistige Führerschaft bildeten die „Kathedersozialisten“; die Organisationen der neuen Richtung bestanden in dem „Verein für Sozialpolitik“, im „Zentralverband deutscher Industrieller zur Beförderung und Wahrung nationaler Arbeit“ und in dem Zusammenschluß der „Steuer- und Wirtschaftsreformer“. In den breiten Volksschichten war es das Kleinbürgertum, Handwerker, Krämer und Unterbeamte, das in den Ruf nach Reformen kräftig einstimmte. Diese Kreise waren von dem bedeutenden Aufschwung des Kapitalismus mit am empfindlichsten getroffen worden. Die Handwerker, seit 1810/11 im alten Preußen des Schutzes ihrer Innungsprivilegien beraubt, einer übermächtigen Konkurrenz der aufsteigenden Industrie ausgeliefert, empfanden doppelt hart, daß die neue Gewerbeordnung vom 21. VII. 1869

34. Schneider: Bismarcks Finanz- und Wirtschaftspolitik. S. 32 ff. (Schmollers Forschungen Nr. 166.)

ihnen selbst die wenigen Vergünstigungen genommen hatte, die ihnen unter v. d. Heydt zur Beruhigung der revolutionären Bewegung am 9. II. 1849 zugestanden worden waren. Ihre Tagungen und Bünde forderten möglichste Wiederherstellung des Innungszwanges, Einführung eines Befähigungsnachweises, Abschaffung der Gefängnisarbeit, der Wanderauktionen, Verbot des Hausierhandels usw. Auf der Tagung in Dresden (26./27. IX. 1872) war das Motto geprägt worden: „Kein Stand im Staate ist jetzt so vogelfrei wie derjenige der Handwerker“. Ebenso sahen sich die kleinen Kaufleute den aufkommenden großen Warenhäusern und Bazaren, deren Inhaber größtenteils Juden waren, schutzlos gegenüber. Die Notlage des kleinen Beamten war durch die Steigerung der Preise für fast alle Lebensbedürfnisse bedingt. Auf die Absatzkrise der Landwirtschaft ist schon hingewiesen worden. Angesichts der florierenden Börsengeschäfte, die frei von Steuern getätigt wurden, empfand der Bauer seine Belastung durch die Grundsteuer doppelt drückend. Dazu kam in gewissen Teilen Deutschlands eine grobe Wucherplage auf dem Lande, die nach den vom Verein für Sozialpolitik eingezogenen Berichten fast übereinstimmend auf Juden, deren Freizügigkeit und Hausierhandel, zurückgeführt wurde.

Wer von allen diesen bedrängten Kleinbürgern und Bauern vermochte zu erkennen, daß sein Stand und Wohlstand einer unaufhaltsamen Wirtschaftsentwicklung zum Opfer fiel? Wer etwa von den Handwerkern mochte gar einsehen, daß eigene Unfähigkeit an dem Nichtmehrmitkönnen zum guten Teil schuld war?

Die Anklagen dieser Kreise richteten sich gegen eine Wirtschaftspolitik, deren *laissez faire* ihnen als der letzte Grund ihrer Notlage erschien, durch die sich als roter Faden „die Begründung einer Vorherrschaft [zieht], welche als Kapitalismus mit Recht als die Signatur der Gegenwart bezeichnet wird“.³⁵

Der Kampf, der von Bismarck einerseits und von diesen Kreisen andererseits um wirtschaftliche und soziale Reformen geführt wurde, mußte wegen der engen Verbindung des politischen Liberalismus mit dem Manchestertum auch auf parteipolitischem Boden ausgefochten werden. So ungerecht es war, wenn „Kreuzzeitung“ und „Germania“ in ihren Judenartikeln die Liberalen allein für die Schäden der Manchesterpoltik verantwortlich mach-

35. H. Wagener: „Erlebtes“ II. S. 64. Berl. 1884.

ten, da diese als herrschende national-ökonomische Anschauung auch von den Konservativen vertreten worden war, so war doch jetzt, nachdem diese sich zur Reformpolitik bekannt, jene aber noch an der Manchesterdoktrin festhielten, die Identifizierung des politischen mit dem wirtschaftlichen Liberalismus und wegen der persönlichen Beziehungen die Gleichsetzung beider mit dem Judentum leicht möglich.

Der Kampf des Kleinbürgertums gegen seine Herabdrückung ins Proletariat steht unter der Signatur der Reaktion gegen Liberalismus, Manchestertum und Judentum. Auf diesem Boden erhebt sich der Ruf nach sozialen und wirtschaftlichen Reformparteien.

Das erste Programm einer solchen Partei entwirft der Stadtgerichtsrat C. Wilmanns³⁶ in seiner Broschüre „Die goldene Internationale“ (1876⁴).

Gegenüber der internationalen Partei des Geldkapitals, die in Deutschland unter der Maske des Liberalismus marschiere, fordert er die Gründung einer sozialen Reformpartei mit der Aufgabe: „Emanzipation der redlichen Erwerbsarbeit von der Herrschaft der privilegierten Geldmacht“. Zu diesem Zweck werden gefordert: Beseitigung der Bevorzugungen, die auf dem Gebiet der Steuer-, Zoll-, Stempel-, Bank- und Eisenbahngesetzgebung dem Geldkapital auf Kosten des Grundbesitzes und der gewerblichen Arbeit gewährt seien; Befreiung des ländlichen Grundbesitzes von der „Fessel des römischen Rechts“, das als Stadt- und Sklavenrecht nur verheerend für einen freien Bauernstand wirken könne; dafür Schaffung von Rechtsformen, die dem Bedürfnis und dem Charakter des deutschen Volkes entsprächen; für das Handwerk Schutz der redlichen Erwerbsarbeit vor unredlicher Konkurrenz u. ä.

Diese notwendig einseitigen Forderungen bedürfen nach den vorhergegangenen Erörterungen kaum einer Beurteilung.

Wichtig für uns ist die ausgesprochen antijüdische Tendenz dieses Parteiprogrammes. Die Reformvorschläge verfolgen keinen anderen Zweck, als den Kern der „goldenen Internationale“, das Judentum, zu treffen. „Wenn es gelingt, durch eine gerechte Gesetzgebung dem jetzt schwindenden Mittel- und namentlich dem Bauernstande neue Lebenskraft zu geben, so ist für die Erhaltung

36. Eifriger Steuer- und Wirtschaftsreformer, einer ihrer besten Redner.

deutschen Wesens und für die Fernhaltung des Einflusses der semitischen Rasse mehr getan, als alle Emanzipationsgesetze verderben können“.

Soziale Reform und Bekämpfung des Judentums offenbaren sich in diesem von Wilmanns entworfenen Parteiprogramm zum erstenmal als positiver und negativer Pol der gleichen Idee.

Die wirtschaftliche Stagnation und die mit ihr zusammenhängenden sozialen Nöte verdrängten das Interesse an formalpolitischen Fragen. Auch „der Reichskanzler glaubt ... den Augenblick gekommen, wo das Volk aller politischen Fragen herzlich müde sei und lediglich noch für die aus unsern wirtschaftlichen Verhältnissen sich ergebenden materiellen Fragen lebendiges Interesse habe“.³⁷ Es ist der Vorabend der Bildung wirtschaftlicher und sozialer Reformparteien, in denen der antijüdische Gedanke, der, selbst zur Zeit der größten liberalen Begeisterung nie ganz erloschen, von den Gegnern der liberalen Ära in den Parteikampf geworfen und im Ringen um die Wendung der Innenpolitik erstarkt war, das dominierende Moment bilden sollte.

II.

Judengegnerschaft Stöckers und der „Christlichsozialen“. (1878 — 1879).

Stöckers¹ „Christlichsoziale“ wollten ursprünglich etwas anderes sein als eine kleinbürgerliche Reformpartei; als Arbeiterpartei auf staatssozialistischem und christlichem Boden erstrebten sie durch wirtschaftliche und soziale Reformen die Verhütung der von der „atheistischen“ Sozialdemokratie her drohenden Revolution.

Auf den Gedanken des Pfarrers Todt „über den radikalen deutschen Sozialismus“ fußend, nahm die „Christlichsoziale Arbeiterpartei“ das Programm der Sozialdemokratie an, soweit es möglich war, ohne revolutionär zu sein. Ihre Gründung im Jahre 1878 kann als eine Uebertragung des mehr akademischen „Ver eins für soziale Reform“ auf die Massen und die Parteipolitik angesehen werden.

37. „Berliner Tageblatt“ 5. IV. 1878.

1. Ueber ihn s. D. Oertzen: Adolf Stöcker, 2 Bde. 1910.

Politisch stand die Partei auf konservativem Boden. Doch bedeutete sie keineswegs ein Mittel der konservativen Partei, ihr die bei dem allgemeinen Wahlrecht nötige breite Basis im Volk zu schaffen. Dagegen sprechen sowohl die Anfeindungen, die die neue Gründung von der „Kreuzzeitung“ erfuhr, als auch die völlige Verständnislosigkeit vieler Konservativer für soziale Fragen.²

Ragten auch neben Stöcker als bedeutende Köpfe der Partei der Mitarbeiter an ihrem Programm, der bekannte Kathedersozialist Adolf Wagner, und der Missionsdirektor Wangemann hervor, so ist sie doch als eine Partei Stöcker sans phrase zu bezeichnen. Das unerhört kühne Auftreten eines protestantischen Geistlichen im öffentlichen Leben Berlins lenkte die Aufmerksamkeit auf sie; die ausgezeichnete Begabung des zu den besten Volksrednern seiner Zeit zählenden Agitators verschaffte ihr den Anhang; seine geringen organisatorischen Fähigkeiten gaben ihr die Mängel; der unlösbare Widerspruch von Hofprediger und sozialpolitischem Parteiführer trug eine Hauptschuld an ihrer Unfruchtbarkeit.

Die antijüdische Tendenz trat in der Partei keineswegs von vornherein hervor. Um die Stellung der „Christlichsozialen“ den Juden gegenüber zu verstehen, ist es nötig, die bezügliche Haltung der orthodox-protestantischen Konservativen um den „Reichsboten“ zu charakterisieren, die als der geistige Boden der Partei bezeichnet werden kann.

Grundüberzeugung dieser Kreise ist, daß im christlichen Staat nur eine auf wahrhaft christlicher Grundlage ruhende Politik nationale Politik sei, daß daher Juden und „Atheisten“ unfähig wären, nationale Politik zu treiben.³ Darin ist ihr Urteil über die nationalliberale Ära enthalten. Deren betrübendste Früchte seien die ungeheure Vermehrung aller Verbrechen, die Sozialdemokratie und die Mordanschläge auf den Kaiser.⁴ In dem notwendigen Kampf um die Abkehr von dieser Politik stelle das Judentum einen

2. „Reichsbote“ Nr. 106, 1879: Stöcker habe betont, daß die Partei sich keineswegs der Parteinahme der Konservativen im erwünschten Maß erfreute. 1878 habe ein kons. Kandidat geäußert: die christlichsoziale Partei müsse vertilgt werden, sie sei überflüssig. Christlich seien wir alle, und das Wort „sozial“ gehöre vor den Staatsanwalt.

3. „Rbte.“ Nr. 85, 1878.

4. „ „ 26. XI. 1878.

Hauptgegner dar. ⁹/₁₀ der liberalen Presse befinde sich in seinen Händen.⁵ Diese „jüdischen“ Zeitungen versuchten mit aller Kraft, die neue Gesetzgebung⁶ zu hindern, denn diese müßte sich notwendig gegen das Schacher- und Pfuschertum und gegen den händlerischen Geschäftsbetrieb richten und dadurch gerade das Judentum treffen.⁷ Der Kampf um die Geltendmachung des christlichen Geistes müsse mit aller Energie geführt werden, denn die Tatsache, daß sich große Teile des christlichen deutschen Volkes belustigten, wenn „Ulke“, „Wespen“, „Kladderadatsch“⁸ alles Deutsche und Christliche lächerlich machten,⁹ daß in der den Christen heiligen Passionszeit die höchsten christlichen Gesellschaftskreise bei dem jüdischen Geldfürsten Bleichröder tanzten,¹⁰ beweise die Ermattung des christlich deutschen Geistes gegenüber der erhöhten Spannkraft und Energie des jüdischen auf fast allen Gebieten.

Diesem aus sozialen und ethischen Gründen geführten Kampfe suche das Judentum mit dem Vorwurf religiöser Intoleranz oder dem des Rassenhasses zu begegnen. Doch es sei ein alter jüdischer Kunstgriff: „wenn jemand von Wucherern jüdischen Stammes redet, wo er gar nicht an die Religion, sondern lediglich an den Wucher denkt, flugs schlüpft auch der aufgeklärteste schweinefleischessende „Isidor“ unter den religiösen Schild und schreit in die Welt: „Man greift mich an wegen meiner Religion, wer schützt mich gegen die Intoleranz?“ ... Wegen ihrer Religion greift die Leute kein Mensch an, auch nicht wegen ihrer nationalen Abstammung“. Nie jedoch verteidigten die Fortschrittler die Juden gegen die Beschuldigung des Schacher- und Wuchertums, indem sie den Nachweis führten, daß diese Anklage unbegründet wäre;¹¹ vielmehr versuchten sie mit der Bezeichnung „Judenhetze“ eine ernste und dringend notwendige Bestrebung moralisch unmöglich zu machen.

Dem Verständnis für Stöckers späteres Vorgehen diene ferner ein Blick auf die ihm ebenfalls sehr nahestehenden Sozial-

5. „Rbte.“ Nr. 85, 1878.

6. d. i. die Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung.

7. ebenda.

8. Liberale satirische Witzblätter.

9. „Rbte.“ 10. XII. 1878.

10. „ „ Nr. 56. 1879.

11. „Rbte.“ Nr. 281. 1878.

Konservativen um den Reichsfreiherrn von Fechenbach-Laudenbach. Sie standen ebenfalls prinzipiell — nach § 5 ihres Programms¹² vom November 1880 — auf dem Boden der christlichen Staatsauffassung. Entsprechend dem Grundrecht des deutschen Volkes, durch eine christliche Obrigkeit regiert zu werden, seien die staatsbürgerlichen Rechte der Nichtchristen umzugestalten, so daß diese von allen Stellungen ausgeschlossen würden, die ein obrigkeitliches Element in sich trügen.¹³

Von dieser Position der christlichen und sozialen Konservativen aus, die von der gemäßigten Forderung nach bloßer Zurückdrängung des „unberechtigten“ jüdischen Einflusses im wirtschaftlichen und sozialen Leben bis zur extremen nach Einschränkung der durch die Emanzipation den Juden gewährten staatsbürgerlichen Rechte schwankte, ergaben sich die allgemeinen Voraussetzungen für Stöckers Einstellung. Sein Vorgehen selbst war durch die Erfordernisse seiner Partei und durch persönliche Momente bedingt.

Solange Stöcker als Ziel die Errichtung einer Arbeiterpartei festhielt, war es weder notwendig noch taktisch zweckmäßig, anti-jüdische Gedanken zu propagieren. Den Arbeitern könne es gleichgültig sein, ob sie von jüdischen oder christlichen Kapitalisten ausgebeutet würden.¹⁴ Daß im Februar 1878 in einer Versammlung einmal ein Arbeiter auf die Juden schimpfte, kann nicht als Symptom für die Haltung der Partei gelten. Auch die unter Stöckers Einfluß verfaßten Wahlflugblätter für die Reichstagswahlen 1878 entbehren der judenfeindlichen Tendenz. Zwar heißt es am Schluß: „Wir achten die Juden als unsere Mitbürger und ehren das Judentum als die untere Stufe der göttlichen Offenbarung, aber wir glauben fest, daß ein Jude weder in religiöser noch in wirtschaftlicher Hinsicht ein Führer deutscher Arbeiter sein kann. Die christlichsoziale Arbeiterpartei schreibt das Christentum auf ihre Fahne“, — doch kann diese zahme Erklärung nur positiv als Betonung des christlichen Standpunktes, keineswegs aber als agitatorische Verwendung antijüdischer Gedanken gewertet werden.

12. Nach der „Deutschen Reform“, Dresden. 13. I. 1881.

13. Beschluß der Generalversammlung vom 18./19. V. 1881.

14. Resolution der Arbeiterversammlung in den Berliner „Reichshallen“. 11. I. 1880.

Das erste bedeutsamere Anzeichen für judenfeindliche Strömungen in der Partei wurde bemerkbar, als Stöcker zur Zeit der heftigsten Wahlagitation 1878 außerhalb der Hauptstadt weilte. In der Parteiversammlung am 5. VII. 1878 machte ein Lehrer Schwarzschatz in „drastischer Weise“¹⁵ auf die Gefahren des Judentums aufmerksam. Ein Prediger Hofmann bedauerte diesen Angriff gegen die Juden als Personen, der Kampf müsse gegen das Judentum der Gesinnung gerichtet sein. Nach ihm ließen sich Stimmen vernehmen, die bei redlicher Gesinnung Judentum und Christentum durchaus gleiche Hochachtung zollten, so daß der „Reichsbote“ etwas unzufrieden feststellte, daß die Redner in ihrem Eifer, den Juden nicht Unrecht zu tun, fast zu einer Glorifizierung des Judentums auf Kosten des Christentums gekommen wären.

Nach den Wahlen von 1878 mit ihrem für die Christlich-sozialen niederschmetternden Ergebnis,¹⁶ mit dem Erlaß des Sozialistengesetzes, das den ausgesprochenen Gegner der Partei wehrlos machte, vollzog sich eine Umstellung der Christlichsozialen. Ihr Ziel, die Arbeiter für einen christlichen Staatssozialismus zu gewinnen, war an der geschlossenen Organisation der Sozialdemokratie, an ihrem Mißtrauen gegen alles Kirchliche und Staatsfreundliche gescheitert. Dafür fand die Partei immer mehr Zulauf aus den kleinbürgerlichen Schichten. Für diese waren Königstreue und Kirchentum noch eine Macht; auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stehend, rangen sie um ihre Anerkennung in dieser; in der christlichsozialen Partei glaubten sie eine geeignete Organisation dafür gefunden zu haben. Damit hatte sich die soziologische Basis der Partei verändert. Sie war in dem Kern ihrer Anhängerschaft und damit faktisch zur kleinbürgerlichen Reformpartei geworden, deren Kampf sich gegen Liberalismus, Manchestertum und Judentum richten mußte.

Die judenfeindlichen Stimmen in den Diskussionen nahmen zu. Am 15. XII. 1878 sah Stöcker sich veranlaßt, vor Eintritt in die

15. „Rbte.“ Nr. 159, 1878. Die Ausführungen kennzeichnen Schw. als Schüler des Rassenantisemiten Marr. Vgl. dessen „Sieg des Judentums über das Germanentum“. Bern 1879.

16. Die Christlichsozialen erhielten im III. Berliner Wahlkreis 269 Stimmen; im IV. 334, im VI. (Kandidat Stöcker) 818 Stimmen. Zum Vergleich die Zahlen der Stimmen der Sieger: III.: 12 585, IV.: 20 224, VI.: 20 909.

Tagesordnung die Redner zu ermahnen, sich aller Angriffe gegen das Judentum zu enthalten; jede sich im Fragekasten befindliche Frage, in der der Juden Erwähnung getan werde, würde er vernichten.¹⁷

Damit war das Drängen der Anhängerschaft nach Stellungnahme zur „Judenfrage“ natürlich nicht verringert. Stöcker mußte ihm schließlich nachgeben, zumal es an Angriffen gegen ihn und seine Gründung von seiten der „jüdischen“ Fortschrittspresse nicht fehlte. Staatssozialistische Agitation hatte bei dieser von vornherein auf keine Gunst zu rechnen gehabt. Am 4. I. 1878 belustigte sich das „Berliner Tageblatt“ über das vergnügte Neujahrsfest, das die Sozialdemokraten gefeiert hätten, als sie die Vorkämpfer des neuen christlichsozialistischen Vereines zu Boden schmetterten;¹⁸ es bekennt, daß ihm die Männer der Sozialdemokratie lieber seien, „als jene Herren, die durch Augenverdrehen und frömmelnde Salbadereien das Volk zu ködern suchen.“ Im Wahlkampf 1878 eiferten liberale Blätter gegen die „christlichen Sozialdemokraten“ und „Petrolöre“. Der „Reichsbote“ brandmarkte in seinen Entgegnungen bald das Judentum als den eigentlichen Urheber dieser Angriffe. So schrieb er — als Stöckers Vortrag über die Existenz der menschlichen Seele in liberalen Blättern lächerlich gemacht worden war —: wenn Stöcker über volkswirtschaftliche Fragen spreche, halte sich die Judenpresse darüber auf, daß er als Pastor dies tue; jetzt gieße sie ihren Spott auch darüber, wo es doch wahrhaft ein Thema wäre, das ihm als Geistlichen nahe liege.¹⁹ Und auf die Parole der liberalen „Magdeburger Zeitung“: „Wir wollen kein Junker- und Pfaffenregiment!“ entgegnete der „Reichsbote“: „... wir wollen aber auch kein Judenregiment, welches in den Redaktionsbüros der liberalen Presse seinen Stützpunkt hat.“²⁰

Die feindselige Haltung der liberalen Presse gegenüber der Partei mußte noch schärfer werden, als die in ihren Versammlungen laut gewordenen judenfeindlichen Äußerungen bekannt wurden. Stöckers Gegenerklärung, es sei unrichtig zu behaupten, die Partei sei vom Judenhaß beseelt, sie liebe vielmehr die Juden als das

17. „Kreuzzeitung“, 15. XII. 1878.

18. Gemeint ist der mißglückte Gründungsversuch Stöckers am 3. I. 1878.

19. „Rbte.“ Nr. 278. 1878.

20. „ „ Nr. 181. 1878.

Volk der Propheten und Apostel, aus dem der Heiland hervorgegangen sei, konnte an der Situation nichts bessern, zumal die Erklärung mit der aggressiven Wendung fortfuhr: „Aber das darf uns nicht hindern, wenn jüdische Blätter unsern Glauben antasten und jüdischer Mammonsgeist unser Volk verdirbt, diese Gefahr zu kennzeichnen“.²¹ Für den Streiter um Geltendmachung der christlichen Ideen im öffentlichen Leben mußte gerade dies Motiv von treibender Kraft sein. Nie würde er „daran gedacht haben, gegen bloß volkswirtschaftliche Irrtümer aufzutreten, wenn nicht mit denselben diese frivole Hetzjagd gegen alle christlichen Elemente unseres Volkslebens verbunden wäre. „Der Jammer um mein Volk, das dabei sittlich und religiös zugrunde geht, treibt mich, diese Bosheit in die Öffentlichkeit zu ziehen“.²²

Die organisierten antichristlichen Richtungen hätten durch die in ihrer Hand liegende Presse und Gesetzgebung den größten Einfluß auf das öffentliche Leben.²³ Es gäbe keine unlösbarere Preisaufgabe, als im öffentlichen Leben Berlins noch eine Spur von christlichem Geist zu finden.²⁴ In der Reichshauptstadt, in der die Juden über die Hälfte aller Stadtverordnetensitze inne hätten, sei es ein Gemeinplatz, daß man von den Juden eigentlich regiert würde.²⁵ Durch die Lächerlichmachung aller auf sittliche Hebung gerichteten Maßnahmen habe die jüdisch-liberale Presse erreicht, daß die sittlich ernsten, christlich gesinnten Männer beim Volk verdächtigt, alle die dagegen gelobt würden, welche die christliche Weltanschauung bekämpften, besonders wenn es Juden wären, wie Dr. Hirsch, Lassalle, Marx, Lasker, Bamberger usw. „So haben sie es dahin gebracht, daß unser Volk seit Jahren auf niemand mehr achtet und hört, als auf die Stimme der abgefallenen Christen und Reformjuden in den liberalen Zeitungen. Was ihm diese vormachen, glaubt, bejubelt und befolgt es, — und wenn es auch Dinge sind, welche das Volk wirtschaftlich, sozial und sittlich ruinieren“.²⁶

Wie zur Bekräftigung dieses Artikels hatte der „Börsen-Courir“ sich die Berliner Augustkonferenz ausersehen, um über

21. „Rbte.“. 19. IX. 1878.

22. Rede vom 10. X. 1878 nach „Rbte.“ Nr. 239. 1878.

23. „Rbte.“ Nr. 31. 1878.

24. „Historisch-politische Blätter“ 1875 „Neujahrserinnerungen“.

25. „Germania“ Nr. 174. 1875.

26. „Rbte.“ 19. VIII. 1879.

sie seinen Spott zu entladen. „Zur Zeit, in der der Schneiderkongreß, der Kongreß der Schornsteinfeger und der Kongreß der Zitherschläger zusammentritt, pflegt sich in Berlin auch die Augustkonferenz zu versammeln. In der Periode, in der in den Theatern nur wenig Novitäten aufgeführt werden, in der die Witzblätter meist etwas matt sind unter dem Einfluß der erschlaffenden Hitze, beginnt sich die preußische Orthodoxie dem verehrlichen Publikum zu präsentieren. Zunächst werden dabei fromme Lieder gesungen und ebenso endlose wie salbungsvolle Reden gehalten. Aber manchmal wird das den Herren ein wenig zu langweilig. Dann steht einer von den frommen Vierhundert auf, und zum Ergötzen der, durch all die Salbung und all die Frömmigkeit herzlich ermüdeten übrigen 399 beginnt er eine lustige Kapuzinerpredigt zu halten mit „Heiße, Juchheiße, Dudeldumdei“, mit allerlei lustigen Sprüngen und ergötzlichen Scherzen.“²⁷

Mit Stöcker selbst befaßten sich die Mosseblätter („Berliner Tageblatt“, „Deutsches Montagsblatt“), als die Nachricht, er solle Generalsuperintendent werden, dementiert wurde: der schnöde Anschlag seiner Amtsgenossen sei mißlungen, er bleibe Berlin erhalten, Berlin könne dieser glaubensstarken Männer jetzt nicht entraten.²⁸

Nach dem Urteil des einstigen Jüngers Stöckers, Helmuth von Gerlach, das dieser „als längst bekehrter Antisemit“ fällte, sei nichts so sehr das antisemitische Feuer anzufachen geeignet gewesen, „als gewisse Taktlosigkeiten und Geschmacklosigkeiten in religiöser Beziehung, die sich gerade damals (in den 70 er Jahren) eine liberale Presse leistete, die man wegen ihrer persönlichen Beziehungen unschwer als „Judenpresse“ charakterisieren konnte. Es war damals durchaus nicht verwunderlich, daß Stöcker im Jahre 1879 mit seiner ersten großen antijüdischen Rede einen geradezu beispiellosen Erfolg hatte.“²⁹

Die eben angeführten Zeitungsangriffe im August gaben Stöcker den letzten Anlaß zum offenen Angriff gegen das Judentum. Wenn Stöcker sich bisher bemüht hatte, seine Partei nicht in den Ruf der Judenfeindschaft zu bringen, weil dann der kleinen christlichsozialen Gruppe die Feindschaft der großen, Berlin be-

27. Nach „Rbte.“ 31. VIII. 1879.

28. Nach „Rbte.“ 19. VIII. 1879.

29. v. Gerlach: „Vom deutschen Antisemitismus „Patria“ 1904. S. 146

herrschenden liberalen und fortschrittlichen Presse im höchsten Grad gewiß sein mußte, — jetzt war nach dieser Richtung hin nichts mehr zu verlieren, dagegen konnte durch erklärten Kampf gegen die von einem großen Teil des Berliner Kleinbürgertums als ärgste Bedränger empfundenen Juden die Partei an Anhängern nur gewinnen.

Unter diesen Aussichten hielt Stöcker am 19. September 1879 seine erste „Judenrede“: „Unsere Forderungen an das moderne Judentum“.

Sachlich brachte seine Rede nichts neues. Was vor mehreren Jahren die „Gartenlaube“, die „Germania“, was ununterbrochen die „Staatsbürgerzeitung“ verkündeten, was Wilhelm Marr in seinen wirkungsvollen Streitschriften „Der Sieg des Judentums über das Germanentum“ (von 1873 — 1879 12 Auflagen!), „Vom jüdischen Kriegsschauplatze“ und „Wählt keine Juden!“ eifrig propagierte, was Glagau in das Schlagwort gefaßt hatte „Die soziale Frage ist die Judenfrage“, das im wesentlichen bot Stöcker das Material für seinen Angriff.

In seinen Augen stellte das „moderne Judentum“ für das deutsche Volk eine große Gefahr dar. Diese beruhe nicht etwa auf der Religion des jüdischen Volkes, sondern zunächst in seiner nationalen Ueberheblichkeit, die sich in dem Gefühl, stets das Volk des Fortschritts zu sein, ausdrücke. In dieser Hinsicht bittet er um ein wenig mehr Bescheidenheit. Sein zweiter Angriff richtet sich gegen das Pressejudentum und dessen Schmähungen christlicher Geistlicher, christlicher Feste und Einrichtungen. Hier findet er die Forderung um etwas mehr Toleranz angebracht. Schließlich bittet er bezüglich der sozial und wirtschaftlich bevorrechteten Stellung des Judentums um etwas mehr Gleichheit. Es solle nicht auf Kosten der anderen Klassen von Spekulation und Wucher leben, sondern müsse sich an der produktiven Arbeit beteiligen. „Für mich gipfelt die Judenfrage in der Frage, ob die Juden, welche unter uns leben, lernen werden, sich an der gesamten deutschen Arbeit, auch an der harten und sauren Arbeit des deutschen Handwerks, der Fabrik und des Landbaues zu beteiligen. Weiter sollen wir von ihnen nichts verlangen.“

Stöckers Ziel ist also Assimilation. Diese würde durch Ausnahmegesetze gegen die Juden verhindert; daher sieht Stöcker von ihrer Forderung ab und wünscht, daß Maßnahmen wie Be-

schränkung der Zahl jüdischer Richter auf die Verhältniszahl und Beseitigung jüdischer Lehrer aus der Volksschule auf dem Verwaltungswege erfolgen sollen, wobei er sich offenbar nicht darüber klar ist, daß die dadurch den vorgesetzten Behörden gegebenen Vollmachten bedenklichere Folgen haben können als gesetzlich festgelegte Normen.

An sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen zur Beseitigung der Uebelstände, die das Judentum mit sich bringe, enthält Stöckers Programm neben der einer Reform des Börsen- und Aktienwesens, die selbst in liberalen Kreisen für notwendig erachtet wurde,³⁰ spezifisch konservativ-reaktionäre wie die nach Wiedereinführung der konfessionellen Statistik, aus der das Mißverhältnis zwischen jüdischem Vermögen und christlicher Arbeit hervorgehe; dazu kommen schließlich Wünsche, die in ihrem völligen Widerspruch zu den bestehenden Wirtschaftsformen einfach undurchführbar sind, so das Verlangen, durch Schaffung von Kreditinstituten den Geschäftsmann von der Willkür der großen Geldleute unabhängig zu machen, oder das, den Grundbesitz für unverkäuflich zu erklären.

Reden können nicht gedruckt werden. Am wenigsten die eines so gewandten Volksredners, wie Stöcker es war. Es ist schwer, sich ein Bild von der unerhörten Wirkung seiner ersten „Judenrede“ zu machen.

Man hat die große, jetzt folgende Bewegung auf der einen und den hochflutenden Stöckerhaß auf der Gegenseite dadurch verstehen, Stöckers Bedeutung für den Antisemitismus darin sehen wollen, daß er dem bisher nur literarisch propagierten antijüdischen Gedanken zuerst das durch keine gegnerische Totschweigetaktik zu unterdrückende Wort des Volksredners nutzbar gemacht habe. Doch das allein erklärt den Erfolg nicht. Totzuschweigen waren die von einer so weitverbreiteten Presse wie der „Germania“ und ihren katholischen Schwestern vertretenen Gedanken auch nicht; in die Volksversammlung hatte schließlich schon der Lehrer Schwarzschatz den Antisemitismus getragen. Stöckers Erfolg beruht letztlich darauf, daß eine wirkungsvolle Persönlichkeit sich zum Träger eines Gedankens an einem Ort machte, an dem weite Schichten nach diesem Gedanken hindrängten. Bei dieser Persön-

30. s. F. Salomon: Die deutschen Parteiprogramme Lpz. 1924, II: „Die Heidelberger Erklärung“ vom 23. III. 1884.

lichkeit fiel es weniger ins Gewicht, ob sie sich maßvoll äußerte oder mit allen Mitteln demagogischer Verhetzung arbeitete, ob sie in ihren Forderungen bescheiden oder extrem war. Das Geheimnis von Stöckers Erfolg ist dasselbe wie das der Erregung über Treitschkes Stellungnahme gegen das Judentum in den „Preussischen Jahrbüchern“; obgleich die Artikel inhaltlich ebenfalls sehr maßvoll waren, — zumal im Vergleich zu den Germaniaaufsätzen oder gar zu den Pamphleten eines Marr oder Glagau —, riefen sie doch eine ungeheure Broschürenflut hervor. Wie der angesehene Wissenschaftler den Antisemitismus „gesellschaftsfähig“ machte, so hatte ihm der Volksmann Stöcker seine weittragende populäre Bedeutung vermittelt.

Die Anfeindungen gegen Stöcker steigerten sich über Beschimpfungen³¹ bis zur — gänzlich ungerechtfertigten — Verunglimpfung seiner Familienverhältnisse.³² Der „Kladderadatsch“ hatte an dem judenbekämpfenden Hofprediger zugkräftiges Material; entstellende Berichte über seine „Judenrede“ waren nicht selten.

Dies nahm Stöcker als Anlaß zu seiner zweiten Rede: „Notwehr gegen das moderne Judentum“.³³ Das „moderne Judentum“ ist für ihn der Inbegriff typisch „jüdischer“ Eigenschaften, die sich auch bei Christen fänden und hier ebenso zu bekämpfen seien. Er denke durchaus nicht daran, die Juden als einzelne Personen oder das Judentum als kultische oder völkische Gemeinschaft anzugreifen. „Anständige“ Juden zähle er mit Freuden zu seinen Bekannten, und mit Hochachtung spricht er von ihnen. Um seinen Verständigungswillen zu bekunden, ließ er in der Debatte Juden zu Worte kommen. Das war zweifellos ein Fehlgriff. Die erregten Versammlungen waren für Verständigung der ungeeignetste Ort. Die Demütigungen, denen die erschienenen Juden ausgesetzt waren, führten zu um so schärferer Erbitterung.

Wenn auch in den christlichsozialen Versammlungen das Thema „Judenfrage“ keineswegs die Tagesordnung beherrschte, so war doch die antijüdische Tendenz zu einem dominierenden Moment in der Partei geworden, das um so weniger verschwinden konnte, als bald darauf extremere judenfeindliche Richtungen es vorwärts drängten. Bei diesem Kampf zwischen den Anhängern Stöckers und den Nur-Judenhassern, in dem der eigentliche „anti-

31. „Rbte.“ Nr. 222. 1879.

32. „Börsenkourir“ 12. X. 1879.

33. „Rbte.“ Nr. 239. 1879.

semitische“ Gedanke sich herausbildete, ging die Führung naturgemäß auf die Extreme über. Auch Stöcker wurde in seinen Handlungen von ihnen abhängig. Seine grundlegende Bedeutung für die judenfeindliche Bewegung ist zum großen Teil mit seinem eben dargestellten Vorgehen erschöpft.

Für eine Beurteilung Stöckers als „Antisemit“ seien zusammenfassend einige maßgebende Grundlinien herausgestellt:

1. Stöcker hat seine „Christlichsoziale Arbeiterpartei“ als Kampfgruppe gegen die Sozialdemokratie, nicht aber gegen das Judentum gegründet.³⁴

- 2. Die Voraussetzungen für eine Gegnerschaft des orthodoxen Geistlichen gegen Fortschrittspartei und Judentum liegen in der kirchlichen Uninteressiertheit des liberalen Berlin (zwei Drittel aller Ehen waren nicht kirchlich getraut, nur etwa 50 % der Kinder wurden getauft), und in der hervorragenden Stellung, die das Judentum im öffentlichen Leben der Hauptstadt einnahm.

3. Der Frontwechsel der „Christlichsozialen“ wurde veranlaßt durch die Veränderung ihrer Anhängerschaft, die aus der geplanten Arbeiter- eine kleinbürgerliche Reformpartei machte, und durch die Angriffe der fortschrittlich-philosemitischen Presse gegen Stöcker und seine Partei.

4. Unklar ist, wen sich Stöcker als seinen Gegner vorstellte. Er bekämpfte die Juden nicht als Religions- oder Volksgemeinschaft; er wandte sich gegen „jüdische Eigenheiten“.

In diesem Punkt mußte die Fortentwicklung einsetzen. Die Feindschaft der Massen richtete sich nicht gegen Eigenschaften, sondern gegen Personen, also gegen die Juden. Damit stand der Begriff „Jude“ zur Erörterung. Ist der Bekenner des jüdischen Glaubens Jude und verliert er diese Eigenschaft durch die Taufe, oder ist Jude der Angehörige eines besonderen Volkes, der er auch nach der Taufe bleibt?

Bei der Stellungnahme zu dieser zweifellos schwerwiegendsten Frage traten die verschiedenen Richtungen unter den Judengegnern hervor. Die ersten Ansätze dazu ergaben sich in der vornehmlich durch Stöckers Vorgehen erzeugten „Berliner Bewegung“.

34. Otto Jöhliger: „Bismarck und die Juden“ S. 40 ff. behauptet, Stöcker habe die Partei als antisemitisch von vornherein begründet und nur zunächst mit dem „irreführenden Deckmantel“ „Christlichsozial“ versehen. — Diese Annahme ist völlig grundlos, und auch J. macht keinen Ansatz sie zu begründen.

III.

Ansätze zur Bildung antisemitischer Parteien in der „Berliner Bewegung“.

In der „Berliner Bewegung“, die das politische Leben der Reichshauptstadt von 1879 bis um die Mitte der 80er Jahre in größter Erregung hielt, mit ihrem bunten Gewirr mannigfacher Tendenzen reaktionär-konservativer, kirchlich-orthodoxer, zünftlerischer, judenfeindlicher, sozialreformerischer und staatssozialistischer Richtung soll hier jene Linie herausgestellt werden, die mit den Judenreden Stöckers im November 1879 beginnend zu Bildungsversuchen selbständiger Antisemitenparteien führte.

Die Erregung, die Stöcker ausgelöst hatte, äußerte sich zunächst in einer Hochflut pro- und antijüdischer Streitschriften. Von der judengegnerischen Literatur interessieren wegen ihrer Bedeutung für die parteipolitische Agitation besonders Heinrich v. Treitschkes Aufsatz im Novemberheft der „Preußischen Jahrbücher“ von 1879 und die Artikel von Moritz Busch,¹ ursprünglich in den „Grenzboten“ erschienen, dann zusammengefaßt in der Broschüre „Israel und die Goyim“.

Treitschke lehnte jede Gemeinschaft mit den „christlichsozialen Stumprednern“ ab; der antijüdischen Bewegung selbst erkannte er eine große nationale Bedeutung zu; sie sei der „Ausbruch des germanischen Volksgefühls gegen ein fremdes Element.“ So sehr sich der Gelehrte von dem „Schmutz“ und der „Roheit“ in der Agitation abgestoßen fühlt, in einer Zeit der höchsten Erregung, wo jeder Partei ist, muß er sich gefallen lassen, zu den „Judenfeinden“ gezählt und von diesen für sich reklamiert zu werden. Zu einem der häufigst zitierten und gemißbrauchten Schlagworte wurde seine Feststellung: „bis in die Kreise höchster Bildung hinauf, unter Männern, die jeden Gedanken kirchlicher Unduldsamkeit oder nationalen Hochmuts mit Abscheu von sich weisen würden, ertönt es heute wie aus einem Munde: die Juden sind unser Unglück!“²

1. Der bekannte Pressegehilfe Bismarcks. Infolge seiner portierhaften Abhängigkeit von Bismarck darf man vermuten, daß Bismarck zu dieser Zeit Busch gegenüber seinen Aerger über das „Fortschrittsjudentum“ geäußert hat. Vgl. Busch „Tagebuchblätter“, Lpz. 1899. II, 11. V. 1880. III, 21. I. 1881.

2. „Pr. Jhb.“ 1879 „Unsere Aussichten“. S. 575.

Wie in Wilmanns Broschüre „Die goldene Internationale“ die Theorie einer kleinbürgerlichen Reformpartei gegeben war, so wird in den Aufsätzen von Busch die radikale Antisemitenpartei postuliert.³

Busch verteidigt den Rassenantisemitismus.⁴ Nie, auch nicht durch Mischehen, könnte eine Verschmelzung von Juden und Deutschen herbeigeführt, könnten die Juden eingedeutscht werden. Das wirksamste Mittel, die Deutschen vor ihren Aussaugern zu schützen, sei vielleicht, diesen ihr „gelobtes Land“ zu erobern und sie dorthin zu schicken.

Aber da Busch sich der Naivität dieses Vorschlages, seiner kaum erreichbaren innerpolitischen Voraussetzungen und unüberwindlichen außenpolitischen Konsequenzen bewußt ist, bezeichnet er als nächstes Erfordernis die Bildung einer „Partei ad hoc“ aus allen Parteien, „die lediglich die Judenfrage im Auge hat, und sämtliche übrigen Fragen, kirchliche wie weltliche, beiseite läßt . . ., in welcher jeder, sei er . . . Unitarier oder Partikularist, liberal oder konservativ, orthodox oder Rationalist, ultramontan oder Protestant gegen römische Uebergriffe in die staatliche Machtsphäre, willkommen sein müßte, wenn er nur entschieden erklärte, von einer vollen Gleichstellung des semitischen Elementes mit dem alteingeborenen nichts mehr wissen zu wollen, und wenn er sich daneben verpflichtete, bei den Wahlen für Gemeinde, Kreis, Provinz, Land und Reich keinem Juden seine Stimme zu geben, keine von jüdischen Händen redigierte oder jüdischen Interessen das Wort redende Zeitung zu halten, andere nach Kräften zu gleicher Enthaltksamkeit zu bewegen und mit allen erlaubten Mitteln auf Ausschluß der semitischen Eindringlinge aus den Vereinen und Versammlungen hinzuwirken.“⁵

Glaubte Busch selbst an die Existenzfähigkeit eines solchen

3. „Grenzboten“ 1880: „Die deutschen Juden in der Gegenwart und was nun?“

4. Sein Chef, Bismarck, wünschte offenbar gerade das Gegenteil. Die Juden müßten durch Kreuzung unschädlich gemacht werden; man solle den „christlichen Hengst von deutscher Zucht mit einer jüdischen Stute“ zusammenbringen (Busch, „Tagebuchblätter II, S. 33). „Die Juden bringen in die Mischung der verschiedenen deutschen Stämme ein gewisses Mousseux, das nicht unterschätzt werden sollte“. (1892 zu Herm. Hofmann. Zitat nach Jöhlinger: „Bismarck und die Juden“ S. 27).

5. „Grenzboten“ a. a. O. S. 193.

Parteigebildes? Meinte er wirklich, daß im deutschen Volk der Judenhaß so mächtig sei, daß er die tiefgehendsten Gegensätze von konservativ und liberal, von Kulturkämpfern und Katholiken zu überbrücken vermöchte? Wußte Busch, der Teilnehmer an Bismarcks geschicktesten Pressemanövern tatsächlich nicht, wie leicht es ist, das Publikum über die wahren Hintermänner einer Zeitung, über ihre eigentlichen Interessen zu täuschen? — Dazu sollte diese neue Partei von der Regierung Maßnahmen gegen das Vordringen des Semitentums in Justiz und Verwaltung, Beschränkung der jüdischen Freizügigkeit usw. fordern, d. h. also die Rücknahme der Emanzipation. Abgesehen davon, daß die europäischen Völker seit der französischen Revolution zu Anschauungen gelangt waren, nach denen sich ein „Kulturvolk“ unmöglich machen müßte, wenn es zu einer derart rückschrittlichen Maßnahme griffe^{5a} — sofern in dem Juden nicht mehr der Bekenner des jüdischen Glaubens, sondern der Angehörige einer fremden, mit der germanischen unvereinbaren Rasse gesehen wurde, war die Durchführung dieser Forderung einfach unmöglich. Wenn auch die Nachkommen des getauften Juden Juden blieben — welches eindeutige Kriterium bietet sich, Juden und Deutsche zu scheiden?

Es ist dies eine Schicksalsfrage der Antisemitenparteien. Sie führte zu ihren Spaltungen, sie mußte schließlich zu ihrer Unfruchtbarkeit führen.

Eine Forderung vertrat Busch, deren Berechtigung auch von weiten Kreisen der Nicht-Antisemiten und selbst von Juden unbestritten ist: die des Verbots der Ostjudeneinwanderung. Und doch scheitert auch sie, sobald versucht wird, Ernst mit ihrer Verwirklichung zu machen. Die Ostjuden waren zumeist russische und österreichisch-ungarische Staatsangehörige. Als solchen konnte ihnen das nach den geltenden Verträgen zustehende Aufenthaltsrecht in Deutschland prinzipiell nicht genommen werden, ohne daß es zu Konflikten mit der russischen bzw. österreichischen Regierung kam. Mit dieser Hypothek hätte sich die deutsche Außenpolitik natürlich nicht noch belasten dürfen.

So ergeben sich schon aus einer Betrachtung der theoretischen Fundierung einer Antisemitenpartei schwerwiegende Bedenken. Werden die Parteigebilde selbst diese zu überwinden vermögen?

^{5a} Zur selben Zeit bestimmte der Berliner Kongreß, daß in den Balkanstaaten den Juden volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung gewährt werden müßte!

Die erste judenfeindliche Organisation wurde von Wilhelm Marr in der „Antisemitenliga“ geschaffen. Als ihr Organ erschien vom Oktober 1879 ab eine Halbmonatsschrift, die „Deutsche Wacht.“ Diese Vereinigung fühlte sich in bewußtem Gegensatz zu der Anhängerschaft Stöckers;⁶ sie fußte auf dem Rassenstandpunkt; mit ihr wurde die Bezeichnung „Antisemit“ überhaupt erst der deutschen Oeffentlichkeit bekannt.⁷ Ihr Ziel war die „Abwehr jüdischen Wesens“ und die „Vernichtung jüdischer Herrschaft mittels Aufrichtung des deutschen Volksbewußtseins“. In den Einzelforderungen entspricht die Antisemitenliga den Wünschen Moritz Busch's. Geschäftliche und gesellschaftliche Isolierung der Juden solle herbeigeführt, die Wahl jüdischer Abgeordneter verhindert werden u. ä. Kennzeichnend auch hier, auf Grund von Erfahrung in einzelnen Fällen, wo etwa eine „geschäftliche Isolierung“ denkbar ist, gelangte man zu allgemeinen Forderungen, bei denen weder Klarheit über ihre Verwirklichung noch auch über ihre Folgen bestand.

In der Oeffentlichkeit trat die Antisemitenliga wenig hervor. Ihre Mitgliederzahl wird kaum bedeutend gewesen sein.⁸ Durch rege publizistische Tätigkeit leistete sie für die späteren Antisemitenparteien agitatorische Vorarbeit.

Im öffentlichen Leben Berlins folgte auf die große Aufregung, die durch Stöckers Reden ausgelöst worden war, im Sommer 1880 eine merkliche Beruhigung. Im stillen arbeiteten jedoch Männer wie der Gymnasiallehrer Bernhard Förster und der Premierleutnant Max Liebermann von Sonnenberg⁹ daran, daß die Erregung nicht ergebnislos verebbte. Im August setzten sie die Antisemitenpetition an den Reichskanzler in Umlauf. Sie vertrat als maßvollste Forderungen der antijüdischen Kreise die Bitte um Einschränkung der Judeneinwanderung, um ihren Ausschluß von obrigkeitlichen Stellungen und vom Volksschullehrerberuf und um Wiederauf-

6. „Deutsche Wacht“ 1879. S. 87.

7. Siehe Otto Ladendorf „Historisches Schlagwörterbuch“ 1906. S. 7 und R. M. Meyer: „400 Schlagworte“ S. 73.

8. Die Mitteilung Marrs in der „Germania“, daß im Okt. 1879 schon 6000 Mitglieder beigetreten sein sollen, ist höchst unwahrscheinlich. „Rbte.“ Nr. 294. 1879.

9. geb. 1848. Als Leutnant 1870/71 zweimal verwundet. 1872/75 auf der Kriegsakademie. 1880 als Premierleutnant verabschiedet.

nahme der jüdischen Bevölkerungsstatistik. In den Grundzügen ging die Petition auf die Ausführungen von Moritz Busch zurück.

Daß die judenfeindliche Stimmung keineswegs verrauht war, daß nur ganz geringfügige Anlässe genügten, um die Wirksamkeit der stillen Agitation im wahren Umfang erkennen zu lassen, bewiesen die Vorgänge im November 1880.

Die Kantorowicz-Affäre vom 8. VI. — ein Zwischenfall zwischen dem jüdischen Fabrikanten K. und zwei judenfeindlich gerichteten Gymnasiallehrern Bernhard Förster und Jungfer in Berlin — und wenig später das Duell eines Offiziers mit einem jüdischen Referendar in Hanau, bei dem ersterer erschossen wurde, gaben Anlaß zu großen Demonstrationen. Weit tiefer jedoch beleuchteten die Verhandlungen des Preußischen Abgeordnetenhauses vom 22. und 24. XI. die Situation.

Der Fortschrittler Hänel¹⁰ hatte am 20. XI. anknüpfend an die im Umlauf befindliche antijüdische Petition bei der Regierung angefragt, welche Stellung sie Forderungen gegenüber einnehme, die auf Beseitigung der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung der jüdischen Staatsbürger zielten. Der Vizepräsident des Staatsministeriums, Graf Stolberg, antwortete, daß die Petition noch nicht vorliege, und daß das Ministerium nicht beabsichtige, eine Aenderung des bestehenden Rechtszustandes eintreten zu lassen. Mit dieser Antwort hatten die Interpellanten letztlich eine Zurückweisung erfahren, denn der Sinn ihrer Anfrage konnte nur gewesen sein, von der Regierung eine Verurteilung der Agitation zu erreichen, um damit abhängige Kreise von der Unterzeichnung der noch umlaufenden Petition abzuhalten.* Dies zu provozieren, war offenbar auch der Zweck der Angriffe Hänels gegen offizielle Stellen wegen angeblicher Begünstigung der Unterzeichnung. Bedeutete dieser Fehlschlag der Fortschrittler für die antisemitischen Kreise schon eine Ermutigung, so mußten sie diese erst recht in der Haltung der Konservativen und des Zentrums bei den anschließenden Debatten sehen.

Energisch trat der Zentrumsabgeordnete Reichensperger¹¹ für die Bewegung ein; sie sei nicht durch Rassen- oder Religions-

10. Der Kieler Professor.

11. Peter R., neben seinem Bruder August, Mallinckrodt und Savigny, einer der Begründer des Zentrums, — Vgl. seine Schrift: „Die Zins- und Wucherplage“ Bln. 1879.

haß hervorgerufen, sondern primo loco bedingt durch¹ das Gefühl, daß nationale und soziale Interessen auf dem Spiel ständen. Die erst vor wenig Jahren emanzipierten Juden sollten nicht nur immer ihre Rechte geltend machen, als ob das deutsche Volk keine andere Bestimmung hätte, als den jüdischen Interessen, Wünschen und Ansprüchen zu dienen; sie sollten sich vielmehr bewußt werden, was sie für die Emanzipation dem deutschen Volk schuldeten. Schärfer noch äußerte sich Reichenpergers Fraktionsfreund Bachem.¹² Er führte etwa im Stil der „Germania“ von 1875 die Sünden der Juden im Kulturkampf an und forderte auf, sich mit aller Entschiedenheit gegen die „maßlosen Herausforderungen“ der Juden, gegen das „Uebermaß von Frechheit“ zu wenden.

Keinen Gefallen am Kampf gegen die Juden bezeugte von der Zentrumsfraktion fast nur ihr Führer, Windthorst. Er wünsche „keine Judenhetze, aber auch ... vor allem keine Katholikenhetze“. Nur sofern die Juden den Glauben angriffen, würde er sich gegen sie wenden.

Für die Konservativen sprach v. Heydebrand. Er betonte, daß die Juden selbst schuld seien an der Mißstimmung gegen sie: Sie hätten die neuerworbenen Rechte mit mehr Takt und Mäßigung gebrauchen sollen, um dem deutschen Volk die Gewöhnung an die Emanzipation nicht zu schwer zu machen. Friedliche Zustände würden von selbst wiederkehren, wenn die Juden „mit etwas mehr Pietät dem Glauben, den Sitten, den Gefühlen des deutschen Volkes gegenüberstehen, wenn sie mit etwas mehr Respekt den christlichen Institutionen des Staates begegnen wollten...“ In wohlmeinendster Absicht richte er diesen Appell an die Juden. Beachteten sie ihn nicht, dann wäre es unmöglich, „eine Bewegung einzudämmen...“, die nach ihrer ernsten Ueberzeugung den Grundsatz verteidigt und hochhält, daß wir ein christliches Volk sind und bleiben wollen. — Stöcker ergriff die Gelegenheit, um seine Stellung den extremen, antisemitischen Forderungen gegenüber darzutun. Ihm sei die Judenfrage keine Rassenfrage; er wisse, daß das Christentum durch alle Rassen und Völker hindurchbrechen müsse; seit der Emanzipation wäre sie ihm auch keine staatsrechtliche Frage mehr, sondern sie sei eine sozial-ethische mit nationaler Bedeutung.

Ermutigt durch diese Haltung, die die einflußreichsten Par-

12. Der Begründer der „Kölnischen Volkszeitung mit Handelsblatt“.

teien im Preußischen Landtag einnahmen, unter Ausnützung der Erregung, die die Kantorowicz- und die Hanauer Affäre hervorriefen, errangen die neuen Führer der judenfeindlichen Bewegung ihre ersten großen Erfolge. Am 17. XII. 1880 hielt der erst 27 jährige Dr. Henrici vor zahlreichen Hörern seine „Reichshallenrede“¹³ gegen die „schamlose Koketterie“, die von den Liberalen mit dem Judentum getrieben würde, und protestierte dagegen namens aller „wahrhaft freisinnigen Bürger“¹⁴ Noch bekannter wurde die „Lockversammlung“¹⁵ am 30. XII., der Liebermann von Sonnenberg präsiidierte. Henrici's Rede, von flammendem Haß gegen die Juden diktiert, von heftigstem nationalem Fanatismus beseelt, riß die Zuhörermassen zu größter Begeisterung fort. Für weite Kreise, namentlich des jüngeren Deutschland,¹⁵ war damit die „Judenfrage“ zu höchster nationaler Bedeutung gelangt. Zahlreich waren die Versammlungen; von Tausenden wurden sie besucht. Der Erfolg ließ den jungen Redner immer kühner und maßloser werden. Nur noch Haß und Verachtung kannte er für seine Gegner. Dies wären krumme und verwachsene Menschen; schon am Geruch erkenne man sie. Man sehe sich einmal ein preußisches Gardebataillon an und denke sich ein Rudel Judenjungen daneben!¹⁶ Ideales Streben habe der Jude nicht. „Er und seine Mischpoche — denn eine Familie hat er nicht — sucht möglichst viel Mesumme zu verdienen, damit er mit Mammeleben, Schicksels und Bochers tüchtig acheln kann.“¹⁷ Die Judenfrage sei in erster Linie Rassenfrage, die auf der Minderwertigkeit der Juden in körperlicher und geistiger Hinsicht beruhe. Daran könne auch die Taufe keine Veränderung bewirken.¹⁸

Eine Angelegenheit, die von vornherein in dem Ruf stand, aus zelotischem Fanatismus, aus Neid und Haß geboren zu sein, mußte durch eine derartige Kampfesart vollends in Mißkredit kommen. Wollten die Männer, denen die Judenfrage ein wirklich ernstes soziales und soziologisches Problem war, die sich um einen modus vivendi für das christliche Deutschtum mit dem eman-

13. So genannt nach dem Versammlungslokal.

14. „Rbte.“ Nr. 298. 1880.

15. Am 16 XII. 80 wurde der „Verein deutscher Studenten“ gegründet.

16. 13. I. 81: „Der Kern der Judenfrage“.

17. 10. II. 1881. Rede in Dresden.

18. 13. I. 1881.

zipierten Judentum bemühten, nicht von vornherein ihre Sache verloren sehen, so konnten sie diese Sprache nicht dulden. Damit kam es zu den ersten Zusammenstößen unter den Judengegnern.

„Was haben die krummen Beine und andere auffallende körperliche Merkmale mit der Judenfrage zu tun?“ Diese Art der Behandlung brächte die Sache keinen Schritt vorwärts, sondern trüge nur dazu bei, Haß und Verachtung zu erzeugen. Als christliche Deutsche wäre man es seiner Religion und Nation schuldig, die Frage mit sittlichem Ernst und sachlich zu behandeln. Alle Judenversammlungen, alle Agitation hülfen nichts, wenn nicht Ordnung in den sozialen Verhältnissen geschaffen würde. So ließ sich der „Reichsbote“ vernehmen.¹⁹ Stöcker protestierte gegen die Rassentheorie: „Der christliche Geist dringt durch die Rasse, und wenn die Israeliten getauft sind, so sind sie unsere Brüder.“²⁰ „Ich gebe auf eine bloß antijüdische Bewegung gar nichts.“²¹ Die Emanzipation, die bei allen Kulturvölkern vollzogene Tatsache sei, könne unmöglich rückgängig gemacht werden, wie die extremen Antisemiten wünschten. Die Volksausbeutung würde durch die begonnene wirtschaftliche und soziale Reform für die Zukunft verhindert.²² Der jüdischen Minorität sei zu gönnen, was man jeder Minderheit gönnen müßte: „Achtung und Toleranz, aber — und damit bezeugt er, daß er von seiner Position im November 1879 nicht zurückgewichen ist — keinen Einfluß — auch nicht den geringsten — auf unser inneres und äußeres Leben!“²³

Doch für eine erfolgreiche Bekämpfung der Radikalen war Stöcker nicht mehr unabhängig genug. Nicht aus freiem Willen (wie seine zweideutige Haltung in der Landtagssitzung am 22. XII. 1880 beweist), sondern mit Rücksicht auf seine Partei-Gefolgschaft, die nach der extremeren Richtung neigte, und mit Rücksicht darauf, daß die Antisemiten in Berlin die natürlichen Bundesgenossen der Sozialkonservativen im Kampf gegen die Fortschrittler und Liberalen waren, hatte er die Antisemiten-Petition unterzeichnet und sich dadurch mit den Extremen auf denselben Boden gestellt.

19. „Rbte.“ Nr. 12. 1881.

20. Rede 3. I. 1881.

21. Rede 18. III. 1881.

22. Rede 27. V. 1881.

23. Rede 4. II. 1881.

Henrici hingegen, veranlaßt durch den Massenzulauf zu seinen Versammlungen, von den Aussichten eines Erfolges im Reich durch die rege Beteiligung an der Petition²⁴ überzeugt, ging daran, seine Anhänger in einer Partei zu sammeln. Diese sollte als „Soziale Reichspartei“ dem Verlangen des Volkes nach Hilfe in seinen wirtschaftlichen und sozialen Nöten gerecht werden, wozu alle anderen Parteien mit ihren politischen Redereien ungeeignet wären.²⁵ Außer der Treue zu Kaiser und Reich forderte sie — damit sollte ein liberales Moment betont werden — die Treue zum deutschen Volk. Ihre nächsten Ziele seien: Verhinderung der Judeneinwanderung, gesetzliche Ausschließung der Juden von allen obrigkeitlichen Aemtern, aus den gesetzgebenden Körperschaften und aus dem Heer; Wiederaufnahme der konfessionellen Statistik. In den zahlreichen Forderungen zur Hebung der sozialen Verhältnisse deckt sich das Programm im wesentlichen mit dem der Christlichsozialen. Neu ist der Gedanke eines Reichswirtschaftsrates, die Forderung des zehnstündigen Arbeitstages und die des Erlasses der direkten Steuern für die unteren Klassen.²⁶

Ernsthaft eingetreten ist der Agitator Henrici zweifellos nur für die direkt gegen die Juden gerichteten Punkte seines Programms. Dennoch verdienen einige seiner sozialpolitischen Forderungen prinzipielle Beachtung. Zum erstenmal tauchte im Parteiprogramm der Gedanke des Reichswirtschaftsrates^{26a} auf, der in jüngster Zeit zu größter Bedeutung gelangte;²⁷ abweichend

24. Die Petition wurde am 13. IV. 1881 dem Reichskanzler eingereicht. Sie enthielt 225 000 Unterschriften, zu denen Schlesien $\frac{1}{6}$, Brandenburg (mit Berlin, hier 12 000) 30 000, Westfalen 27 000, die Rheinprovinz 20 000, Württemberg, Hohenzollern und Baden zusammen 7000, Bayern 9000 Unterzeichner stellten. („Neue deutsche Volkszeitung“ Nr. 157. 1882). Jöhlinger, „Bismarck und die Juden“, ist für seine Behauptung (S. 42/43), der Unterschriftensammlung sei durch Abschreiben aus Adreßbüchern nachgeholfen worden, jeden Beweis schuldig geblieben. Zur Kennzeichnung der Thesen Jöhlingers sei nur angeführt, daß er das Scheitern des Bündnisangebots Bismarcks an England mit auf die — Judenkrawalle in Pommern zurückführt! Ich unterließ es bewußt, auf diese rein örtlich beschränkten, für die Entwicklung der Antisemitenparteien völlig bedeutungslosen Ausschreitungen einzugehen. Sie mit Stöcker direkt in Verbindung zu bringen, wie Jöhlinger es tut (S. 43), ist durchaus unrichtig.

25. „Reichsherold“ Nr. 3. 1881.

26. Rede 17. II. 1881.

26a. Wohl in Verbindung mit Bismarcks Volkswirtschaftsrat.

27. Vgl. hierzu: Tatarin-Tarnheyden: „Die Berufsstände, ihre Stellung im Staatsrecht und die deutsche Verfassungsverfassung. Bln. 1922.

von Stöcker, der einen nach Fachgenossenschaften modifizierten Normalarbeitstag forderte,²⁸ nähert sich Henrici mit dem Gedanken des allgemein normierten Arbeitstages der Sozialdemokratie. Ueber den Rahmen eines sozialpolitischen Programms hinaus reicht der Wunsch nach Begründung einer Kolonialpolitik,²⁹ der sich ebenfalls hier zum erstenmal in einem Parteiprogramm findet. Doch fordert man dies nicht als Bedürfnis der deutschen Großmachtstellung und seiner wirtschaftspolitischen Expansion, sondern — als Mittel im Kampf gegen das Judentum. Nur in der Ausnutzung tropischer Schätze seien Gewinne möglich, welche die jüdischen Handelsgewinne überragten und damit vom Einfluß des jüdischen Kapitals Befreiung bringen könnten; nur in der aktiven Kolonisation und Kultivation sei der Germane dem jüdischen Erwerbstalent unzweifelhaft überlegen, und nur in Ländern mit weltwirtschaftlicher Entwicklung sei es den Juden nicht gelungen, das einheimische Volk wirtschaftlich zu unterjochen.³⁰ Es kennzeichnet das die Grenze dieser Sozialpolitiker aller größeren Politik gegenüber, die sie oft bewußt aufrecht erhalten. Sie standen lediglich im Dienst der „sozialen Wiedergeburt“ des deutschen Volkes; die Fragen des Auslandes interessierten sie nur insofern, als die dortigen Verhältnisse für sie ein Vorbild sein oder als abschreckendes Beispiel dienen konnten.³¹

Für die Entwicklung der „Sozialen Reichspartei“ bedeutungsvoll war die liberale, besser nicht-konservative Einstellung, die Henrici von sich wiederholt betonte, und die er auch in der Forderung nach strenger Zentralisierung des Reiches ausdrückte.³²

Mit diesem Programm zog Henrici 1881 in den Reichstagswahlkampf. Zur Unterstützung der Agitation begründete er ein eigenes Organ, den „Reichsherold“, der zweimal wöchentlich von Mai bis Oktober 1881 erschien.

Es ergab sich bald, daß Henrici nicht nur der Maßlosigkeit seines Vorgehens wegen, sondern besonders auch infolge seiner antikonservativen Grundeinstellung mit der übrigen „Berliner Bewegung“ zusammenstieß. Die Bevölkerung Berlins — so be-

28. Salomon: Die deutschen Parteiprogramme, II, S. 57 ff.

29. „Reichsherold“ 18. VI. 1881.

30. „Neue deutsche Volkszeitung“ Nr. 133. 1882.

31. „Neue deutsche Volkszeitung“, 25. VII. 1882.

32. „Reichsherold“ 18. VI. 1881.

hauptete er — sei nach wie vor fortschrittlich; Antisemitismus sei keineswegs gleichbedeutend mit konservativ.³³

Offenkundig wurde der Gegensatz, als die konservativen Antisemiten extremer Färbung ebenfalls eine eigene Parteigründung in dem „Deutschen Volksverein“ unter Liebermann von Sonnenberg und Bernhard Förster versuchten.

Das Programm des „Deutschen Volksvereins“ (12. III. 1881)³⁴ weicht in seinen antisemitischen und sozialpolitischen Forderungen kaum von dem Henricis ab. Nur ist es in seinem Tenor bedeutend mäßiger. Das kommt auch in der Art der Agitation zum Ausdruck. Die Geschmacklosigkeiten, die kleinliche Verächtlichmachung des Gegners, werden vermieden. Energi-scher wird betont, daß die jüdische Angelegenheit eine von vielen sozialen Fragen sei. „Es hilft gar nichts, wenn wir reine Antisemiten sein wollen; das ist ein unfruchtbares Feld. Wir wollen etwas mehr sein; wir wollen der negativen die positive Seite hinzufügen, d. h. an der Beseitigung der sozialen Nöte mitarbeiten.“³⁵ Der Führer, von Liebermann, ist durch und durch romantisch-konservativ. Deutscher Glaube, deutsche Treue seien durch die „Verjudung“ des deutschen Volkes zerstört. Daher gelte es in erster Reihe, „den Juden aus uns selbst“ zu verbannen. „Persönliche Eitelkeit, Ueberhebung, niedrige Gesinnung, Mammons-dienst, alles, was uns das Judentum infizierte, muß heraus aus dem deutschen Herzen.“³⁶ „Wenn wir den Juden erst aus unserer Brust herausgerissen haben, dann wollen wir mit dem Juden im Lande schon fertig werden.“³⁷ Ihm widerstrebt es, die soziale Reform als eine materielle Operation anzusehen. Es handle sich bei ihr nicht um ein Mehr oder Weniger, dem durch Addieren oder Subtrahieren abzuhelpen sei, sondern um eine „materielle und sittliche Neugeburt unseres Volkstums, Vertiefung des deutschen Wesens, Anregung der praktischen Durchführung der christlichen Lehre.“³⁸

Diese Ansichten und Ziele mögen dem Menschen von Liebermann alle Ehre machen; als nüchternen Politiker dokumen-

33. „Reichsherold“ Nr. 22.

34. In F. Salomon „Die deutschen Parteiprogramme“ nicht abgedruckt! Nach der „Antesemitischen Correspondenz“ Nov. 1887.

35. Rede Liebermanns 12. III. 1881.

36. Förster am 19. III. 1881 in Dresden.

37. v. Liebermann in Bochum 9. III. 1884.

38. „Neue deutsche Volkszeitung“ Nr. 130. 1882.

tieren sie ihn keineswegs. Ebenso wenig realpolitisch gedacht ist der Weg, den er für die Durchführung dieser Pläne vorschlägt. Das Parlament, die „Quelle alles Unheils“, müsse durch „eine auf verfassungsmäßigem Wege beschlossene vorübergehende kaiserliche Diktatur“ unschädlich gemacht werden, und die ständige Neuorganisation des Staates mit „einer wirklich praktischen deutschen Volksvertretung“ sei vorzubereiten.³⁹ Nichts geringeres also als die Wiedergeburt des alten Ständestaates in neuem Gewande scheint ihm vorzuschweben. Dazu stimmt der Wunsch nach einer möglichst starken Krongewalt. „In Preußen regiert der König, dieses alte Wort müßte auch in Deutschland wahr werden.“⁴⁰

Konnte bei dieser ultrakonservativen Einstellung, die v. Liebermann mit der Mehrheit der Führer des „C. C. C.“⁴¹ teilte, an eine Vereinigung mit dem „liberalen“ Henrici gedacht werden? Hier mußte sich erweisen, ob Judenfeindschaft die tiefen politischen Gegensätze des deutschen Volkes zu überwinden vermochte, wie Moritz Busch gewünscht hatte. Der Wunsch erfüllte sich nicht. Nicht nur, daß nicht einmal ein taktisches Zusammengehen erreicht wurde,⁴² man scheute sogar vor offenen Angriffen auf einander angesichts des gemeinsamen Gegners im Wahlkampf nicht zurück. Rücksichtslos opponierte Henrici gegen das „C. C. C.“ So wenig die Bevölkerung der Hauptstadt gesonnen sei, sich durch den jüdisch-liberalen Druck beugen zu lassen, so wenig würde sie sich dem Druck des „C. C. C.“ fügen. In „echt jüdischer Weise“⁴³ versuchten die Konservativen, die große nationale Bewegung der Hauptstadt für ihre Parteizwecke auszubeuten⁴⁴ und sich an den Rockschoßen der Antisemiten wieder hoch zu bringen.⁴⁵ Zum endgültigen Bruch kam es am 3. VIII., als Adolf Wagner mit „äußerster Schärfe“ gegen den angeblichen Vorschlag Henricis, die Juden totzuschlagen, pro-

39. „Neue deutsche Volkszeitung“ Nr. 64. 1883.

40. ebenda Nr. 88. 1883.

41. d. i. „Conservatives Central-Comité“, die Spitzenorganisation der „Berliner Bewegung“.

42. Versammlung 18. VII. 1881.

43. Die Methode der Antisemiten, alles ihnen Widrige als „echt jüdisch“ zu verketzern, scheint schon hier geläufig.

44. „Reichsherold“ Nr. 22.

45. „Reichsherold“ 21. VII. 1881.

testierte.⁴⁶ Henrici erklärte sich jetzt völlig unabhängig vom „C. C. C.“, diesem „Popanz“; die Antisemiten brauchten Leute, die Bismarck ins Gesicht sagten, daß die Wirtschaft mit Bleichröder ein Ende haben müsse, das täte kein Konservativer.

Entgegen den vom „C. C. C.“ nominierten Kandidaten⁴⁷ stellte er⁴⁸ seinen Mitarbeiter im „Sozialen Reichsverein“, Ruppel, im VI. und sich selbst im III. Wahlkreis auf. Als Abschluß der mit ungeheurem agitatorischen Aufwand betriebenen Wahlpropaganda, als letzte große Stimmungsmache, veranstaltete das „C. C. C.“ in 58 Sälen Berlins am 18. Oktober ein Riesenvolkstfest; Henrici war ihm demonstrativ ferngeblieben.⁴⁹

Das Wahlergebnis⁵⁰ brachte der hochgehenden Begeisterung eine große Enttäuschung. Wenn auch gegenüber den Wahlen von 1878 ein ganz bedeutender Aufschwung der Konservativen in Berlin zu verzeichnen war, das Ziel ist nicht erreicht worden. Der „Fortschrittsring“ hatte nicht gesprengt werden können; von den sechs Kandidaten des C. C. C. war nicht einer in die Stichwahl gekommen; mit den wenigen Stimmen, die Henrici im III. Wahlkreis auf sich vereinigte, ließ sich keine „Soziale Reichspartei“ ins Leben rufen. Die antisemitische Agitation, die für Berlin eine Hochflut parteipolitischer Erregung gebracht hatte, wie sie lange vorher und nachher nicht wieder erlebt wurde, bedeutet doch im Rahmen der großen politischen Ereignisse der Zeit nicht mehr als eine Begleiterscheinung des Kampfes, den Bismarck gegen die Fortschrittspartei führte.

Direkte Beziehungen des Kanzlers zu den Antisemiten lassen sich nicht nachweisen. Diese wußten sich jedoch begünstigt als Bundesgenossen des Gewaltigen; keiner habe das, was sie selbst wollten, schärfer ausgedrückt als Bismarck in seiner Parole „Treih-

46. D. Oertzen: „Von Wichern bis Posadowsky.“ Hamb. 1909. S. 45/6.

47. Das C.C.C. hatte für die 6 Berliner Reichstagswahlkreise nominiert: I. v. Liebermann; II. Stöcker; III. Julius Schultze; IV. Adolf Wagner; V. Jos. Cremer; VI. Obermeister Mayer. Mit den Kandidaten der Kreise I, II, IV u. V waren erklärte Judengegener aufgestellt.

48. „Reichsherold“ 21. VII. 1881.

49. „Vossische Zeitung“ Nr. 490. 20. X. 1881.

50. Wahlergebnis: I. v. Liebermann 6295 (Löwe 8717). II. Stöcker 11627 (Virchow 18088). III. Schultze 4927. Henrici 843 (v. Saucken 12846). IV. Wagner 8270 (Träger 19031). V. Cremer 5307 (E. Richter 11127). VI. Mayer 8959 (Klotz 18911: Hasenclever 10629). (A. Philipps: Die Reichstagswahlen 1867—1881).

ben wir praktisches Christentum“.^{51 52} Es liegt kein Grund vor, an der Richtigkeit der damals in Berlin allgemeinen Ansicht zu zweifeln, daß eine Quelle für die Mittel der Agitation der „Reptilienfonds“⁵³ wäre.⁵⁴ Den Kanzler aus diesem Grund der Judenfeindschaft bezichtigen zu wollen, ist völlig verkehrt. Bismarck ist nie wählerisch gewesen, wenn sich ihm Bundesgenossen boten. Dieses Mal waren es die Antisemiten, mit denen er hoffte, die ihm unangenehme Fortschrittsherrschaft in der Reichshauptstadt vernichten zu können. Eindeutig sagt er selbst dies in der Antwort auf eine Ergebnheitsadresse, die das C. C. C. an ihn gerichtet hatte: „Ich werde für jede Unterstützung dankbar sein, die ich im Kampf gegen die meiner Ueberzeugung nach Kaiser und Reich gefährdenden Bestrebungen der Fortschrittspartei erhalte.“⁵⁵ Daß er in dem ganzen Kampf an die Juden überhaupt nur dachte, sofern sie Führer und Begünstiger seines Gegners waren, erklärt der „Offiziöse“:⁵⁶ „wenn die jüdische Bevölkerung endlich zu erkennen gibt, daß sie sich nicht fernerhin mit der Börsen- und Fortschrittspresse identifiziert, dann wird die... Frage, wie Fürst Bismarck persönlich sich zur Judenhetze stelle, gar nicht mehr existieren.“ Sofern die Ziele der Antisemiten über seine Zwecke hinausgingen, sofern die Antisemiten sich gegen die Juden überhaupt wandten, war Bismarck die Agitation zweifellos unangenehm. So sehr er sich über die Wahl⁵⁷ des scharfen Antifortschrittlers Stöcker freute, die Agitation für diesen als Antisemiten wollte er nicht, „sie war mir unangenehm und ging zu weit.“⁵⁸ Hier schied sich Bismarck von den Antisemiten. Er will nur gegen die Juden vorgehen, sofern sie Fortschrittler sind, nicht aber auch gegen konservative Juden.⁵⁹ Das mutige Ein-

51. „Berliner Ostendzeitung“ 6. III. 1881.

52. M. Busch „Tagebuchblätter“ III, 26. VI. 1881.

53. d. i. Welfenfonds, die Zinsen aus den 16 Millionen, die Bismarck dem König von Hannover vorenthielt und für seine Zwecke benutzte.

54. H. v. Gerlach: „Vom deutschen Antisemitismus“, S. 148.

55. „Aus der Wilhelmstraße“. Erinnerungen eines Offiziösen. Berl. 1877. S. 174 f.

56. ebenda S. 176 f.

57. Im Wahlkreis Minden-Lübbecke. In Berlin hatten Männer aus der engsten Umgebung des Kanzlers Stöcker gewählt, wie Exzellenz v. Thile, Lothar Bucher, M. Busch (vgl. Busch a. a. O. 28. X. 81).

58. Busch a. a. O. 16. XI. 81.

59. Lucius v. Ballhausen. Bismarckerinnerungen. Berl. 1920. 14. XI. 1881

treten der Antisemiten für seine Reformen gegen die Fortschrittler ließ ihn die Agitation, gegen die er sich offen erklärt habe, dulden; im übrigen aber sei sie inopportun.⁶⁰ Bedeutungslos mußte die ganze Bewegung für den Kanzler werden, als ihr Nichterfolg im Wahlkampf seine Erwartungen enttäuschte.

War zur Zeit der großen Wahlbegeisterung die Schaffung einer lebenskräftigen antisemitischen Partei in Berlin nicht gelungen, so war in den folgenden Jahren die Möglichkeit dafür erst recht nicht mehr gegeben. Henrici agitierte im Jahre 1882 noch unermüdlich, um dann schließlich doch zu verstummen; Liebermann von Sonnenberg leitete vom 1. I. 1882 ab den ehemaligen „Halleschen Torboten“ als „Neue deutsche Volkszeitung“ im Sinne seines „deutschen Volksvereins“ und propagierte mit aller Kraft die „neuen Parteien“, die von den „neuen Zeiten“ gefordert würden.

An fruchtbarem Agitationsmaterial fehlte es nicht. Im Sommer 1882 erregte die Nachricht von dem angeblichen jüdischen Ritualmord in Tiscza Eblar (Ungarn) die Gemüter. Henrici verstand das heiße Eisen zu schmieden und brachte in einer großen Volksversammlung eine Resolution zur Annahme, die die Stellung der Synagogen unter Polizeiaufsicht forderte.⁶¹ Die russischen Unruhen und die damit verbundene Zunahme der Einwanderung von Ostjuden boten neuen Stoff. Willkommene Parallelen ließen sich von dem nordamerikanischen Einwanderungsverbot für Chinesen zu dem geforderten Judeneinwanderungsverbot ziehen. Der freieste Staat habe bewiesen, daß Rechte und Freiheiten eingeschränkt werden könnten, wenn es das Gesamtinteresse erfordere.⁶²

Doch schon die Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus 1882 zeigten, daß die Antisemiten zwar noch als rege Agitatoren sich betätigen konnten, aber nicht mehr mächtig genug waren, um im C. C. C. bei der Aufstellung von Kandidaten ihre Wünsche durchzusetzen. Die Leitung der Konservativen fand es offenbar geratener, bei der Dreiklassenwahl, wo die Stimmen des Kleinbürgertums doch nur geringes Gewicht besaßen, auch in

60. ebenda, 26. XI. 1881.

61. „Neue deutsche Volkszeitung“ 20. VII. 82.

62. ebenda, Nr. 99. 1882.

ihrem Wahlaufuf die antisemitischen Gedanken zu verleugnen. Damit war, nachdem Henrici sich selbst unmöglich gemacht hatte, auch v. Liebermann abgedrängt, so daß er verletzt fragte, ob denn die Konservativen seit der letzten Reichstagswahl vergessen hätten, daß es eine Judenfrage gäbe. Ihr Benehmen sei weder aufrichtig, denn die meisten Konservativen seien antisemitisch, noch sei es klug, da die Judenfrage das beste Agitationsmittel wäre.⁶³ Bei der Vorbereitung zur Stadtverordnetenwahl am 18. X. 1883 vermied man selbst, sich der Antisemiten als Agitatoren zu bedienen. Die Bürgervereine hatten sich zu einer unpolitischen „deutschen Bürgerpartei“ zusammengeschlossen, die am 18. X. 1883 den 29 584 Fortschrittlern gegenüber 23 645 Stimmen aufbrachte. Die offiziöse Presse (z. B. die „Post“) begrüßte diesen unzweifelhaft bedeutenden Erfolg und führte ihn darauf zurück, daß die agitatorischen Elemente und Heißsporne von 1881 zurückgedrängt worden seien. Die Reinigung von den Extremen im C. C. C. möge weitere Fortschritte machen, damit bei den kommenden Wahlen eine Sammlung aller „positiven Elemente“ möglich würde.⁶⁴ Bismarcks Streben nach dem „Kartell“ steht hinter diesen Äußerungen. Er hatte seinen Kurs gewendet; auf der Basis der gemäßigten Konservativen und Liberalen sollte jetzt seine Politik beruhen. Extreme waren dabei nur Hindernisse. Daher Kampf den Freunden von 1881. So kam zu der Erfolglosigkeit der Agitation noch die Gegnerschaft des Kanzlers und der Mehrheit der Konservativen. Die Antisemitenbewegung in Berlin verebbte, bald zerfiel auch das C. C. C. Schon im Januar 1883 hatte Bernhard Förster Deutschland verlassen, um in Südamerika ein judenfreies Neudeutschland zu finden; im Jahre 1885 stellte v. Liebermann die Agitation in Berlin ein. Daß der Kaufmann Wilhelm Pickenbach im Februar 1884 den „Deutschen Antisemitenbund“ (D.A.B.) als Beginn einer politischen Antisemitenpartei auf dem dafür so wenig empfänglichen Boden Berlins ins Leben rief, ist grobenteils von außerberliner Einflüssen (Dresden) bedingt. Der Versuch, 1885 einen „antisemitischen deutsch-freisinnigen Verein“ zu bilden, war ein planloses Experiment; ebenso scheiterte das Beginnen, am 1. I. 1886 wieder ein antisemitisches Blatt, die „Deutsche Volksstimme“, erscheinen zu lassen.

63. „Neue deutsche Volkszeitung“ Nr. 219. 1882.

64. „Neue deutsche Volkszeitung“, Nr. 85 1884.

Unklarheit der Ziele, Maßlosigkeit der Agitationsform, Mangel an Parteidisziplin hatten bewirkt, daß eine tiefgehende Erregung bei aller Begeisterung ihrer jugendlichen Führer ergebnislos verpuffte. Dazu hatte sich gezeigt, daß Berlin nicht der Ort war, wo antisemitische Parteien sich durchsetzen konnten. Fortschritt und Sozialdemokratie hielten hier ihre stärksten Positionen. Außerhalb der Hauptstadt sollten die Antisemiten empfänglicheren Boden für ihre Agitation finden. Den Weg wies ihnen die Dresdner „Reformpartei“.

IV.

Die „Deutsche Reformpartei.“

Neben Berlin war es am Beginn der achtziger Jahre Dresden, wo die antisemitische Agitation Wurzel zu fassen und eine politische Partei zu gründen versuchte. Dies scheint angesichts der sehr geringen Zahl von Juden im ehemaligen Königreich Sachsen¹ verwunderlich. Sollte hier, wo kaum von einer „Judenplage“ die Rede sein konnte, der Boden für die Schaffung einer Antisemitenpartei geeignet sein? — Die Betrachtung der Entwicklung dieser Partei, der „Deutschen Reformpartei“, wird hierauf Antwort geben.

Den ersten Versuch zu ihrer Begründung machte Alexander Pinkert² mit einem „Appell an das deutsche Volk“, den er in mehreren Tausend Flugblättern im Sommer 1879 verbreitete.

Der Aufruf³ knüpfte an den von Marr proklamierten „Sieg des Judentums über das Germanentum“ an. Tausende deutscher Fabrikanten, Handel- und Gewerbetreibender, Tausende von Landwirten seien der „Judenpest“ schon zum Opfer gefallen. Doch das deutsche Volk dürfe nicht untätig zusehen, wie es in schmachvolle Leibeigenschaft gerate, wie jüdische Geschäftigkeit die Wurzeln seines Staatslebens untergrabe. Selbst unter der famosen Aera Falk müsse es möglich sein, die jüdischen Anmaßungen

1. Berlin hatte 1885 mit 64 355 Juden ungefähr 8—9mal so viel als das ganze Königreich Sachsen. Auf Leipzig kamen 3664, Dresden 2353, Chemnitz 553. Preußen hatte 1 $\frac{1}{8}$ %, Sachsen $\frac{1}{4}$ % Juden unter seiner Bevölkerung. (Antisemitische Korrespondenz, Juni 1890.)

2. Pseud. Egon Waldegg, der spätere Begründer und Herausgeber der „Deutschen Reform“ (Dresden) (1880—1885).

3. „Deutsche Reform“ Nr. 21. 13. III. 1881.

zurückzudrängen, den christlichen, nicht konfessionslosen Staat wieder aufzubauen. Diese Aufgabe habe sich die „Deutsche Reformpartei“ gestellt. Bald würde sie ein Programm veröffentlichen, mit dem sie die praktische Lösung der Judenfrage durchführen wolle.

Ausschließlich Kampf gegen die Juden sollte danach der Zweck der neuen Partei sein. „Da sich ... die seither maßgebenden Parteien noch immer nicht entschließen konnten, der Verjudung entschlossen entgegen zu treten“, wollte Pinkert eine Partei mit dieser Bestimmung schaffen.⁴ Doch unklar ist er sich über seine Gegner. An Marr anknüpfend, sieht er in ihnen einen fremden Volksstamm, „der nie und nimmer in uns aufgehen kann.“⁵ Daher solle die Judenfrage im „deutschnationalen, nicht-konfessionellen Sinne“ gelöst werden. Andererseits teilt er mit Stöcker den Gedanken des „christlichen Staates“, in dem er zweifellos die Juden, sofern sie getauft sind, als gleichberechtigt anerkennen müßte. Es ist dies eine kennzeichnende Unklarheit über die Rassenfrage, die in den Jahren, da man diese Probleme zu durchdenken begann, weite Kreise verwirrte. Doch war für Pinkert der Kampf gegen das Judentum als solches keineswegs beherrschender Gesichtspunkt, sondern er wandte sich gegen den wirtschaftlichen und sozialen Einfluß der Juden. Eine Reformpartei, wie sie von Wilmanns gefordert worden war, beabsichtigt Pinkert ins Leben zu rufen.

Mit ein paar Tausend Flugblättern eine neue politische Partei zu gründen, ist ein zweifelhaftes Unternehmen, selbst wenn ein so populärer Gedanke wie der antisemitische dabei agitatorische Kraft übt. Doch andere Mittel standen Pinkert nicht zur Verfügung. Sein Versuch, Volksvertreter in den Parlamenten für seine Reformpartei zu gewinnen, war mißlungen;⁶ auch die Presse weigerte sich, den „hirnverbrannten Aufruf“⁶ zu verbreiten. So gelang Pinkert nur sehr allmählich die Sammlung eines kleinen Kreises von Anhängern in Dresden, vor dem er gegen Ende des Jahres 1880 seine ersten Vorträge hielt. Wie bei Stöcker waren

4. Waldegg: „Judenhetze oder Notwehr?“ S. 9.

5. „Deutsche Reform“. 13. I. 1881.

6. „Deutsche Reform“ Nr. 21. 13. III. 1881. Pinkert hatte sich u. a. an die „Dresdner Nachrichten“, an das „Leipziger Tageblatt“ und an die katholische „Schlesische Volkszeitung“ gewandt. Die letztere hatte 1878/9 eine Serie von judenfeindlichen Artikeln gebracht.

auch hier kleine Kaufleute, Handwerker und Unterbeamte der Kern des Anhangs. Weniger Judenfeindschaft, als vielmehr ihre bedrängte Lage führte sie in die „Reformpartei“. Besserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse war ihnen Bedürfnis, nicht Maßnahmen gegen ein Volkselement, mit dem sie persönlich kaum Fühlung hatten. Damit hängt zusammen, daß Pinkert von dem ursprünglich ausschließlich betonten Gedanken des Kampfes gegen die Juden zu immer stärkerer Hervorkehrung positiver Reformforderungen kam. In dem Programmentwurf, der in der als Parteiorgan Ende 1880 gegründeten „Deutschen Reform“ (Dresden) veröffentlicht wurde, erscheint die Forderung des Kampfes gegen die Verjudung nur noch untergeordnet der allgemeinen Tendenz gegen die manchersterliche Gesetzgebung, eingeordnet in andere Bestrebungen wie die nach Errichtung obligatorischer Innungen, Schaffung von Kreditinstituten für den „Mittelstand“, Steuererhöhung für das mobile Kapital, die die „Reformpartei“ als Zusammenschluß des um seine Anerkennung in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ringenden Kleinbürgertums kennzeichnen.

Neben vierzehn Paragraphen, die diese und ähnliche uns in der „Berliner Bewegung“ bekannt gewordenen Reformvorschläge umfassen, nimmt nur ein letzter, fünfzehnter, Punkt auf das Judentum direkt Bezug. Im christlich-germanischen Staat dürften allein christlich-religiöse Männer in die gesetzgebenden Körperschaften gewählt und in die Staats- und Gemeindeämter berufen werden. Vom ausgesprochen rassenantisemitischen Standpunkt hat sich Pinkert entfernt und ist damit Stöckers Position nahe gekommen. Diese Entwicklung der jungen Partei bewegte sich stetig weiter zu einer wirtschaftlichen und sozialen Reformpartei hin, in der der antijüdische Gedanke nur im Unterton mitschwingt. In dem Programm,⁷ das auf dem ersten Parteitag der „Reformer“ in Dresden⁸ festgelegt wurde, vermied man selbst, die Juden zu nennen, und nur die Forderung der Verwirklichung des christlichen Staatsgedankens deutet darauf hin, daß man noch an sie dachte.

In der Agitation freilich trat die Judenfeindschaft stärker hervor als im Programm. Der Sieg des konservativen Kandidaten bei der sächsischen Landtagswahl im Juli 1881 gegenüber dem

7. „Deutsche Wacht“ Nr. 4. 1888.

8. 18./19. Sept. 1881 in Dresden.

jüdischen Fortschrittler im 5. Dresdener Wahlkreis wird von der „Reform“ als Sieg ihrer Partei bezeichnet und mit Genugtuung den Berliner Antisemiten angezeigt. Nicht Berlin, nicht eine aus Antisemiten aller Parteien bestehende „Antisemitenliga“, sondern Dresden und die aus „Männern einer einzigen Partei“ bestehende „Deutsche Reformpartei“ habe den ersten Wahlsieg erfochten und damit ihre Führerschaft in der nationalen Bewegung bewiesen.⁹

An seinem ursprünglichen Gedanken, alle antisemitischen Elemente zusammenzuschließen, hält also Pinkert immer noch fest. Nur scheint er mit dieser Bestrebung bei den Berlinern kein Entgegenkommen gefunden zu haben, wie die Hervorkehrung der Rivalität andeutet.

Indessen hielt die „Reformpartei“ einen Vergleich mit den Berliner Strömungen keineswegs aus. Wenn auch die „Reform“ im März 1881 angeblich in Dresden allein 1400 Abonnenten hatte,¹⁰ was wollten den Berliner Riesenversammlungen gegenüber die Sitzungen der „Reformer“ mit ihren selten mehr als 300 Teilnehmern¹¹ bedeuten?

Aber der „Wahlsieg“ machte kühn, und Dresden besaß, woran die hochgehende Berliner Bewegung letztlich gescheitert war, eine einheitliche Organisation. In dieser Geschlossenheit war die Partei stark genug,¹² von den Konservativen für die Reichstagswahl 1881 die Aufstellung eines reformfreundlichen, juden-gegnerischen Kandidaten in Stöcker zu erreichen.¹³ Unterstützt worden war sie dabei von dem im April 1881 in Dresden begründeten Zweigverein der „Christlichsozialen“. Bei den nahen Beziehungen der „Reformer“ und „Christlichsozialen“ hinsichtlich der wirtschaftlichen und sozialen Forderungen, bei der ihnen beiden gemeinsamen gemäßigten Einstellung zur Judenfrage lag der Gedanke einer Verschmelzung beider Parteien nahe. Einen Versuch dazu hatte Pinkert auf dem Parteitag im September 1881 unternommen. Hier waren neben einer Reihe von Reformvereinen auch die christlichsozialen Vereine Dresden, Berlin, Cassel

9. „Deutsche Reform“ Nr. 56. 1881.

10. „Deutsche Reform“ Nr. 19. 6. III. 1881.

11. „Deutsche Reform“ Nr. 61. 1881.

12. Versammlung 26. VII. 1881.

13. Stöcker erhielt 2076 Stimmen. Der Kandidat der Freikonservativen-Nationalliberalen 8037, der der Sozialdemokraten 9079.

und Barmen vertreten. Da Pinkert für die beabsichtigte Fusion sein Reformprogramm zur Grundlage genommen haben wollte, gingen die Christlichsozialen nicht darauf ein.¹⁴

Dem Streben Pinkerts nach Verständigung und Einigung der reformerischen und antijüdischen Richtungen ist auch das Zustandekommen des „Ersten Internationalen antijüdischen Kongresses“¹⁵ am 10. — 12. September 1882 in Dresden zuzuschreiben.¹⁶ Die Anregung zu dem Zusammentritt ging von Ungarn aus. Im Sommer 1882 war hier durch den „Ritualmord“ in Tisza-Eßlar eine große Erregung hervorgerufen worden, die die judenfeindlichen Bestrebungen zu nutzen wußten. Der allen Völkern gleichmäßig drohenden Judengefahr sollte die vereinte Kraft der europäischen Nationen entgegengestellt werden. Für Deutschland empfand man eine Aussprache über die wichtigsten Fragen der reformerischen und antijüdischen Bewegung für notwendig, damit sie nicht infolge der Verschiedenheit der Auffassungen und Maßlosigkeit Einzelner auseinanderfalle.¹⁷

Unter den 3 — 400 Teilnehmern¹⁸ des Kongresses befanden sich neben den Führern der Berliner Bewegung (Stöcker, Bernhard Förster, Liebermann von Sonnenberg, Henrici) die Vertreter der ungarischen Antisemiten (v. Istocy, Onody, Simonyi), der Oesterreicher v. Zerboni und angeblich mehrere Russen. Das Präsidium wurde Rittmeister v. Bredow (Berlin) übertragen. Von jüdischer Seite hatte man ein behördliches Verbot der Tagung erwirken wollen; man erreichte aber nur ihre polizeiliche Ueberwachung.

Der Kongreß gibt ein deutliches Bild der schroffen Gegensätze unter den Judenfeinden. Noch ehe er zustande kam, hatte Henrici die Rivalität zwischen dem gemäßigten Dresden und dem von Extremen beherrschten Berlin¹⁹ durch ein geschlossenes Vor-

14. Die Christlichsozialen wichen mit der Angabe, keine Instruktionen dazu zu haben, aus.

15. „Deutsche Reform“, Nr. 78. 1882.

16. „Christlichsoziales Korrespondenzblatt“, Nr. 28. 1882.

17. „Christlichsoziales Korrespondenzblatt“, Nr. 28. 1882.

18. Keine Delegierten! Wahrscheinlich bezieht sich die Zahl auf die Teilnehmer am Festsonntag.

19. Er war mit den Dresdnern schon vorher in Berlin zusammengestoßen, als er ihren dortigen „Reformverein“ in einen „Sozialen Reichsverein“ hatte umwandeln wollen.

gehen sämtlicher Berliner Richtungen zugunsten der Reichshauptstadt entscheiden wollen. Aber schon dies war an der Unvereinbarkeit seiner radikalen Forderungen mit den gemäßigten der Christlichsozialen gescheitert.

Es war auch auf dem Kongreß im wesentlichen der Gegensatz der Richtung Stöcker und der Rassenantisemiten, der die Verhandlungen beherrschte. Stöcker beharrte auf seinem Standpunkt, daß durch die Taufe die Juden „unsere Brüder“ würden. Henrici, v. Liebermann, Förster verteidigten den Rassenstandpunkt. Diese Richtung erwies sich als weitaus stärker.²⁰ Wenn es auch Stöcker gelang, den Kongreß vor der Annahme ganz unmöglicher Forderungen zu bewahren:²¹ so mußte er sich doch die Revision seiner acht „Thesen“ im Sinne der Rassenantisemiten gefallen lassen. Die Stöckerschen Thesen stellten als gemeinsame Operationsbasis ein Kompromiß dar, in dem die speziellen Forderungen der mehr kirchlich gesinnten Richtung gestrichen worden waren, und in das die Anerkennung des Rassenstandpunktes Aufnahme finden müssen (These III und IV). Auch in der Frage der staatsbürgerlichen Stellung der Juden war Stöcker zu schärferer Formulierung gedrängt worden (These V). Ferner bedeutet die Annahme der vier Forderungen der Freiherrn v. Fechenbach-Laudenbach und v. Thüngen-Roßbach,²² die unzweideutig die Aufhebung der Emanzipation erstrebten, eine Niederlage Stöckers. Nach diesen Erfolgen der Rassenantisemiten hatte der politisch unzweifelhaft befähigste Führer der antijüdischen Bewegung, Stöcker, jeden maßgebenden Einfluß auf die Agitation verloren.

Als Hauptergebnis der Tagung war die Einsetzung eines „ständigen Comité's des Internationalen antijüdischen Kongresses“ beschlossen worden. Nach Absicht der ungarischen Urheber des Gedankens sollte darin der Keim zu einem antisemitischen Völkerbunde enthalten sein.²⁴ Als nächste Aufgaben wurden dem

20. „Neue deutsche Volkszeitung“ Nr. 71. 1883.

21. Die Forderung Henricis auf Judenausweisung wies er treffend durch den Hinweis auf die Machtlosigkeit der Bewegung ab. Eine Volksabstimmung darüber, ob die Juden oder die Antisemiten ausgewiesen werden sollten, würde zweifellos zugunsten der ersteren entscheiden.

22. Die Führer der sozialkonservativen Bewegung. Sie waren der „deutschen Reformpartei“ beigetreten.

24. Kennzeichnend dafür, welche Riesengefahr man in den Juden sah, und wie sehr man die judenfeindlichen Gefühle der Völker überschätzte.

„Comité“ die Veröffentlichung der Beschlüsse des Kongresses, die Schaffung und Unterstützung einer vom jüdischen Einfluß unabhängigen Presse und die Vorbereitung einer zweiten Tagung zugewiesen.

Doch gerade dieser Ausschuß, in dem sich die Ergebnisse des Kongresses manifestieren sollten, bewies die Unhaltbarkeit des ganzen Unternehmens. Das „Comité“ hat sich niemals konstituiert; eingesetzt wurde nur ein Kassierer und tätig hervorgetreten ist allein der „Bevollmächtigte“, Schmeitzner, der Vorsitzende des Reformvereins zu Chemnitz und Herausgeber des Organs der antijüdischen Vereinigung, der „Internationalen Monatsschrift“.

Der Mann, auf den das Zustandekommen des Kongresses zurückzuführen ist, Pinkert, hatte wie Stöcker als Vertreter einer Richtung, die mehr Wert auf wirtschaftliche und soziale Reformen als auf Bekämpfung des Judentums selbst legte, der extremeren Majorität weichen müssen. Wenn er auch einen Sitz in dem projektierten Comité erhielt, so stand doch zu erwarten, daß die Bewegung über ihn auch hinweggehen würde. Das geschah durch die Spaltung, die Schmeitzner in der Reformpartei herbeiführte. Veranlaßt und unterstützt worden war Schmeitzner durch die Berliner Richtung des „Deutschen Tageblattes“, das sich von jeher im Gegensatz zu Pinkert befunden hatte; als sein Helfer fungierte Liebermann von Sonnenberg. Nach dem Vorgehen Schmeitzners in Chemnitz gründete er in Dresden²⁵ einen „Verein für wirtschaftliche und soziale Reform“, der sich gegen Pinkerts Reformverein wandte, da dieser das Christentum zu sehr betone;²⁶ d. h. es entstand eine Sezession mit scharf antisemitischer Tendenz. Gleichzeitig nahm Schmeitzner eine Umbildung des „Comité's“ vor.²⁷ Unter Zustimmung der extremen Berliner Richtung, gegen den Willen Pinkerts, bildete er aus dem

Noch weniger als der antisemitische Gedanke die weltanschaulichen Gegensätze im deutschen Volk zu überbrücken fähig war, konnte er natürlich die europäischen Völker ihre widerstrebenden nationalen Interessen vergessen lassen.

25. 19. IV. 1883.

26. „Deutsche Reform“, 12. IV. 1883.

27. Hier sprachen auch starke persönliche Reibereien zwischen Schmeitzner und Pinkert mit. So hatte Schmeitzner einen ehemaligen Mitarbeiter Pinkerts, Rittner, der jenen in einer Broschüre im März 1883 angriff und verleumdete, als Protokollführer des Comité's angestellt.

Comité eine „Alliance antijuive universelle“²⁸ („Allgemeine Vereinigung zur Bekämpfung des Judentums“), aus der Pinkert natürlich ausgeschlossen war, und berief für den 27./28. April 1883 einen neuen Kongreß nach Chemnitz.²⁹ Auf dieser Tagung waren nur radikale Elemente anwesend. Die Christlichsozialen und die Reformer fehlten. Den Vorsitz führte einer der literarischen Vorkämpfer der Judenfeinde, Otto Glagau. Um den Schein der legitimen Fortsetzung des Dresdner Kongresses herzustellen, wahrscheinlich aber auch, um dem drohenden Sieg der ultraradikalen Richtung Henrici's vorzubeugen, setzte v. Liebermann durch,³⁰ daß die Versammlung die Dresdner Beschlüsse als ihre Grundlage anerkannte. Die Opposition bestand besonders in dem Vertreter des „Sozialen Reichsvereins“, Dr. Ammann, der für den erkrankten Dr. Henrici an dem Kongreß teilnahm. Diese Nichts — als — Antisemiten hatten einen geistigen Führer in dem blinden Berliner Privatdozenten Eugen Dühring³¹ gefunden. Dr. Ammann suchte die Teilnehmer zur Annahme von Dührings Auffassung zu bringen, daß jede Vermengung der jüdischen Frage mit konfessionellen oder parteipolitischen Momenten abgelehnt werden müsse und sie nur als eine kulturelle Angelegenheit, lediglich als „Protest des besseren Gesamtgeistes der europäischen Völker gegen die Denk- und Handlungsweise einer asiatischen Rasse“ behandelt werden dürfe. Forderungen Dührings (Mediatisierung der jüdischen Geldfürsten, kein Rassenjude dürfe in Deutschland eine Zeile schreiben u. ä.) sollten als Programm angenommen werden. Die Mehrzahl der Teilnehmer des Kongresses unter Liebermann v. Sonnenberg und Glagau lehnte diesen Doktrinarismus unter Betonung des praktisch Erforderlichen und Möglichen ab.

28. Als Gegenstück zu Crémieux's „Alliance israélite universelle“ wählte man diese Bezeichnung.

29. Liebermann v. Sonnenberg: Stenographischer Bericht über den 2. antijüdischen Kongreß. In L. v. S.: Beiträge zur Geschichte der antisemitischen Bewegung vom Jahre 1880—1885. Bln. 1885.

30. Gegen zwei Stimmen.

31. 1893—1921. Philosoph und Nationalökonom. Infolge seiner Angriffe gegen das Universitätswesen war ihm die *venia legendi* entzogen worden. Seine Hauptschriften zur Judenfrage: „Die Judenfrage als Rassen-, Sitten- und Kulturfrage“. 1881 und „Ersatz der Religion durch Vollkommeneres und die Ausscheidung alles Judentums durch den modernen Völkergeist“ 1883.

Diese zweite Tagung, sehr schwach besucht,³² ohne positives Ergebnis, war unzweifelhaft ein Fiasko und als solches kennzeichnend für die ganze Lage der antisemitischen Bewegung in den Jahren 1883 — 85.

Pinkert hatte in der „Deutschen Reform“ mehrfach als Gegen-demonstration einen Kongreß der Reformer angekündigt. Neben der nur zu begründeten Besorgnis vor einem ähnlichen Mißerfolg verhinderte dessen Zustandekommen die Inanspruchnahme der Reformer bei den Wahlen.

In dem Wahlkampf zu den am 12. September 1883 stattfindenden sächsischen Landtagswahlen stießen die Reformer heftig mit ihren nächsten Verwandten, den Konservativen, zusammen. Wie 1881 hatten sie mit diesen ursprünglich ein Kompromiß eingehen wollen; doch die Konservativen erkannten die Kandidatur Pinkerts in der Pirnaer Vorstadt nicht an und stellten einen eigenen Kandidaten im Bunde mit den Nationalliberalen auf. Die Entrüstung der Reformer wurde in heftigen Anklagen³³ gegen die „falschen Freunde“ laut. Solange sie diesen im Kampf gegen das Manchestertum genehm gewesen wären, seien sie von ihnen ausgenutzt worden, doch die wohlbegründeten Existenzansprüche einer jungen, lebenskräftigen Partei mit unabhängigem Programm wollten sie nicht gelten lassen. Als Gegenmaßnahme kündigten die Reformer eine Sonderkandidatur im Wahlkreis Dresden-Friedrichstadt an. Von dieser Drohung einer kaum bedeutenden Gruppe ließen sich die Konservativen natürlich nicht beeinflussen. Die Kräfte der Reformer reichten auch nicht einmal zur Aufstellung dieses zweiten Kandidaten hin. Sie mußten sich im Bund mit den Christlichsozialen begnügen, die Kandidatur Pinkert gegen die „Tripelallianz“, „Presse, Börse, Juristerei“ zu verteidigen. Das Ergebnis³⁴ brachte ihnen keinen Erfolg und rechtfertigte kaum die Sonderkandidatur.

Die Dresdner Stadtverordnetenwahl am 28. XI. 1883 war ähnlich der Berliner im Vormonat unter möglicher Ausschaltung der politischen Streitfragen vollzogen worden. Die Kandidaten

32. Die „Deutsche Reform“ nennt gegen 40 Teilnehmer; v. Liebermann behauptet auch die Anwesenheit von Ungarn, Oesterreichern, Russen, Serben und Franzosen.

33. „Deutsche Reform“, Nr. 185. 12. VIII. 1883.

34. 1435 Konservative und Nationalliberale; 754 Fortschritt; 719 Sozialdemokraten; 542 Reformer.

der vereinigten Bürgervereine, Hausbesitzer, Reformer, Christlich-sozialen, Konservativen etc. erreichten die Mehrheit; der einzige Jude, der bisher dem Stadtparlament angehört hatte, wurde nicht wieder gewählt.

Den größten Erfolg brachten den Reformern die Reichstagswahlen 1884. Gegenüber dem drohenden Sieg der Sozialdemokraten bemühten sich Konservative, Nationalliberale, Christlich-soziale und Reformer um das Zustandekommen eines Kartells. Die „Deutsche Reform“, belehrt durch den Mißerfolg des Vorjahres, nahm eine sehr versöhnliche Haltung an. Seit sich die Nationalliberalen³⁵ zur Sozialreform bekannt hätten, sei mit ihnen ein Zusammengehen durchaus möglich.³⁶ Zwischen den Reformern und den Konservativen sei überhaupt kein prinzipieller Trennungsgrund mehr. Das konservative Wahlprogramm wird als „sehr genehm“ begrüßt; „es tritt für die Verwirklichung der sozialpolitischen Ziele, welche in der Kaiserlichen Botschaft von 1881 ausgesprochen sind, in vollem Umfange ein.“³⁷ Entsprechend dieser versöhnlichen Haltung erwähnte man den antisemitischen Gedanken überhaupt nicht. Auch in dem Wahlaufuf des zuerst von den Reformern als Kandidat proklamierten und am 18. IX. von den Christlichsozialen und Deutschkonservativen akzeptierten Baumeisters Gustav Hartwig, der die sozialen Forderungen der Reformer mit den politischen der Konservativen verbindet, hat er keine Berücksichtigung gefunden. Die Wahl³⁸ des Konservativen Hartwig als „Reformer“ ist nicht eigentlich ein Erfolg der „Reformpartei“, als vielmehr der Sieg der konservativen Elemente Dresdens über die Sozialdemokratie.

Mit dem Aufgeben des antisemitischen Gedankens war die „Reformpartei“ zu einer konservativen Gruppe geworden, die, da sie nichts anderes erstrebte, als was der Reichskanzler selbst proklamiert hatte, und was von anderen Parteien ebenfalls vertreten wurde, keine Existenzberechtigung mehr besaß. Mit dem An-

35. Die „Heidelberger Erklärung“ vom 23. III. 1884 spricht die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit an dem sozialen Programm des Reichskanzlers aus. (Salomon: deutsche Parteiprogramme, II. S. 22 ff.)

36. „Deutsche Reform“ 20. IX. 1884.

37. „Deutsche Reform“ 29. VIII. 1884.

38. Ermöglicht dadurch, daß er mit Bebel in die Stichwahl kam, daher auch die Freikonservativen und Nationalliberalen für ihn stimmten. 1. Wahl: Hartwig 7567. Bebel 8620. Reichspartei u. Natl. 7054, Freisinnige 1399, Zentr. 239. Stichwahl: Hartwig 13 793; Bebel 11 105.

schluß Hartwigs an die Konservative Reichstagsfraktion³⁹ waren die Dresdner Reformer faktisch in den Hafen der Deutschkonservativen eingelaufen. Auch bei den sächsischen Landtagswahlen im September 1885 wählten sie die konservativen Kandidaten. Es war nur eine Anerkennung des bestehenden Zustandes, daß Ende 1885 die „Deutsche Reform“ durch Vermittlung des Führers der sächsischen Konservativen, v. Friesen, in konservative Führung überging.⁴⁰

Der ursprüngliche Versuch Pinkerts, wie er ihn in dem „Appell an die deutsche Nation“ verkündet hatte, eine Zentrale aller Antisemiten zu schaffen, war gescheitert. Der Reformgedanke konnte in Dresden Wurzel fassen, für den Antisemitismus war der Boden nicht empfänglich. Mit dem Abflauen des antisemitischen Gedankens bei den Reformern, die politisch durchaus konservativ waren, und mit dem Eintreten für die Sozialreform von seiten der Konservativen war die Möglichkeit des Zusammenfallens beider Parteien gegeben.

Ihre Bedeutung für die antisemitische Bewegung hat die „Deutsche Reformpartei“ in weit größerem Maße als durch den Dresdner Urverein durch die Zweigvereine gewonnen. Schon am ersten Parteitag 1881 waren Vertreter der Reformvereine von Berlin, Breslau, Chemnitz,⁴¹ Görlitz und anderen Orten⁴² anwesend. Wenn hinter diesen Vertretern auch kaum größere Vereine standen, kennzeichnet es doch die bewußte und planmäßige Organisation. Pinkert sah weiter als die Berliner Agitatoren, die wohl dann und wann auch außerhalb Berlins eine Rede hielten, planmäßig jedoch über die Mauern der Hauptstadt kaum hinausstrebten. Am dritten Jahresfest des Bestehens der Partei, am 17. September 1884, sollen bereits 25 Vereine in den verschiedensten

39. Angeblich als „Hospitant“ bis zur Bildung einer eigenen Gruppe.

40. „Antisemitische Korrespondenz“, Aug. 1888. Danach soll die „Deutsche Reform“ schon vorher jährlich 2000 M. Subvention von konservativer Seite erhalten haben. Für die Zeit nach 1883 nicht unmöglich.

41. Den soziologischen Charakter der Reformer kennzeichnet besonders der Chemnitzer Verein. Am 6. III. 1881 beschloß einstimmig der dortige „Verein zur Wahrung der Interessen Handels- und Gewerbetreibender“ seine Umwandlung in einen Reformverein.

42. Die Aufzählung der „Deutschen Wacht“ (Nr. 32, 1889) ist falsch. Einige Vereine, etwa der Bochumer, Leipziger, der in Altona und Frankfurt (Main) bestanden nachweislich noch nicht. Aus diesen Städten können höchstens einzelne Personen, keine „Vertreter“, anwesend gewesen sein.

deutschen Landen das Programm der Dresdner Reformer angenommen haben; mit der Gründung des Reformvereins Hörde (Westf.) zählte man den 52. „Tochterverein.“⁴³

Doch zu einer einheitlichen Partei konnte Pinkert alle diese Vereine nicht zusammenbringen. Es ließ sich nach 1882 keine gemeinsame Tagung mehr erreichen, noch vermochte sich die „Deutsche Reform“ als Parteiorgan örtlichen Zeitungen gegenüber durchzusetzen. Auch davon ist keine Rede, daß Pinkert etwa den größeren Teil der neuen Vereine selbst hat mit schaffen helfen. Der Zusammenhang bestand lediglich in dem Bewußtsein gemeinsamer Bestrebungen, das sich in dem von fast allen diesen Vereinen gewählten Namen des „Reformvereins“ kundtat. Nach den lokalen Bedürfnissen war der Charakter dieser Zusammenschlüsse jedoch sehr verschieden. Dresden hatte nach Ausschaltung des antisemitischen Gedankens nur die Reformforderungen beibehalten. Anderen Vereinen war aber gerade die jüdische Angelegenheit der beherrschende Gesichtspunkt. Diesen gegenüber konnte Dresden seine Führung natürlich nicht behaupten. Um eigene Zeitungen gruppiert, bildeten sie bald selbständige Zusammenschlüsse, die nach dem Niedergang der Antisemitenagitation in den Ausgangspunkten Berlin und Dresden den anti-jüdischen Gedanken allein lebendig erhielten. Dies gilt besonders von den Reformvereinen in Hessen und in Westfalen.

Der Casseler Reformverein besaß in dem „Reichsgeldmonopol“⁴⁴ ein eigenes Wochenblatt. Ludwig Werner, durch das Auftreten Henricis angeregt, hatte den Reformverein begründet und gab unter dem Motto „die Judenfrage ist die soziale Frage“ vom 1. Juli 1882 ab das „Reichsgeldmonopol“ heraus.⁴⁵ Das Blatt beschäftigte sich fast ausschließlich mit den wirtschaftlichen Mißständen; die jüdische Angelegenheit sei eine rein wirtschaftliche; nur insofern auf dem Wirtschaftlichen das ganze Leben der Nation beruhe, sei sie auch eine nationale Frage. Der Rassenstandpunkt wird nicht vertreten. Wie einerseits „anständige“

43. „Deutsche Reform“ Nr. 174. 30. VII. 1885.

44. So genannt, weil es als Grundlage aller Reform ein Reichsgeldmonopol erstrebte.

45. Vorher war er Mitarbeiter des „Geldmonopols“; als sich dessen Herausgeber, Hennies, weigerte, es dem Reformverein zur Verfügung zu stellen, gründete W. das eigene Blatt.

Juden durchaus anerkannt werden,⁴⁶ will man sich andererseits vor den „verjudeten“ Christen dadurch schützen, daß man sie möglichst zum Uebertritt zum Stamm Isreal veranlaßt.⁴⁷ Parteipolitisch steht das „Reichsgeldmonopol“ auf seiten der Konservativen. Gegenüber Dührings Ablehnung jeder Vermengung des Antisemitismus mit konfessionellen und parteipolitischen Fragen betont es die tatsächliche Entwicklung, nach der die Kirche sich im Verteidigungskampf gegen die Juden und ebenso die Konservativen sich im Kampf gegen den jüdischen Liberalismus befanden; beiden wäre die Judenfrage eine Lebensfrage.⁴⁸ Entsprechend tritt Werner auch im Wahlkampf für die Konservativen ein. Sie seien eine wahre Volkspartei, ihr Einfluß werde die Macht des Kapitals brechen; es gelte mit den Konservativen das Werk Bismarcks zu fördern, das durch seine Forderungen bezüglich der handwerklichen, agrarischen und Zollverhältnisse dem an dem Großkapital und Judentum leidenden Mittelstand die nötige Widerstandskraft geben werde.⁴⁹ Bei der Reichstagswahl 1884 unterstützt das „Reichsgeldmonopol“ den konservativen Kandidaten jedoch nicht mehr mit demselben Eifer. Es wünscht den Gedanken einer selbständigen Antisemitenpartei, die durch den Zutritt konservativer Abgeordneten begründet werden soll, verwirklicht zu sehen.⁵⁰

Mit großer Politik beschäftigt sich das „Reichsgeldmonopol“ nicht; auch der kurhessischen Frage steht es indifferent gegenüber. Wuchergeschichten und jüdische Anekdoten bilden den Hauptbestandteil seines Inhalts.⁵¹ Ueber Oberhessen reichte sein Wirkungsgebiet nicht hinaus.

Für den Aufschwung, den die antisemitische Sache in Westfalen und im Rheinland erfuhr, wurde die „Westfälische Reform“ (Dortmund) von großer Bedeutung. Sie erschien von März 1883 bis zur Auswanderung ihres Redakteurs Franz Kayser 1888. Ursprünglich stand sie ganz auf dem doktrinären Boden Dührings.

46. „Reichsgeldmonopol“ Nr. 5. 29. VII. 1882.

47. „Reichsgeldm.“ Nr. 1. 1. VII. 1882. Ein treffendes Beispiel für die noch herrschende völlige Unklarheit über den Rassenbegriff.

48. „Reichsgeldm.“ Nr. 9. 26. VIII. 1882.

49. „Reichsgeldm.“ Nr. 15. 7. X. 1882.

50. Nr. 135. 3. I. 1885.

51. Darin wurde das „Reichsgeldm.“ weit übertroffen von der Mainzer „Wucherpille“ (11. IX. 1882 bis Anfang 1886). Sie neigte zum Berliner D.A.B. und erhoffte von ihm eine eigene Parteibildung.

Die Judenfrage sei Rassenfrage. „Ein getaufter Jude mag ein recht frommer Christ werden können, aber er bleibt immer von Nation Jude“. Mit Dühring ist das Blatt auch entschiedener Gegner der konservativen Richtung in der antijüdischen Bewegung. Konservative und Pastoren⁵² hätten ihre Rolle in der Bewegung ausgespielt; „nur freisinnige Männer können Führer sein“.⁵³ Dühring solle an die Spitze einer großen Partei treten.⁵⁴

Gemäßigter wurde die Haltung der „Westfälischen Reform“, als unter Dr. König⁵⁵ die „Deutschen“ oder „Patriotischen Vereine“ in Westfalen und im Rheinland auflebten. Zu den ersten dieser antisemitischen Vereine gehörte der am 13. XII. 1883 begründete „Patriotische Verein“ in Bochum. Eine rege Tätigkeit entfalteten sie im Sommer 1884; großen Zulauf hatten ihre Versammlungen in Bochum, Essen, Steele, Hattingen, Unna, Witten, Castrop und Dortmund.⁵⁶ Doch blieb die Wirksamkeit auch dieser westfälischen Reformvereine örtlich beschränkt. Das antisemitische Feuer flackerte in Hessen und glimmte in Westfalen, doch es bedurfte eines kräftigen Hineinblasens, um die Flammen emporschlagen und sich vereinen zu lassen. Diese Aufgabe stellte sich der Begründer des Leipziger Reformvereins, Theodor Fritsch. Was der „Deutschen Reformpartei“ nicht gelungen war, das versuchte er in der „Deutschen Antisemitischen Vereinigung“ (D. A. V.) zu verwirklichen: Zusammenschluß aller Judengegner in einer großen Organisation.

V.

Die „Deutsche Antisemitische Vereinigung“.

Der Leipziger Reformverein¹ unter Theodor Fritsch² hatte das Dresdner Programm von vornherein als durch die „Kaiserliche Botschaft“ von 1881 überholt abgelehnt. Dahinter stand, daß man die Lebensunfähigkeit einer Reformpartei ohne Antisemitismus erkannt hatte und von sich aus die Sammlung der Antisemiten zu einem geschlossenen Vorgehen bewirken wollte.

52. Die Spitze richtet sich gegen Stöcker.

53. Nr. 17. 25. IV. 1886.

54. ebenda.

55. Arzt in Witten (Ruhr).

56. „Deutsche Reform“ Nr. 176. 1884.

1. Gegründet 23. V. 1884.

2. Pseud. Thomas Frey. Geb. 1852; Ingenieur. Begründer und Vor-

Durch Ankauf der antisemitischen Schriften des aufgelösten Verlages Schmeitzner (Chemnitz) bildete Fritsch zunächst den Kern für eine Zentrale antisemitischer Literatur. Mit den „Brennenden Fragen“ entfaltete er eine auch außerhalb Leipzigs wirk-same Propaganda. In Liebermann von Sonnenberg, der sich nach dem Zusammenbruch seines Berliner Volksvereins nach Leipzig wandte, fand der tüchtige Publizist einen tätigen Agitator als Helfer.

Mit der von Oktober 1885 ab an „zuverlässige Parteige-nossen“ versandten „Antisemitischen Correspondenz“ begannen sie ihre gemeinsame Tätigkeit, die der Neubelebung des aus dem öffentlichen Leben fast gänzlich verdrängten Antisemitismus die-nen sollte.

Denn daraus machte die „A.C.“ keinen Hehl: Die antisemi-tische Bewegung befand sich 1885 in völligem Niedergang. Die Dresdner Reformen kamen als Antisemiten nicht mehr in Betracht, v. Liebermanns „Deutsche Volkszeitung“ war im Sommer 1885³ eingegangen. Für das Mainzer antisemitische Organ, die „Wucher-pille“, der dasselbe Schicksal bevorstand, rief Capistrano-Böckel⁴ vergeblich um Hilfe;⁵ die einzelnen noch lebenden Verbände in Hessen, Westfalen und der „Deutsche Ant'semitenbund“ (D. A. B.) unter Pickenbach in Berlin vermochten über ihren lokalen Ver-einskreis nicht hinauszuwachsen.

Zusammenfassung der verschiedenen Richtungen sollte der erste Schritt zur Erstarkung der Bewegung sein; daher wollte die „A.C.“ den „Sprechsaal“ bilden, in dem alle Richtungen der Judengegner, von den Konservativen bis zu den Anhängern Düh-rings hin ihre Anschauungen über die Ursachen des Zusammen-bruchs der bisherigen Bewegung und über die Möglichkeiten eines fernerer — gemeinsamen — Zusammengehens darlegen könnten. Das Erstere — Klarheit zu schaffen über die begangenen Fehler — gelang bald. Zurückdrängen des Sachlichen durch das Persön-liche, Unfähigkeit der fanatischen Eiferer, die nicht weiter als ihr lokaler Gesichtskreis reichte, zu denken vermochten, Unklug-heit und Maßlosigkeit der antisemitischen Zeitungen, deren Hetz-

sitzender der Mittelstandsvereinigung im Kgr. Sachsen; Herausgeber der sozialpolitischen Zeitschrift „Der Hammer“.

3. „Westfäl. Reform“ Nr. 27. 5. VII. 1885.

4. „Westf. Reform“ Nr. 13. 28. III. 1885.

5. Ueber ihn s. S. 64.

artikel unter den bekannten Titeln „Jüdische Gemeinheit“, „Jüdische Schuftigkeit“, „Ein frecher Jude“ usw. ebenso wie die sinnlosen Imperative „Kauft bei keinem Juden!“ „Schafft die Judenblätter ab!“ gerade die wertvollen Vo'ksteile von der Bewegung hatte abstoßen müssen — über derartige Sünden war man sich bald einig. Völlige Unklarheit herrschte jedoch über das, was man wollte, und auf welche Art man es erreichen konnte. Konservative Elemente wehrten sich energisch gegen eine eigene politische Parteibildung. Die konservative Partei vertrete am besten die antisemitischen Ziele. Sie sei zu unterstützen, denn bekäme sie erst die parlamentarische Führung, dann „Wehe Israel!“ Andere hingegen, die politisch zu den Liberalen neigten, maßten gerade der Verbindung des Antisemitismus mit konfessionellen und konservativen Bestrebungen eine Hauptschuld an dem Niedergang der Bewegung bei und erstrebten eine selbständige antisemitische Partei. Hierbei war jedoch der Ausdruck „Partei“ wiederum strittig; sollte es eine Partei werden, die neben den andern politischen Parteien ihre Stelle findet, oder wollte man nicht vielmehr eine „parteilose Partei“, eine „vaterländische Gemeinschaft, welche, über den Parteien stehend, mit dem heutigen Parteiwesen und dessen Fraktionsjobberei nichts zu tun hat?“⁶ Und sollte dann diese Partei „antijüdisch“ heißen — wie die „A. C.“ sie nannte — oder hieße sie nicht richtiger „antisemitisch“, da nach dem Sprachgebrauch das Wort „Jude“ den Anhänger des mosaischen Glaubens bezeichnete, den man doch nicht angriffe, „Semit“ dagegen der Genosse des Volkes genannt würde, gegen das man sich richte.⁷

Hier konservativ, hier liberal; hier Verteidiger der völkerverbindenden Kraft der Taufe, hier Apostel der Rassentheorie; hier Verfechter einer eigenen politischen Partei, hier Gegner einer solchen — sollten sich diese widerstrebendsten Meinungen über die Mittel zur Erreichung ihres Zieles vereinigen lassen?

Und wonach strebte man überhaupt? Fritsch war es, der eine feste Ansicht zu schaffen suchte.⁸ Das „letzte Ziel“ wäre die Ausscheidung der jüdischen Rasse aus dem Völkerleben. Diese könne auf gesetzlichem Wege nur durch eine Majorität in

6. „A. C.“ Nr. 1. Okt. 1885.

7. „A. C.“ Nr. 4. März 1886.

8. „A. C.“ Nr. 3. Jan. 1886. „Westf. Ref.“ Nr. 15. 11. IV. 1886.

den Parlamenten vollzogen werden. Die Schaffung dieser Majorität sei die nächste Aufgabe; erreicht werden könne sie nur durch eifrigste Propagandatätigkeit; daher sollten die antisemitischen Führer nichts sein als „heilige Missionare einer neuen Erkenntnis.“ Jetzt darüber zu streiten, ob die Eliminierung des jüdischen Elements durch Ausweisung, durch Ausnahmegesetze oder Internierung in Ghettos erfolgen solle, hieße unreifes Stroh dreschen.

Also agitieren wollte man zunächst einmal. Bestimmte Erklärungen, wie die Verwirklichung dessen, wofür man agitierte, erfolgen sollte, wußte man nicht zu geben, konnte man auch nicht festzulegen versuchen, weil dann sofort mit aller Heftigkeit die unvereinbarsten Ansichten laut zu werden und den Einigungsversuch von vornherein zum Scheitern zu bringen drohten.

Doch auch für eine gemeinsame Agitation mußten erst die Voraussetzungen geschaffen werden. Die allgemeinsten Grundzüge, auf die man sich einigen konnte, waren festzulegen.⁹ Dies geschah auf der Kasseler Tagung (13.—14. VI. 1886.). Dr. König hatte sie ursprünglich als große Demonstration angeregt. Dagegen war erfolgreich geltend gemacht worden, daß infolge der zu erwartenden geringen Teilnahme diese Kundgebung von vornherein zu einem vernichtenden Mißerfolg zu werden drohte, daß man ferner eine solche Demonstration nur auf Grund eines gemeinsamen Programms zusammenbringen könnte, das aber erst zu schaffen war.¹⁰ Daher nahmen an der Tagung nur von einem Comité (Dr. König, Fritsch, Dr. Stehlich-Cassel) Geladene teil. Es bezeichnete eine Einschränkung dessen, was Fritsch ursprünglich beabsichtigt hatte, daß darunter keine Anhänger der Richtung Stöcker waren.

Den Kern der Diskussion bildete die Frage, ob die Organisation, in der man sich zusammenschließen strebte, eine unpolitische Vereinigung oder eine politische Partei sein sollte. Gegen die Bildung einer besonderen politischen Partei machte Fritsch¹¹ beachtliche Bedenken geltend. Der Antisemitismus zwingt zu keiner besonderen politischen Einstellung. Er fordere daher auch nicht die Gründung einer eigenen politischen Partei.

9. „Westf. Reform“, 10. I. 1886.

10. „Deutsche Volksstimme“ (nach „Westf. Reform“ Nr. 15. 11. IV. 1886).

11. „Hammer“, XI. 1912.

Eine solche könne überhaupt der Bewegung nur schaden. Bisher habe man Zulauf aus allen Parteien; es sei aber sehr zweifelhaft, ob die Anhänger ihre alte der neuen Partei opfern würden. Dazu müsse die Neugründung von allen andern Parteien im Kampf um die Mandate als Rivale befehdet werden; bei ihrer Mittellosigkeit und geringen Anhängerschaft wäre sie dann in einer Lage wie etwa das Fürstentum Reuß, wenn es allen benachbarten Großstaaten den Krieg erklärte. „Unser Ziel muß es sein, alle Parteien mit dem antisemitischen Gedanken zu durchsetzen“; nur so seien die für die erstrebte Verfassungsänderung notwendigen 200 Mandate überhaupt erreichbar.

Fritsch drang mit seinen Bedenken nicht durch. Die Mehrheit verlangte eine eigene Partei. Für diese jedoch fehlte es sowohl an Geldmitteln und Anhängern wie an dem eigentlichen Programm. Man einigte sich daher auf die Bildung eines Provisoriums in der „Deutschen Antisemitischen Vereinigung“ (D. A. V.). Zu dieser sollte jeder Judengegner gehören können, der einerseits die Aufhebung der Gleichberechtigung der Juden und ihre Stellung unter ein Fremdenrecht und andererseits eine kräftige wirtschaftliche Reformpolitik forderte. So war man auf die allgemeinsten Grundlagen der Antisemitenbewegung, wie sie sich in den siebziger Jahren gebildet hatten, allein angewiesen, um eine Operationsbasis finden zu können: Judenfeindschaft und Reformpolitik. Nur ein Schritt war darüber hinaus getan worden; mit der Erklärung, daß allein der zur „D. A. V.“ gehören könne, der Aufhebung der Emanzipation fordere, war Stöcker ausgeschaltet.

Die Aufgabe der „D. A. V.“ war rege Agitation zwecks Schaffung einer politischen Partei. Zu ihrem Vorort wurde Leipzig bestimmt; Fritsch leitete den geschäftsführenden Ausschuß.

Die Gegensätze der beiden Hauptströmungen der Antisemiten, der antikonservativen, die zur politischen Parteibildung drängte, und der konservativfreundlichen, die eine solche gern vermieden gesehen hätte, waren mit diesem Zusammenschluß natürlich nicht aus der Welt geschafft. Der Einfluß der Leipziger Zentrale war bei dem dünnen Boden, auf dem das ganze Gebilde stand, sehr gering. Nicht von ihrer Tätigkeit, sondern von Erfolgen der einzelnen Richtungen hing ab, was die „D. A. V.“ erreichen würde.

Von bestimmender Bedeutung wurde hierbei die Wahl Dr. Böckels¹² in den deutschen Reichstag (1887).

Als Dr. Capistrano¹³ hatte Böckel in der „A.C.“ und im „Reichsgeldmopol“ mitgearbeitet. Näher stand er der anti-konservativen „Wucherpille“. Im Mai 1886 versuchte der Casseler Reformverein ihn als Kandidaten bei der Reichstagswahl aufzustellen.¹⁴ An der Begründung einer Antisemitenpartei für Hessen am 31. X. 1886 in Cassel war er beteiligt; die hier beschlossenen Programmforderungen nach Besserstellung der unteren Beamten und Einführung des Modus der Reichstagswahlen für die Wahlen zum Landtag gehen auf ihn zurück. Böckel stand mit dieser hessischen Partei innerhalb der „D. A. V.“ Der Antisemitismus war ihm in erster Linie eine nationale Angelegenheit. Er bedeuete die „Wiedergeburt des reinen, unverfälschten deutschen Gedankens. Das deutsche Volk soll durch den Antisemitismus sich wieder als germanische Rasse im Gegensatz zur jüdischen Rasse fühlen lernen“.¹⁵ Für Böckels hessisches Wirkungsgebiet entsprang die Judenfeindschaft allerdings einer andern Wurzel, der wirtschaftlichen Notlage der Kleinbauern, die zum großen Teil auf dem jüdischen Wucher beruhte.

Wie die Nachforschungen über diese Wucherplage¹⁶ berichten, tat der an sich nicht gerade wohlhabende hessische Bauer den ersten Schritt zu seinem Verderben, wenn er sich von einem der zahlreichen redegewandten jüdischen Hausierer irgend einen Gegenstand, etwa ein Fäßchen Branntwein, aufschwätzen ließ.¹⁷ Ratenzahlungen oder Tausch knüpften ihn immer fester an den Händler. Geldverlegenheit führte ihn dem Wucherer in die Arme; kein Stück Vieh, selbst von Nachbar zu Nachbar wurde verkauft,¹⁸

12. Otto Böckel. 1859—1923. Bibliotheksbeamter in Marburg a. d. L. Bekannt als Volksliedforscher. Begründer und Leiter des Marburger Reformvereins (1887—1895).

13. Nach dem Franziskaner Johs. de Capistrano (1386—1456), Kreuzprediger gegen die Türken auf dem Frankfurter Reichstag 1454, Judenverfolger während der Hussitenkriege in Schlesien.

14. „Westf. Reform“ Nr. 19. 9. V. 1886.

15. „Reichsherold“, 4. X. 1887.

16. „Der Wucher auf dem Lande“, Berichte und Gutachten veröffentlicht vom Verein für Sozialpolitik. Lpz. 1887.

17. „Der Wucher auf dem Lande“... S. 225.

18. a. a. O. S. 221.

ohne daß der in alle Angelegenheiten eingedrungene Jude den Kauf vermittelte. Alle Arten des Wuchers hatten sich auf diese Weise hier herausgebildet: Geld- und Kreditwucher, Viehkauf- und Viehverleihwucher, Grundstücks- und Güterwucher¹⁹ („Güterschlächterei“). „Ohne Antisemit zu sein, kann man getrost behaupten, daß . . . die wucherische Ausbeutung vorwiegend durch Juden betrieben wird.“²⁰

Die „soziale Frage“ war für den bedrängten hessischen Bauern die Wucher-, also die Judenfrage. So fand Böckel für seine antisemitische Agitation den denkbar empfänglichsten Boden. Es liegt ein wahrer Kern in der Behauptung, durch die später die „feindlichen Brüder“ Böckels Wahl verächtlich machen wollten: „Die Bauern in Oberhessen würden den Nachtwächter von Ritzbüttel wählen, wenn er ihnen Befreiung von der Judenplage verspräche.“²¹

Böckel war für die oberhessischen Bauern der geeignete Agitator. Als Volksliedersammler hatte er ihre Not und die rechte Art, mit ihnen umzugehen, kennen gelernt. Zielbewußt und äußerst rüstig agitierte er für seine Wahl. Selbst die entlegensten Dörfer wurden mit Flugschriften überschwemmt — ein damals noch sehr ungewöhnliches Verfahren! —; in der Februarkälte hielt er fünf Versammlungen unter freiem Himmel ab, weil die Gegner ihm die Benutzung der Lokale unmöglich gemacht hätten. Zur Unterstützung seiner Propaganda gründete er an Stelle der eingegangenen „Wucherpille“ den „Reichsherold“,²² der in Marburg im Januar 1887 als Probenummer, vom Februar ab wöchentlich erschien. Der „Reichsherold“ wollte das Judentum durch Erstarkung des Deutschbewußtseins, also im nationalen, rassen-antisemitischen Sinn, bekämpfen. Sein wirtschafts- und sozialpolitisches Programm versprach, den Arbeitern zu besseren Löhnen und zum Maximalarbeitstag, dem Handwerk zum Zusammenschluß gegen die Großkonkurrenz zu verhelfen, den kleinen Beamten und Lehrern ein treuer Freund, den Bauern in dem Kampf gegen Wucher und Güterschlächtereiein eifriger Beistand zu sein.

19. a. a. O. S. 223.

20. a. a. O. S. 219.

21. „A.C.“ Nr. 90, 4. V. 1890 nach „Reichsherold“ Nr. 304, 9. V. 1890.

22. Wie in der freisinnigen Tendenz schloß sich auch im Namen des
Organs B. an Henrici an.

Die Wahl²³ Böckels, des ersten Antisemiten im Reichstage, hatte zwei bedeutsame Folgen: der Bruch zwischen Antisemiten und Konservativen wurde endgültig vollzogen, und die einer Parteibildung bisher widerstrebenden konservativfreundlichen Elemente der „D. A. V.“ wurden gleichfalls zur Gründung einer Partei genötigt.

Böckel hatte seinen Wahlsieg gegen den langjährigen Vertreter des Wahlkreises Marburg-Frankenberg, den Konservativen Dr. Grimm, errungen. Gemäßigt konservative Kreise, denen von jeher die Begünstigung der Antisemiten durch ihre extremen Parteifreunde unangenehm war, hatten jetzt einen erwünschten Anlaß, kräftig gegen diese Freundschaft vorzugehen. Es sei nun offen erwiesen, daß die Vertreter des religionslosen Antisemitismus auf freisinnigem, antikonservativem Boden stünden, daß sie nur ihre Gefolgschaft und Geldunterstützung im konservativen Lager suchten, um, erstarkt, in konservative Wahlkreise einzubrechen.²⁴ Böckels Agitationsmethode sei nichts als ein Plagiat an den Gebräuchen der Sozialdemokratie; sein ganzes Auftreten sei eine bloße Demonstration, die den hessischen Bauern keineswegs Hilfe bringen würde.²⁴ Dies bewiesen auch seine Reichstagsreden.²⁵ Rein agitatorisch, ohne Kenntnis der sachlichen Verhältnisse, trete er für die Lage der unteren Postbeamten ein.²⁶ ²⁷ Ebenso sinnlos, weil undurchführbar, wäre seine Forderung gewesen, die jüdischen Fabrikanten von der Armeelieferung auszuschließen.²⁸ Schlimmer als er könne kein von Juden vorgeschobener „Antisemit“ der antijüdischen Sache schaden.²⁹ So die feindseligen Stimmen der gemäßigten Konservativen. Aber auch Stöcker konnte bei dem Vorgehen dieses „jugendlichen Menschen ohne politisches Verständnis“³⁰ gegen seine Partei nicht schweigen.

23. Im Wahlkreis Marburg-Frankenberg 7411: 4314 Stimmen des Kons. Dr. Grimm.

24. „Cons. Corresp.“ 18. III. 1887.

25. Die Stellung Bs. im Reichstag war denkbar ungünstig. Von den Liberalen verlacht, von Konservativen gehaßt, vermochte er nur selter das Wort zu erlangen; sein Vorgehen stellt nichts anderes als eine Demonstration dar.

26. Reichstagsrede 14. III. 1887.

27. „Cons. Corresp.“ 18. III. 1887.

28. R. R. 5. V. 1887.

29. „Cons. Corresp.“ 20. V. 1887.

30. Rede am 2. XII. 1887 (nach „Reichsherold“ Nr. 56. 13. XII. 1887)

Böckels unter den hessischen Bauern leider weit verbreiteter „Reichsherold“ sei durch den gehässigen Ton, die demokratische Tendenz, die unwahre Berichterstattung, die antireligiöse Richtung und die methodische Verdächtigung der Konservativen und Christlichsozialen dem Judentum weit weniger gefährlich als den staatserhaltenden Parteien.³¹

Böckel ließ nun in der Tat in seinen Angriffen gegen die Konservativen nichts an Schärfe zu wünschen übrig. Er lehnte jede Verbindung mit der von „Junkern und Strebern mißleiteten konservativen Partei“ ab.³² Als Antisemit könne nur der gelten, der die Aufhebung der Judenemanzipation und die Stellung der Juden unter Fremdenrecht fordere; damit wären „falsche Antisemiten“ wie Stöcker und sein christlichsozialer und konservativer Anhang abgeschüttelt. Stöcker sei überhaupt das Unglück der antisemitischen Bewegung; ihn benutze die abgewirtschaftete Judenklique, die sich konservative Partei nenne, um die antisemitische Bewegung egoistischen Zwecken dienstbar zu machen. „Wir haben zuerst den Ruf erhoben: Los von Stöcker! Wir sind stolz darauf“.³³

Es ist deutlich, daß hinter diesen heftigen Angriffen nicht nur persönliche, sondern auch tiefe sachliche Gegensätze stehen. Böckel bezeichnete sein Programm als „politisch freiheitlich.“³⁴ „Pressefreiheit und Redefreiheit sollen dem deutschen Volk nicht geschmälert werden, wie die Konservativen wünschen. . . . Das allgemeine Wahlrecht ist uns heilig, wir erstreben dasselbe auch für den Landtag. Adelsprivilegien kennen wir nicht; adelig ist, wer edel handelt.“³⁴ Schroffer war konservativen Anschauungen kaum entgegentreten. Ebenso richtete sich der großdeutsch-unitarische Gedanke, der Kampf gegen die föderalistische Bewegung, die Deutschland zu zerreißen drohe, gegen die Konservativen.³⁴

Den Programmsätzen entsprach die Handlungsweise Böckels. Eifrig setzte sich sein „Reichsherold“ für die von den Freisinnigen in Vorschlag gebrachte Reichseinkommensteuer ein,³⁵ als für eine sichere Stütze der Volks- und Parlamentsrechte gegenüber der Regierung. Ebenso eifrig bekämpfte er alle Monopole, weil sie der

31. „Deutsches Volksblatt“ Nr. 49. 5. XII. 1888.

32. „Reichsherold“ Nr. 28. 12. VIII. 1887.

33. „Reichsherold“ Nr. 75. 17. II. 1888.

34. „Reichsherold“ Nr. 36. 4. X. 1887.

35. „Reichsherold“ Nr. 6. 11. III. 1887.

Regierung als unkontrollierbare Einnahmen eine ungeheure Machtfülle gegenüber dem Reichstage in die Hand gäben. Energisch wird gegen den „Sturm auf die Volksrechte“, die fünfjährigen Legislaturperioden³⁶ und die Einführung eines zweijährigen Budgets³⁷ Partei genommen. Auch die Diätenlosigkeit wird Gegenstand scharfer Kritik.³⁸

Bei dieser freisinnigen Haltung Böckels war jedoch nicht nur ein Zusammengehen mit den Judenfeinden in der konservativen Partei, sondern auch mit den politisch konservativ gerichteten Antisemiten unmöglich. Wie einst zwischen Henrici und v. Liebermann, so tat sich jetzt die unüberbrückbare Kluft zwischen Böckel, dem Verteidiger der Parlamentsherrschaft, und dem ultrakonservativen v. Liebermann, dem Verehrer des alten und Verkünder eines neuen Ständestaates, auf.

Die „A.C.“ begann das Zusammengehen Böckels mit den Freisinnigen und Sozialdemokraten einer herben Kritik zu unterziehen. Mit verhaltenem Unwillen buchte sie, daß bei der Abstimmung über das Branntweinsteuergesetz Böckel mit den Freisinnigen unter E. Richter und Bamberger, den Sozialdemokraten unter Singer und einem Teil des Zentrums unter dem „erklärten Judenfreunde“ Windthorst mit „Nein“ gestimmt habe.³⁹ Böckel blieb die Erwiderung nicht schuldig. Heftige persönliche Reibungen zwischen ihm und v. Liebermann⁴⁰ mit gegenseitigen Beschimpfungen erfolgten. Als die „A.C.“ vom 1. IV. 1888 ab mit dem Untertitel „Zentralorgan der Deutschen Antisemiten“ erschien, sagte sich Böckel offen von ihr und damit von der „D.A.V.“ los. Die ganze Tendenz der „A.C.“, die ganze Agitation v. Liebermanns ziele allein darauf, die Antisemiten der konservativen Partei zuzuführen. Wem es daher ernst sei mit der Selbständigkeit der Bewegung, der solle sich um ihn, den einzigen parlamentarischen Vertreter der Antisemiten, scharen; er wolle sie zu einer unabhängigen „deutsch-nationalen und antisemitischen Volkspartei“ zusammenschließen, deren Programm neben der Bekämpfung des Judentums auch die Bekämpfung aller reaktionären, hoch-

36. Am 19. III. 1888 wurden sie gesetzlich festgelegt.

37. Ein mißglücktes Unternehmen der Konservativen, hinter dem Bismarcks Kampf gegen den Parlamentarismus stand.

38. „Reichsherold“ Nr. 55. 9. XII. 1887.

39. „A.C.“ Nr. 14. Juni 1887.

40. „Reichsherold“ Nr. 128. 21. VIII. 1888.

kirchlichen Gelüste enthalten würde.⁴¹ In diesem Streben zur eigenen Partei könnte ihn nichts hemmen, auch nicht der Gedanke, daß damit die „Einigkeit“ der Antisemiten gestört würde. Allein könne er im Reichstag keine Anträge einbringen, die Wahlen im Jahr 1890⁴² sollten die notwendige Verstärkung bringen,⁴³ damit die Antisemiten an der Gesetzgebung mitzuwirken vermöchten.⁴⁴ Dem Antisemitismus sei die Bahn frei zu machen zur eigenen politischen Partei.⁴⁵

Dies energische Losstürmen Böckels auf eine politische Partei war durchaus entgegen der in der „D. A. V.“ herrschenden Anschauung. Man wollte diese „allgemein deutsche Sache“ nicht mit politischen Tagesfragen vermengen lassen,⁴⁶ man verachtete die „Niederungen des Parteigezänkes“ und sträubte sich, in sie hinabzusteigen.⁴⁷ So wenig wie Böckel als alleiniger Reichstagsabgeordneter den Antisemitismus fördere, wäre es ein Erfolg, wenn 1890 etwa 30 Antisemiten in den Reichstag einzögen, denn der Sieg der antisemitischen Sache sei mit dem Tag errungen, da das ganze deutsche Volk in allen seinen Parteien die Ausscheidung der Juden fordern würde. Daher bedeute die Parteibildung nur ein Hemmnis für die Bewegung.⁴⁸

Aber bei dieser Haltung durfte die „D. A. V.“ nicht verharren, wenn sie nicht auf allen Einfluß verzichten wollte; in den weiten antisemitischen Kreisen hatte die überraschende Tatsache der Wahl Böckels neue Hoffnungen geweckt; auf ihn richteten sich die Blicke, er schien der Regenerator einer fast erstorbenen Sache. Der Berliner „D. A. B.“ begrüßte ihn, als er in die Reichshauptstadt als Reichstagsabgeordneter einzog, und hoffte nun mit seiner Hilfe erfolgreicher seinem alten Ziel⁴⁹ zusteuern zu können.⁵⁰ Auch die neuerwachte „Dresdner Reformpartei“ trat ihm

41. „Reichsherold“ Nr. 92. 17. IV. 1888.

42. „Reichsherold“ Nr. 120. 24. VII. 1888.

43. Rede im „D. A. B.“ 1. IV. 1887.

44. „Reichsherold“ 25. III. 1887.

45. „Reichsherold“ Nr. 30. 1887.

46. „Westfäl. Reform“ Nr. 8. 1887.

47. „Westfäl. Reform“ Nr. 7. 1887.

48. „Westf. Reform“ Nr. 30. 1887.

49. Schon 1885 hatte Pickenbach, der Führer des „D. A. B.“, die Aufstellung eigener Kandidaten versucht. („Cons. Corresp.“ 127, 1885).

50. Die Freundschaft dauerte nicht lange. Böckel ging an die Grün-

nahe. Oswald Zimmermann, einst Mitarbeiter an Pinkerts „Reform“, hatte unter dem ermutigenden Eindruck von Böckels Wahlsieg das ehemalige Organ der Reformer, die „Deutsche Reform“, in der „Deutschen Wacht“⁵¹ neu erstehen lassen. Aber wesentlich energischer vertrat er den antisemitischen Gedanken als Pinkert. Und auch zu den Konservativen geriet er in Gegensatz. Bei ihren Angriffen gegen Böckel nahm er eifrig für diesen Partei, und die „Deutsche Wacht“ wettete heftig gegen die „Konservativen“, gegen die „frommen“ Blätter, die das Kreuz anstatt im Herzen auf dem Kopf trügen.⁵² Gespannter noch wurde die Gegnerschaft, als im Herbst 1887 bei den Dresdner Stadtverordnetenwahlen die Konservativen das Kartell dem Zusammengehen mit den Reformern vorgezogen hatten. Und auch in den Angriffen gegen den „Scheinantisemiten“ Stöcker⁵³ wie in der Ablehnung der Leiziger Zentrale der „D.A.V.“ begegnete sich Zimmermann mit Böckel. Diese „Antisemiten“ ständen nur im Dienst anderer Parteien; die Spalten ihrer „A.C.“ füllten sie mit Artikeln, die sie aus der „Deutschen Wacht“ und dem „Reichsherold“ ohne Quellenangabe entnahmen.⁵⁴ Einzig hinter Böckel müsse die zu bildende „antisemitische Volkspartei“ treten, als hinter den Mann, der mutig den Weg der Tat betreten habe.⁵⁵

So war Böckel auf dem besten Wege zur ersten Führerstelle im politischen Antisemitismus. Wenn die „D. A. V.“ nicht jeden Einfluß in der antisemitischen Bewegung verlieren wollte, mußte sie ihre überparteiliche Stellung aufgeben, mußte sie ihre Bedenken gegen eine eigene Parteibildung überwinden und von ihrem politisch-konservativen Standpunkt aus nach demselben Ziel streben wie der Freisinnige Böckel.

dung eigener Reformvereine in Berlin, als der „D. A. B.“ sich ihm nicht willig unterstellte.

51. Ab 5. IV. 1887 wöchentlich.

52. Gemeint ist die „Kreuzzeitung“.

53. „Deutsche Wacht“ Nr. 34. 19. VIII. 1888.

54. „Deutsche Wacht“ Nr. 29. 15. VII. 1888.

55. „Deutsche Wacht“ Nr. 27. 1. VII. 1888.

VI.

Die „Deutsch-Sozialen“ und die „Antisemitische Volkspartei“.

Zögernd folgten die konservativen Antisemiten unter Leipziger Führung auf dem von Böckel erfolgreich beschrittenen Wege dem freisinnigen Antisemitismus nach. Außer allen prinzipiell und taktisch widerstreitenden Motiven hatten sie auch gewisse moralische Bedenken zu überwinden; die Wahlkreise, die für antisemitische Kandidaturen aussichtsreich waren, befanden sich in den Händen ihrer Freunde, der konservativen Partei.

So wurde die Kandidatur von Liebermanns¹ zur Reichstagswahl 1887 erst ganz kurz vor dem Wahltag proklamiert,² als deutlich war, daß Böckel Erfolg haben würde. Unter ähnlichem Zwang erhielt man auch 1889 bei der Nachwahl im VI. Berliner Wahlkreis die Kandidatur Paul Försters³ aufrecht. Vom „D. A. B.“⁴ ursprünglich im Einvernehmen mit der „Kreuzzeitung“⁵ aufgestellt, war sie von dieser infolge des Einflusses der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“⁶ im Stich gelassen worden. Nur die Drohung des Böckelschen „Reichsherolds“, daß im Falle von Försters Rücktritt sofort ein radikaler Antisemit aufgestellt würde,⁷ bewirkte, daß die Richtung v. Liebermann ihren Kandidaten auch gegen die „Kreuzzeitung“ behauptete.⁸

Damit war der Bruch zwischen den konservativen Antisemiten und der konservativen Partei offenbar. Die konservative Parteipresse sagte jeder antisemitischen Wahlagitation Kampf an; sie würde dafür sorgen, daß die Antisemiten nicht in den Reichstag kämen, wo sie mit ihrem bloßen Lärm und ihren konfuse Reden

1. Im Wahlkreis Fritzlar-Ziegenhain. Er unterlag dem Konservativen v. Gehren mit 3896 : 5632 Stimmen.

2. „A. C.“ Nr. 11. März 1887.

3. Bruder Bernhard Försters, Freund v. Liebermanns.

4. Er war unter dem Druck der Böckelschen Reformvereine in Berlin an die „D. A. V.“ herangerückt.

5. Unter der Leitung v. Hammersteins, des Freundes Stöckers, war sie extremer und judenfeindlicher geworden.

6. Die offiziöse Presse setzte einen Kartellkandidaten durch.

7. „Reichsherold“ Nr. 128. 21. 8. 1888.

8. Er erhielt 4352 Stimmen; die Christlichsozialen waren für ihn gegen den Kartellkandidaten eingetreten (3766 St.). — Gewählt Liebknecht (26 077).

dem Reformwerk nur schadeten.⁹ Daraufhin bekannte jetzt auch die „A.C.“ offen als ihr Ziel die Gründung einer eigenen Partei, deren parlamentarische Vertretung den Sauerteig bilden solle, „um den latenten Antisemitismus aus den alten Parteien herauszugähren...“ Diese sollten dann „den Schutzgesetzen gegen die Ueberwucherung unseres Volkes durch das Judentum die Majorität verschaffen.“¹⁰

Man sieht auch hier wiederum, wie schwer der „A.C.“ dies Vorgehen wird, wie wenig Vertrauen sie in eine politische Antisemitenpartei setzt. Die eigentliche Aufgabe würde diese nie lösen können; nur Agitationspartei solle sie sein. Dennoch, der Weg war beschritten, er mußte weiter verfolgt werden, selbst gegen die Konservativen.¹⁰ So zogen die Antisemiten in den Kampf zu den Preußenwahlen 1888.

Böckel hatte sich in seinem Marburger Wahlkreis und den ehemaligen Redakteur des ultramontanen „Westfälischen Courirs“, Dr. Winkler,¹¹ in Frankenberg-Kirchhain, aufgestellt; v. Liebermann kandidierte in Homberg-Ziegenhain, Paul Förster im Stadtkreis Cassel. Förster erließ einen Wahlaufuf, dem auch v. Liebermann sich anschloß. Er verkündete als Ziel die Bildung einer „wahren Volkspartei“, die der notleidenden unteren Stände sich annehmen sollte; ihr Kampf gelte dem neuen „Zehrstand“, der sich neben dem Nähr-, Wehr- und Lehrstand gebildet habe. Dessen Hauptvertreter sei das Judentum, mit dem alle Uebelstände des deutschen Volkes zusammenhingen. Es bestehe kein Grund, das weltgeschichtlich wertlose Volk der Juden zu schonen, es als gleichberechtigt zu dulden.¹²

Von einem Wahlaufuf erwartet man konkrete Versprechungen; hier wurden nur die allgemeinen Grundzüge einer judenfeindlichen Reformpartei dargetan. Förster war sich selbst bewußt, daß

9. „Cons. Corr.“ Nr. 131. 30. VII. 1888. Nr. 136. 11. VIII. 1888.

10. „A.C.“ Nr. 32. 1. VIII. 1888.

11. Gegen ihn und seine Kandidatur im protestantischen Wahlkreis erhoben sich heftige konservative Stimmen. auch Stöcker. Die Antisemiten dagegen sahen darin ein Zeichen für die die konfessionellen Gegensätze überwindende Kraft des antijüdischen Gedankens, wie sie in der Wahl des freisinnigen Böckel im konservativen Marburg einen Beweis der Ueberbrückung der parteipolitischen Gegensätze gesehen hatten.

12. Nach der „A.C.“ Nr. 38. 1. XI. 1888.

aus dem antisemitischen Gedanken heraus allein keine Partei sich gründen ließ und er kein imperatives Mandat übernehmen könnte.¹³ Nicht ein Programm solle im Mittelpunkt stehen, sondern der Führer, der unbedingtes Vertrauen genoß. — Die Gefolgschaftsidee, die im späteren Antisemitismus stark werden sollte, kündete sich an.

Einen Wahlerfolg vermochte bei dem Dreiklassenwahlssystem keiner der vier Kandidaten zu erreichen; aber das Ergebnis¹⁴ bewies, daß diese hessischen Kreise günstigstes Agitationsgebiet waren, und verhiess für die Reichstagswahlen einen vollen Sieg. — Im übrigen Preußen glaubten die Antisemiten die Wahlniederlagen jüdischer und fortschrittlicher Kandidaten ihrer Agitation zuschreiben zu können, wie etwa in Breslau, wo die „Schlesische Zeitung“ den Wahlkampf als Befreiungskampf gegen die Semiten proklamiert hatte, und wo sämtliche drei Sitze der „Judenpartei“, d. h. der Fortschrittspartei, entrissen worden waren.¹⁵

Bei der Selbständigwerdung der konservativen Antisemiten, bei ihrer Loslösung von den Deutschkonservativen, wurde noch ein Moment bedeutsam: ihre Haltung zur Sozialdemokratie. Insofern diese demokratischen Ideen huldigte und den Umsturz predigte, hatten v. Liebermann und Genossen mit dieser natürlich nichts gemein; verwandt mit ihr jedoch fühlten sie sich in der sozialen Tendenz.

Antisemiten und Sozialdemokraten stünden sich als Gegner gegenüber, obwohl sie eigentlich Bundesgenossen sein sollten. Beide hätten den Sozialismus auf ihr Programm geschrieben; beide bekämpften die maßlose Kapitalwirtschaft; beide wollten eine Hebung der produktiven Stände, eine Höhererschätzung der ehrlichen Arbeit; es trennte sie nur die Wahl ihrer Mittel, die einen wollten Reform, die anderen Revolution.¹⁶ Die Sozialdemokraten wichen von ihnen nur dadurch ab, daß sie bei der Erkenntnis der Schuld des mobilen Großkapitals an den unhaltbaren Zuständen

13. „A. C.“ Nr. 22. Febr. 1888.

14. Für v. Liebermann wurden 91 Wahlmänner gewählt, von denen jedoch nur 54 ihre Stimme für ihn abzugeben wagten; auf Förster kamen ein Drittel der abgegebenen Stimmen; für Böckel stimmten 39 gegen 66 konservative Wahlmänner; der konservative Gegenkandidat Dr. Wincklers erlangte nur 5 Stimmen mehr als er. (Nach „A. C.“ Nr. 39. 15. XI. 1888.)

15. „A. C.“ Nr. 39. 15. XI. 1888.

16. „Deutsche Reform“ Nr. 190. 18. VIII. 1885.

stehen blieben, während von ihnen, den Antisemiten, die weitere Frage aufgeworfen werde, in wessen Händen sich denn dieses Kapital hauptsächlich befinde.¹⁷ Auf dem Bochumer Parteitag¹⁸ trat Liebermann von Sonnenberg für die Aufhebung des Sozialistengesetzes ein. „Jeder Vertreter dieser Richtung im Parlament ist für die Regierung eine lebendige Mahnung, die soziale Reform zu beschleunigen; jeder nationalliberale Abgeordnete aber ist ein Gewicht in der Wagschale des „laissez faire, laissez aller“, das uns schon recht nahe an den Abgrund gebracht hat.“¹⁹ Dieser Auffassung entsprach die Haltung der Antisemiten bei der Reichstagsnachwahl am 14. I. 1889 in Breslau. Ihr Versuch, das Kartell zur Aufstellung eines Judengegners zu bewegen, war gescheitert. Der erste Wahlgang²⁰ brachte keine Entscheidung; der Sozialdemokrat Kräcker und der Freisinnige Friedländer (Jude) kamen in die Stichwahl. In ihr stimmten die Antisemiten für den Sozialdemokraten, „weil er das kleinere von zwei Uebeln darstellt.“²¹

Die unter dem Druck der Extreme einsetzende Lösung der konservativen Antisemiten von der Konservativen Partei war durch die Aufstellung eigener Kandidaten und durch ihre Haltung der Sozialdemokratie gegenüber vollzogen worden. Der selbständigen politischen Antisemitenpartei fehlte nur noch der endgültige formale Zusammenschluß. Er wurde auf dem Bochumer Parteitag erreicht.

Die Anregung zu der Tagung war wiederum von Dr. König ausgegangen.²² Böckel erkannte sofort, daß ihr Zweck die Zusammenfassung der Bewegung in einer Partei unter der Führung Leipzigs sein sollte. Mit allen Mitteln versuchte er daher, der Zusammenkunft jede allgemeine Bedeutung zu nehmen und sie zu einem rein lokalen Unternehmen der westfälischen Antisemiten zu stempeln. Ihre Beschlüsse könnten für die hessischen Antise-

17. „A. C.“ Nr. 42. 6. I. 1889.

18. 10./11. VI. 1889 s. u.

19. „A. C.“ Nr. 69. 8. XII. 1889.

20. Die Antisemiten stellten einen eigenen Kandidaten auf; er erhielt 1481 Stimmen. der Kartellkandidat 4585, Friedländer (Freis.) 5533, Kräcker (Soz.) 7799. Das Sondervorgehen der Antisemiten brachte also gerade den Juden in die Stichwahl.

21. „A. C.“ Nr. 44. 4. II. 1889.

22. „A. C.“ Nr. 44. 4. II. 1889.

miten ebenso wenig bindend sein, wie etwa die eines oberhessischen Parteitages für die Antisemiten Bochums.²³ Doch diese Taktik war nicht lange möglich. In den Aufrufen der Leipziger wurde der allgemeine Charakter der Tagung offen ausgesprochen. So ließ es Böckel auf eine Kraftprobe ankommen; seinen ganzen Einfluß bot er auf, das Zustandekommen eines allgemeinen Kongresses zu hindern: er und ebenso die Dresdner und Berliner Reformer seien nicht vorher gefragt worden; die Christlichsozialen hingegen wären eingeladen, was von vornherein für die Unfruchtbarkeit des ganzen Unternehmens spreche; er, Böckel, würde auf keinen Fall teilnehmen und rate jedem Parteifreund zu demselben Verhalten.²⁴

Doch diese erste Machtprobe wurde zu Ungunsten Böckels entschieden. Nachdem zunächst die Dresdner Reformer, dann die Berliner ihre Teilnahme zugesagt hatten, die „A. C.“ schon im Bewußtsein ihres Erfolges über „die paar Protestler“ triumphierte,²⁵ war Böckel zur Teilnahme gezwungen, wenn er sich nicht selbst ausschalten wollte.

So kam der Bochumer²⁶ Antisemitentag am 10./11. VI. 1889 zustande, auf dem noch einmal — das letzte Mal — alle Judengegner von der Richtung Stöcker bis zu Böckel durch gegen 250 legitimierte Abgeordnete aus über 100 deutschen Städten vertreten waren. Seine Aufgabe war die Schaffung des Namens und des Programms einer allgemeinen Antisemitenpartei.

Zur Diskussion stand zunächst Paul Försters Namensvorschlag „Deutsch-soziale Partei“. Förster wünschte die Bezeichnung, weil das bisher gebräuchliche „antisemitisch“ wegen des verhetzenden Beigeschmacks weite Kreise vom Anschluß an die Bewegung fernhalte; es drücke nur das Negative, die Judenfeindschaft, aus, in dem sozialen Kampf jedoch müsse auch positiv Stellung genommen werden; beides berücksichtige der Ausdruck „Deutsch-sozial“: das „deutsch“ entspräche dem „antisemitisch“, das „sozial“ deute die positive Betätigung an.

23. „Reichsherold“ Nr. 181. 22. II. 1889.

24. „Reichsherold“ Nr. 184. 5. III. 1889.

25. „A. C.“ Nr. 48. 7. IV. 1889.

26. Trotz mancher Bedenken war an dem entlegenen Ort festgehalten worden. Die Zentralen Leipzig, Dresden, Berlin waren infolge ihrer Rolle in der Bewegung nicht neutral genug. — Den äußeren Anlaß bot das Stiftungsfest des Bochumer Reformvereins.

Dieser Vorschlag war mit aller Deutlichkeit gegen Böckel gerichtet. Böckel hatte für sich als „Antisemit“ agitiert, er hatte sich stolz als erster „Antisemit“ in den Reichstagsalmanach eintragen lassen — nun drohte die Bewegung, als deren Vertreter er erscheint, seinen Namen, damit ihn selbst, abzutun. Die ganze Heftigkeit, mit der er gegen den neuen Namen Stellung nahm, wird verständlich.

Der Kongreß schien sofort an dem ersten Punkt seiner Tagesordnung zu scheitern. Auf Antrag v. Liebermanns wurde daher die Namensfrage zurückgestellt, und die Beratung des Programmentwurfs eröffnet. Dieser war von einer Kommission (Dr. König, Fritsch, v. Liebermann, Dr. Stehlich, Förster) ausgearbeitet worden. Von den bisher bekannten Reformprogrammen²⁷ unterschied er sich besonders dadurch, daß er über rein sozialpolitische Forderungen hinaus auch solche allgemeinpolitischer Art vertrat. Es war der erste Schritt, der bewies, daß die Antisemiten von ihrer ursprünglichen Anschauung, neben ihrer antijüdischen Angelegenheit handle es sich im politischen Dasein nur um Dinge niederer Ordnung, abgekommen und zu einer dem wahren Sachverhalt näheren Ansicht vorgeschritten waren. Aber gerade diese nicht-sozialpolitischen Wünsche trugen die Zeichen eines sehr schwächlichen Kompromisses: streng konservativ im Sinne v. Liebermanns betonten sie den staatlichen Machtgedanken, dessen Verkörperung im Heere, strebten sie nach dem Berufsständestaat; ausgesprochen christlich wollten sie im Sinne Stöckers Trennung von Staat und Kirche, und — um auch Böckel etwas zu bieten — verlangten sie geheime Stimmabgabe bei den Landtagswahlen und Diäten für die Abgeordneten.

Die eigentlich antisemitischen Forderungen erstrebten Aufhebung der Emanzipation, Ausschluß der Juden von allen Verwaltungsämtern, Richter- und Lehrerstellen, aus dem Heer gegen Entrichtung einer Kopfsteuer, vom aktiven und passiven Wahlrecht. Wer als Jude galt, wurde auch hier nicht festgelegt. Als Kuriosum sei das Verlangen nach Einrichtung einer staatlichen Kommission zur Erforschung des Talmud und andrer rabbinischer Schriften aus vergessenen Jahrhunderten bezüglich staatsgefährlicher Vorschriften erwähnt.

27. Mit Ausnahme etwa des bedeutungslosen Programmversuchs Henricis. (S. Berl. Bewegung.)

In den sozialpolitischen Wünschen ist das Bewußtsein der Beziehung zu denen der Sozialdemokratie lebendig. Ueber die Position der Christlichsozialen hinaus nähert man sich diesen in der Forderung nach Sozialisierung der bedeutendsten Produktionszweige und Verstaatlichung der Grundbuchsschulden.

Die Form des Programmes ist infolge umständlicher Begründungen und langatmiger Ausführungen der bis ins einzelne detaillierten Punkte wenig wirkungsvoll.

In der Beratung über den Entwurf machte die Böckelsche Richtung keine wesentlichen Ausstellungen.

Nicht annehmbar war das Programm für die Christlich-sozialen; der weitgehenden Einschränkung der Staatsbürgerrechte der Juden konnten sie nicht zustimmen. Ihr Vertreter, Leuß,²⁸ versuchte zwar, ein Zusammengehen zu erreichen, doch sein Antrag, der Kongreß sollte sich auf den Boden der Stöckerschen Thesen von 1882 stellen, fand keine Unterstützung. Mit der Ablehnung des vorgeschlagenen Programms schlossen sich die Christlichsozialen von der neuen Partei aus.

Fast einstimmig — von den Christlichsozialen abgesehen, — wurde schließlich der Entwurf mit unbedeutenden Aenderungen als Programm angenommen.

Doch bei der folgenden Debatte über die Namensfrage zeigte sich, wieviel mehr von den Schöpfern eines Parteiprogramms gedacht und gewünscht wird, als sie in dem „Aushängeschild“ kundgeben. Die Einigung über die Programmpunkte war keine Einigung der beiden Richtungen. Nachdem ein Vermittlungsvorschlag Zimmermanns, des Parteigängers Böckels, den alten Namen „Deutsche Reformpartei“ anzunehmen, an allgemeiner Ablehnung gescheitert war, wurde mit 110:72 Stimmen²⁹ der Kompromißvorschlag Dr. Königs: „Antisemitische deutsch-soziale Partei“ angenommen. Mit dem „antisemitisch“ sollte Böckel versöhnt werden.³⁰ Doch auch dies vermochte nicht die schroffen persönlichen und politischen Gegensätze zwischen den „liberalen“

28. Schriftleiter des Stöckerschen „Volk“.

29. Dem Angriff des „Reichsherolds“ auf den Wahlmodus, bei dem die Auswärtigen zu wenig berücksichtigt worden seien, steht die Mitteilung der „A. C.“ gegenüber, daß von Auswärtigen 36 dafür, 18 dagegen gestimmt hätten.

30. Das „Antisemitische“ fiel bald ab; es sollte ja im „deutsch“ ausgedrückt sein.

und „konservativen“ Antisemiten zu überwinden. Böckel konnte sich den erfolgreichen Leipzigern nicht unterordnen. Mit etwa fünfzehn Delegierten — darunter Zimmermann — verließ er den Saal. Damit hatte für Marburg und Dresden der Parteitag sein Ende erreicht. Die Mehrheit faßte noch eine Resolution, in der sie Stöcker ihr Bedauern über seinen Rücktritt aussprach und die Hoffnung kundgab, daß er bald wieder seine ganze Kraft würde in dem Kampf gegen das Judentum einsetzen können.³¹

Die Rechtskonservativen begrüßten die Abspaltung der Extremen und die Gründung der neuen Partei. Mit ihrem Programm sei die „Deutsch-soziale Partei“ in die Reihen derer getreten, die sich die Durchführung der Kaiserlichen Botschaft zur Aufgabe gemacht hätten. Die Forderung des geheimen Wahlrechts ebenso wie die — angeblich — zu matte Betonung des Christlichen glaubte man angesichts der strammen Hervorkehrung des monarchischen und konservativen Gedankens vergeben zu können.³²

Dahinter stand, daß die extremen Konservativen in der neuen Partei eine Stärkung für sich im Ringen um die Vorherrschaft in ihrer Partei gegen die kartellfreundliche Mehrheit fanden.³³ Je stärker eine noch weiter nach rechts stehende Gruppe nach Beseitigung des „verjudeten Kartells“ rief, desto mehr mußten die Konservativen mit Rücksicht auf ihre Wähler von diesem loszukommen suchen. Daher denn auch die erbitterte Sprache der Kartellfreunde unter den Konservativen gegen das deutsch-soziale Programm, das entstanden sei durch einen Griff in das Reservoir der Sozialdemokratie mit einem Pinselstrich Königs-treue darüber,³⁴ das in seinen vielen Einzelheiten einen unwahren

31. Wegen dieser Resolution hat der „Reichsherold“ die „Deutsch-sozialen“ als bloße Hilfsarbeiter der Konservativen hinstellen wollen. — Der Gegensatz der Richtungen war bei Stöckers Rücktritt (im März-April 1889 erhielt er die „Verweise“, am 11. X. 1889 schied er aus der politischen Tätigkeit) wiederum deutlich geworden. Das Ausscheiden des „Hemmschuhs“ der antisemitischen Bewegung könne ihr nur von Vorteil sein, schrieb die „Deutsche Wacht“ (28. IV. 1889), und der „Reichsherold“ schloß sich ihr an. Als größten Verlust beklagte es dagegen die „A.C.“ (3. III. 1889 und 5. V. 1889).

32. „Kreuzzeitung“ Nr. 275. 13. VI. 1889.

33. Diese Stärkung offenbarte sich schließlich 1892 bei der Aufnahme des antisemitischen Gedankens in das „Tivoliprogramm“ der Deutsch-Konservativen.

34. „Cons. Corr.“ Nr. 120. 19. VI. 1889.

Charakter offenbare, das aus dem „grundehrlichen Antisemitismus“ eine „unklare Reformpartei“³⁵ gemacht habe.³⁶

Im Lager der Antisemiten selbst schien man allgemein mit dem Ergebnis von Bochum zufrieden zu sein. Böckel begrüßte die Trennung seiner Anhänger, der „deutschnationalen Antisemiten“ von den „regierungsfreundlichen“, die nur aus Servilismus den neuen Namen gewählt hätten³⁷ und danach strebten, in den Segen des Kartells und durch Fürbitte des Hofpredigers in die konservative Partei aufgenommen zu werden. Die Deutsch-Sozialen wiederum waren darüber froh, daß „dieser vom Größenwahn befallene Mensch“³⁸ (Böckel), der die deutschsoziale Partei nur in Mißkredit und auf den Hund bringen könnte, ausgeschieden war. Aber auch die Stimmen waren noch nicht verstummt, die eine antisemitische Parteibildung als Unglück für die Bewegung verabscheuten, weil sie die Hauptaufgabe der antisemitischen Vereine in der systematischen Aufklärungsagitation und in der Sammlung der Judengegner aus allen Parteien sahen.³⁹

Von der Annahme eines gemeinsamen Programms und Namens bis zur einheitlichen Parteiorganisation war aber noch ein weiter Abstand. Nur wenige Vereine gingen — wie z. B. der Chemnitzer — sofort daran, den Namen „Reform-Verein“, den sie gewöhnlich trugen, in „deutsch-sozial“ zu verändern. Der „D. A. B.“ in Berlin blieb selbständig; die Haltung vieler war unklar; selbst als Werner-Cassel 1890 zur Reichstagswahl kandidierte, konnten ihn sowohl die „A. C.“⁴⁰ als auch der „Reichsherold“⁴¹ für ihre Richtung in Anspruch nehmen. Und als Leipzig für die sächsischen Antisemiten eine Landesorganisation schaffen wollte,

35. Daß die „Cons. Corr.“ sehr wohl wußte, daß der Antisemitismus, wenn er überhaupt positiv wirken wollte, die historisch mit ihm verknüpften Reformforderungen festhalten mußte, geht aus einer Bemerkung in Nr. 126 v. 28. VI. 1886 hervor: der lärmende Antisemitismus sei mehr und mehr zurückgedrängt worden, dafür trete der ernste, positive, der in der sozialen Reform seine Ziele durchsetzen wolle, stärker hervor.

36. „Cons. Corr. Nr. 39. 20. III. 1890.

37. „Reichsherold“ Nr. 215. 21. VI. 1889.

38. „Märkisches Tageblatt“ nach 37.

39. „Deutsche Wacht“ 18. VI. 1889. Es waren dies besonders die Dortmunder Reformer, die auch in Bochum gegen die Parteibildung eingetreten waren.

40. Nr. 65. 10. XI. 1889.

41. Nr. 290. 18. III. 1890.

stieß es heftig mit Dresden zusammen, das einen Landeswahlverein der Reformer, der etwa dieselben Vereine umfaßt hätte, zu gründen im Begriff war.⁴²

Die dauernden Reibereien zwischen Böckel und Zimmermann einerseits, v. Liebermann und König andererseits traten zurück, als die Reichstagswahlen 1890 heranrückten. Der ursprüngliche Gedanke der „Deutsch-Sozialen“, sich mit den Konservativen über gemeinsame Kandidaturen zu einigen, war an der bei diesen noch vorherrschenden Kartellfreundlichkeit gescheitert.⁴³ Darauf erwachte bei der „A. C.“ das Bewußtsein, daß sie ja mit Böckel in der Idee ganz übereinstimme, und sie nahm die vom „Reichsherold“ ausgegebene Parole, man wolle wie gute Kameraden zusammenstehen, wenn auch die Achselklappen verschieden wären, willig auf. Ueber die Verteilung der erfolgverheißenden hessischen Wahlkreise kam es zu gütlicher Einigung. Böckel behielt seinen Marburger Wahlkreis und proklamierte als Kandidaten der „antisemitischen Volkspartei“ Zimmermann in Alsfeld und Nassau (Stettin) in Wetzlar; Liebermann von Sonnenberg kandidierte ebenfalls in seinem Bezirk von 1887 (Fritzlar-Homburg-Ziegenhain); Paul Förster wurde in Cassel-Melsungen aufgestellt, Werner — als „Deutsch-Sozialer“ — in Rinteln-Hofgeismar-Wolfshagen.⁴⁴ Dazu kamen von deutsch-sozialer Seite noch eine Reihe von Kandidaturen, die jedoch keine Bedeutung erlangten.⁴⁵

Böckel zog mit seiner bekannten Energie und agitatorischen Gewandtheit in den Wahlkampf; 63 Wahlversammlungen soll er abgehalten haben.⁴⁶ Sein Wahlauf⁴⁷ vermeidet Ausführungen über die Lösung der Judenfrage. In wirkungsvollen Kernsätzen werden schlagwortartig wirtschaftliche und finanzielle Forderungen

42. „Deutsche Wacht“ 21. VII. 1889.

43. „A. C.“ Nr. 69. 8. XII. 1889.

44. „A. C.“ Nr. 76. 26. I. 1890.

45. Fritsch für Leipzig-Stadt und Zwickau; Dr. König für die Wahlkreise Bochum-Witten und Dortmund; Hübner für Hamburg I—III; Kaufmann Engelke für Hannover-Stadt; Fabrikbesitzer Quistorp in Waldeck, und eine Reihe von Zählkandidaten. — Mit Genugtuung hatte die „A. C.“ davon Kenntnis genommen, daß Böckel von seiner Absicht, in Siegen gegen Stöcker einen rein antisemitischen Kandidaten aufzustellen, abgekommen war. (Nr. 70, 15. XII. 1889.)

46. „Reichsherold“ Nr. 297, 13. IV. 1890.

47. „Reichsherold“ Nr. 274, 17. I. 1890.

48. „A. C.“ Nr. 76, 26. I. 1890.

als erste Ziele proklamiert. Weniger vorteilhaft wegen seiner Länge und der umständlichen theoretischen Auseinandersetzungen war der Wahlauf⁴⁸ der „Deutsch-Sozialen“. Er bemühte sich, die Notwendigkeit der neuen Partei zu beweisen, stellte als oberste Ziele die Lösung der Judenfrage, die Ueberwindung der Sozialdemokratie durch den Staatssozialismus und die Gesundung des deutschen Gesellschafts- und Wirtschaftslebens durch die Schaffung und Erhaltung eines kräftigen Mittelstandes dar.

„Das Ergebnis der Wahlen ist für die deutsch-soziale Sache ein sehr bescheidenes gewesen.“⁴⁹ Neben Böckel hatte nur Liebermann von Sonnenberg im ersten Wahlgang gesiegt. Eine entmutigende Tatsache für die Partei, die gehofft hatte, vier bis sechs Mandate zu erreichen. Darüber konnten auch die beachtlichen Minoritäten Försters und Königs nicht hinweghelfen.⁵⁰ Daß Werner in die Stichwahl kam,⁵¹ wurde kein Erfolg für die Deutsch-Sozialen, denn Werner wandte sich zu Böckel. Dessen Richtung war überhaupt glücklicher; auch Zimmermann kam in die Stichwahl,⁵² und infolge des Verzichts des in Gießen gegen Böckel gewählten Dr. Gutfleisch (natlib.) fand eine Nachwahl statt, die eine Stichwahl zwischen dem von Böckel aufgestellten alten Führer des „D. A. B.“, Pickenbach, und dem Freisinnigen Dove ergab, aus der Pickenbach als Sieger hervorging.⁵³

War Böckel auf dem Bochumer Tage die Schaffung einer Partei unter seiner Führung nicht gelungen, so konnte er jetzt,

49. „A. C.“ Nr. 80, 23. II. 1890.

50. Am 20. II. 1890. In Preußen ergab der erste Wahlgang 30 724 antisemitische Stimmen; sie wurden meist im Regierungsbezirk Kassel und in Westfalen abgegeben. An anderen Orten waren nur Splitterstimmen auf die Antisemiten entfallen. In Berlin gab es solche überhaupt nur im IV. Wahlkreis (91). Im Kgr. Sachsen ergaben sich gegen 4000 antisemitische Stimmen (hauptsächlich in Leipzig und Zwickau). Die Erfolge wurden in Hessen erzielt: Marburg 8739 Antis.: 3361 Reichspartei (gew. Böckel). Fritzlar 6269 Antis.: 934 Deutschkonservative (gew. v. Liebermann).

51. Hofgeismar: I. Wahl 3314 Antis.: 4812 Natlib.; II. Wahl 8978 Antis.: 4855 Natlib.

52. Alsfeld: I. Wahl 5000 Antis.: 3369 Freis.; II. Wahl 8906 : 3726.

53. Gießen: Nachwahl 7145 : 4715 Freis.; Stichwahl 8890 : 7736. Außer in Waldeck (1976 Antis.: 3353 Natlib.) erhielten die Antisemiten in keinem sonstigen Bundesstaat eine beachtliche Stimmenzahl. In Bayern war überhaupt keine Stimme für sie abgegeben worden. (Nach Nr. 35 des Anlagenbandes der Sitzungsberichte des deutschen Reichstages 1890).

da außer ihm drei seiner erklärten Parteigänger ins Parlament eingezogen waren, durch die Bildung einer eigenen parlamentarischen Gruppe⁵⁴ über den einzigen Abgeordneten der Deutsch-Sozialen triumphieren. Er forderte v. Liebermann auf, seiner „Fraktion“ beizutreten. Doch dieser lehnte ab. Er sähe keinen Vorteil in einer Fraktion von fünf Abgeordneten; diese könnte weder ihren Rednern zum Wort verhelfen, noch hätte sie einen Anspruch auf Sitz und Stimme in den Kommissionen oder Einfluß auf die Geschäftsordnung.⁵⁵ Durch den Beitritt würde er sich der Gefahr aussetzen, von den Anhängern Böckels majorisiert zu werden; das könne er bei den abweichenden Ansichten in schwerwiegenden politischen Fragen nicht verantworten.⁵⁶

Die Tatsachen gaben v. Liebermann bald Recht. Gegen seine Rede zur Militärvorlage,⁵⁷ die, wie von dem alten Offizier nicht anders zu erwarten, von dem Bewußtsein des großen ideellen und materiellen Wertes der Armee getragen war, erhoben die Mitglieder der Fraktion in der „Staatsbürgerzeitung“ öffentlich Protest.⁵⁸ Der Gegensatz zeigte sich ebenfalls in der Beratung über die Gewerbegerichte.⁵⁹

Der Antisemitismus vermochte die entgegengesetzten politischen Meinungen nicht zu überwinden. Der „Deutsch-sozialen Partei“ stellte Böckel die von ihm und seinen Fraktionsfreunden zu Erfurt gebildete „antisemitische Volkspartei“ entgegen.⁶⁰

Aus kleinen Anfängen der Judenfeindschaft katholischer und protestantischer Konservativer in den 70er Jahren war der Antisemitismus zu eigener politischer Parteibildung, zu selbständiger Vertretung im Reichstag gelangt. In den bestehenden politischen Parteien hatte er keinen Raum mehr finden können, sofern er alle politischen Fragen nur unter seinem Gesichtspunkt behandelt

54. Am 14. VI. 1890 bildeten Böckel, Zimmermann, Werner und Pickenbach die „Fraktion der Antisemiten“.

55. Dazu gehörte eine Fraktion von mindestens 15 Abgeordneten.

56. „A. C.“ Nr. 99, 6. VII. 1890.

57. R. R. 28. VI. 1890.

58. „A. C.“ Nr. 99, 1890.

59. Die „Fraktion“ stimmte für den sozialdemokratischen Antrag, daß Frauen als Beisitzer zuzulassen seien, v. Liebermann dagegen.

60. 6./7. VII. 1890. Ihr Programm weicht von dem Bochumer nur dadurch ab, daß die über antis.-sozialpolitische Wünsche hinausgehenden politischen Forderungen fehlen.

haben wollte, die Parteien ihn jedoch höchstens als einen Faktor hinter und neben vielen politischen Angelegenheiten gelten ließen. Nach den anfänglichen Mißerfolgen in Berlin und Dresden war ihm von Böckel der Weg in die Wahlkreise gezeigt worden, wo seine Agitation Früchte bringen konnte.

Doch dieselbe Entwicklung, die den Antisemitismus hatte parlamentsfähig werden lassen, offenbarte auch seine großen Schwächen. Sie zeigte, daß der Ausgangspunkt des politischen Antisemitismus ein Irrtum war; die Gegensätze in allen andern politischen Fragen ließen sich nicht durch den Antisemitismus überbrücken. Dazu kamen Unklarheiten prinzipieller Art. Es war nicht eindeutig festzustellen, wer als „Jude“ angesehen wurde. Nachdem die Taufe als statistisches Merkmal gefallen war, schwankte der Begriff des Gegners völlig; so kam es zu dem der Bewegung sehr nachteiligen Brauch, alles ihr Widrige und Unangenehme als „jüdisch“ zu verketzern. Endlich hatte man keine in absehbarer Zeit zu verwirklichenden Ziele im Kampf gegen das Judentum. Als erste Aufgabe wurde daher ganz und gar die Agitation gepflegt. Reine Agitationsparteien aber verlieren nur zu leicht den Blick für das Mögliche und Durchführbare und werden zu Lärm- und Radauparteien, die auf die wertvollen Volkselemente keinerlei Anziehungskraft üben können. Dies wiegt doppelt schwer bei einer Parteibildung, die wegen ihrer sich offen gegen Personen richtenden Tendenz den sachlich Denkenden von vornherein ein Horror sein mußte.

Und zu diesen inneren Schwächen und Gefahren kam die unglückliche Lage, in der sich die Antisemiten allen anderen Parteien gegenüber befanden. Ihre einstigen Gönner, die Konservativen, hatten sie sich durch die Konkurrenz in den Wahlkämpfen zu Gegnern gemacht; die Sozialdemokraten, mit denen sie sich ebenfalls verwandt fühlten, verspotteten ihre Ansichten als „Sozialismus der dummen Kerle“; das Zentrum unter Windthorst hatte für die Agitation keine Sympathien, ganz zu schweigen von dem „verjudeten“ Liberalismus oder der „Judenpartei κατ' ἐξοχήν“, — dem Fortschritt.

Nur mit starker Skepsis konnte der parlamentarischen Tätigkeit einer Gruppe entgegengesehen werden, die mit diesen inneren Schwächen behaftet, unter stärkster äußerer Belastung, ihren Einzug in das Parlament hielt.

Anlage. Bibliographie.

Inhalt.

- A. Zur politischen Geschichte; zur Partei-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte.
 - B. Zur Antisemitenbewegung:
 - I. Zeitungen und Zeitschriften.
 - II. Broschüren.
-

A. Zur politischen Geschichte; zur Partei-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte.

Anonym:

Das kleine Buch vom Großen Bismarck. Bern 1877 u. 1894 (Verf. Joachim Gehlsen).

Aus der Wilhelmstraße. Erinnerungen eines Offiziösen. Bln. 1877.

Allgemeine deutsche Biographie.

Anschütz, Berolzheimer, Jellineck etc.: Handbuch der Politik, Bd. I. 1921.³

v. Arnim, H., und G. v. Below: Deutscher Aufstieg. Bln. 1925.

v. Ballhausen, Lucius: Bismarck-Erinnerungen. Bln. 1920.

Becker, Julius: Das deutsche Manchestertum. Karlsruhe 1907.

Bergsträsser, L.: Geschichte der politischen Parteien. Mannheim 1924.³

Blum, H.: Das deutsche Reich zur Zeit Bismarcks. 1893.

Bornhak, C.: Im neuen Reich. 1871—1890. 1923.

Braun, Adolf: Die Parteien des deutschen Reichstages. Stuttg. 1893.

Brodnitz, G. v.: Bismarcks nationalökonomische Anschauung. Conrads Sammlungen XIII. Halle 1912.

Busch, Moritz: Tagebuchblätter II/III. Lpz. 1899.

Caspary, Anna: Ludolf Camphausens Leben. Stuttg. 1902.

Coudenhove, Heinr.: Das Wesen des Antisemitismus. Bln. 1901.

Dewitz, S. v.: Von Bismarck bis Bethmann. 1908.

Diest-Daber, Otto v.: Geldmacht und Sozialismus. Bln. 1875.

Dubnow, S. M.: Die neueste Geschichte des jüdischen Volkes. 1789—1914. Bd. II, Bln. 1920; Bd. III, Bln. 1923.

Egelhaaf: Bismarck. Stuttg. 1922.

— Geschichte der neuesten Zeit. 1920.⁸

Elster, Weber etc.: Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Iena 1923⁴ ff.

Die Entwicklungsgeschichte der großen politischen Parteien in Deutschland. Schriften der deutschen Gesellschaft für Politik a. d. Universität Halle-Wittenberg. II. Bonn, Lpz. 1922.

- Fritsche, Karl:* Ueber den historischen und soziologischen Charakter unseres politischen Parteiwesens („Vergangenheit und Gegenwart“ XX. 1925).
- Gehlsen, Joachim:* Aus dem Reiche Bismarck. Bln. 1894.
- Gerloff, Wilhelm:* Die Finanz- und Zollpolitik des Deutschen Reiches. Jena 1913.
- Göhre, Paul:* Die evangelisch-soziale Bewegung. Lpz. 1896.
- Großmann, Frdr.:* Die evangelisch-soziale Bewegung in Deutschland. Schmollers Jahrbuch 16. 1892.
- Grotewold, Christian:* Die Parteien des deutschen Reichstages. 2 Bde. Lpz. 1908.
- Hahn, Ludwig:* Fürst Bismarck. II. Bd. Bln. 1878.
- Hartmann, Ed. v.:* Die politischen Aufgaben und Zustände im deutschen Reich. Bln. 1881.
- Hartung, Fritz:* Deutsche Geschichte von 1870—1914. Halle 1924.
- Helfritz, Hans:* Staatskunst und Parteipolitik. Bln. 1923.
- Herberger, Karl, V.:* Die Stellung der preußischen Konservativen zur sozialen Frage. Diss. Lpz. 1914.
- Heydebrand, E. v.:* Beiträge zu einer Geschichte der konservativen Partei in den letzten 30 Jahren. 1888—1919. Kons. Monatsschrift 20.
- Hohlfeld, Johs.:* Geschichte des deutschen Reiches. 1924.
- Jentsch, Karl:* Die Partei („Die Gesellschaft“ XXX). Frkft. 1911.
- Jöhlinger, Otto:* Bismarck und die Juden. Bln. 1921.
- Joerg, Jos. Edm.:* Geschichte der sozialpolitischen Parteien in Deutschland. Freibg. 1867.
- Jolly:* Der Reichstag und die Parteien. Bln. 1880.
- Kaehler, Siegfried:* Stöckers Versuch, eine christlich-soziale Partei in Berlin zu begründen. (In „deutscher Staat und deutsche Parteien“). München, Bln. 1922.
- Kindermann, Karl:* Parteiwesen und Entwicklung in ihren Wirkungen auf die Kultur der modernen Völker. Stuttgart. 1907.
- Ladendorf, Otto:* Historisches Schlagwörterbuch. Straßb. 1906.
- Lamprecht, Karl:* Die Anfänge der deutschen Parteibildung im 18. und 19. Jahrhundert. „Patria“ 1903.
- Laveley, E. v.:* Die sozialen Parteien der Gegenwart. Tübg. 1884.
- Lenz, Max u. Marcks, Erich:* Das Bismarckjahr. Hamb. 1915.
- Loë, Otto Frhr. v.:* Fürst Bismarck. Basel 1887.
- Lorenzen, Friedr.:* Die Antisemiten. Bln. 1912.
- Lotz, Walther:* Die Ideen der deutschen Handelspolitik von 1860—1891. Lpz. 1892.
- Maier, Hans:* Die Antisemiten („Deutsches Parteiwesen“ Heft 2). München 1911.²
- Naumann, Friedr.:* Die politischen Parteien. Bln. 1910.
- Oertzen, Dietr. v.:* Ad. Stöcker, 2 Bde. 1910.
- Von Wichern bis Posadowsky. Hamb. 1909.
- Pahncke, Robert:* Die Parallelerzählungen Bismarcks zu seinen Gedanken und Erinnerungen. Halle 1914.

- Die Parteien:* Urkunden und Bibliographie der Parteienkunde. (Beihefte 1—3 zur Zeitschrift für Politik. Herausgegeben von Rich. Schmidt und Ad. Grabowsky. 1912/13.)
- Petersdorff, Herm. v.:* Adolf Stöcker. Kons. Monatsschrift 68. 1910/11.
- Poschinger, H. Ritter v.:* Fürst Bismarck und die Parlamentarier. Breslau 1895.
- Aufzeichnungen und Erinnerungen* aus dem Leben des Botschafters Johann Maria v. Radowitz. Herausgegeben von Hajo Holborn. Bln. 1925.
- Rehm, Herm.:* Deutschlands politische Parteien. Jena 1912.
- Robolsky, Herm.:* Der deutsche Reichstag. 1807—1892. Bln. 1893.
- Salomon, F.:* Die deutschen Parteiprogramme I—III. Lpz. 1924.
- Sartorius v. Walthershausen:* Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815—1914. Jena 1923.²
- Scheel, Hans v.:* Unsere sozialpolitischen Parteien. Lpz. 1878.
- Schmoller, Gustav:* Die Wandlungen in der europäischen Wirtschaftspolitik. Schmollers Jahrbuch 24.
- Zu Bismarcks Gedächtnis. Schmollers Jahrb. 54.
- Zur Sozial- und Gewerbepolitik der Gegenwart. Lpz. 1890.
- Schmoller, Max Lenz, Erich Marcks:* Zu Bismarcks Gedächtnis. Lpz. 1899.
- Schneider, Oswald:* Bismarcks Finanz- und Wirtschaftspolitik. Schmollers Forschungen 166. 1913.
- Schön, Max:* Die Geschichte der Berliner Bewegung. Lpz. 1889.
- Schulthess:* Europäischer Geschichtskalender. 1881 ff.
- Sevin, Ludw.:* Die Elemente der Parteibildungen in Vergangenheit. Gegenwart und Zukunft. Hamb. 1919.
- Singer, Arthur:* Bismarck in der Literatur. Wien 1912.²
- Singer, Isidore:* The Jewish Encyclopedia. New York and London 1901.
- Sombart, Werner:* Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert. Bln. 1903.
- Die Zukunft der Juden. Lpz. 1912.
- Spahn, Martin:* Die Presse als Quelle der neuesten Geschichte. (Internationale Wochenschrift 12. IX. 1908.)
- Steinigans, Emil:* Die deutschen Parteien und ihre Zukunft. Wald (Rhld.) 1907.
- Stillich, Oskar:* Die politischen Parteien in Deutschland. 2 Bde. Lpz. 1908.
- Stöcker, Adolf:* Reden und Aufsätze. Herausgegeben v. Reinh. Suberg. Lpz. 1913.
- Christlich-Sozial. Reden und Aufsätze. Bielefeld-Lpz. 1885.
- Reden im Reichstag. Amtlicher Wortlaut. Herausgegeben v. R. Mumm. Schwerin 1914.
- Stöpel, Franz:* Die soziale Frage. Bln. 1888.
- Ströll, M.:* Die staatssozialistische Bewegung in Deutschland. Lpz. 1885.
- Sulzbach, Walter:* Die Grundlagen der politischen Parteibildung. Tübg. 1921.
- Tatarin-Tarnheyden, Edg. v.:* Die Berufsstände, ihre Stellung im Staatsrecht und die deutsche Wirtschaftsverfassung. Bln. 1922.
- Vollständige Verhandlungen* des Ersten Vereinigten Preußischen Landtages über die Emanzipationsfrage der Juden. Bln. 1847 (Hofmann).
- Verhandlungen* des deutschen Reichstages. VII. und VIII. Leg.-Per. 1887 bis 1890 (mit Anlagen).

- Vollmar, G. v.:* Ueber den Staatssozialismus. Nürnberg. 1892.
Wach, A.: Die christlich-soziale Arbeiterpartei. Leipzig. 1878.
Wagener, Hermann: Die Mängel der christlich-sozialen Bewegung. Münster 1885.
— Erlebtes. Bln. 1884.
Waldersee, Alfred Graf v.: Denkwürdigkeiten. (Hsg. v. Otto Meisner). Stuttgart. 1923.
Wasserab: Soziale Politik im Deutschen Reich. 1889.
Wenck, Martin: Die Geschichte der Nationalsozialen. Bln. 1905.
Wiermann, H.: Der deutsche Reichstag. Seine Parteien und Größen. 2 Bde. Lpz. 1885.
Wirth, Max: Geschichte der Handelskrisen. Frkf. 1874.²
Wolfstieg u. K. Meitzel: Bibliographie der Schriften über beide Häuser des Landtages in Preußen. Bln. 1915.
Der Wucher auf dem Lande. Berichte und Gutachten. Veröffentlicht vom Verein für Sozialpolitik. Lpz. 1887.
Zeitlin, L.: Fürst Bismarks sozial-, wirtschafts- und steuerpolitische Anschauungen. 1902.
Ziegler, Theobald: Die geistigen und sozialen Strömungen des 19. Jahrhunderts. Bln. 1899.
Zischka, Julius: Entstehung und Wesen der politischen Parteien. (Badische nat.-lib. Bibliothek H. 5.) München 1911.
-

B. Zur Antisemitenbewegung.

I. Zeitungen und Zeitschriften.

- Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland. 1873—1879.
Antisemitische Correspondenz. 1885—1890.
Conservative Correspondenz. 1885—1890.
Christlichsoziales Correspondenzblatt. 1882.
Deutsche Eisenbahnzeitung 1876.
Die Gartenlaube 1874—1875.
Germania 1875.
Die Grenzboten 1879—1881.
Das Zwanzigste Jahrhundert. 1891.
Der Kulturkämpfer. 1880—1883; 1887—1888.
Allgemeine Conservative Monatsschrift für das christliche Deutschland 1879—1880; 1883; 1888/89.
Schmeitzners Internationale Monatsschrift. 1883.
Nationalzeitung. 1875.
Berliner Ostendzeitung. 1880.
Deutsche Reform. 1881—1885.
Westfälische Reform. 1885—1888.
Der Reichsbote. 1878—1881.
Das Reichsgeldmonopol. 1882—1885.
Der Reichsherold (Henrici-Berlin). 1881.
Der Reichsherold (Böckel-Marburg). 1887—1890.

Staatsbürgerzeitung. 1885—1890.
Deutsches Tageblatt. 1881—1885.
Deutsches Volksblatt. 1888.
(Neue) Deutsche Volkszeitung. 1882—1884.
Deutsche Wacht (Dresden). 1887—1890.
Die Deutsche Wacht (Monatschrift für nationale Kultur). 1879—1881.
Die Wucherpille. 1882—1885.
Neue Preußische Zeitung. 1875.

II. Broschüren.

A n o n y m a.

Adel und Juden, Deutsches Adelsblatt XI. 19. XI. 1893.
Antisemitische Adelshetze, Deutsches Adelsblatt XI. 15. X. 1893.
Der Juden Anteil am Verbrechen. Bln. 1881 (b. Otto Hentze).
Die Antisemiten und Bismarck. Lpz. 1892 (C. Minde).
Antisemiten und Konservative, Deutsches Adelsblatt XI. 30. VII. 1893.
Die Antisemitenagitation und die deutsche Studentenschaft. Gött. 1881.
Deutsche Antisemitenchronik 1888—1894. Zür. 1894.
Antisemiten Spiegel (Verein zur Abwehr des Antisemitismus). 1900².
Warum muß der Antisemitismus siegen? Spandau 1893.
Der Antisemitismus in geschichtlicher Beleuchtung. (Allg. Zeitung des Judentums. 63. Jhrg. 1892).
Der Antisemitismus. (Sein Entstehen und Vergehen. Briefe eines Ariers an einen Semiten.) Lpz. 1886.
Autoemanzipation! Mahnruf an seine Stammesgenossen von einem russischen Juden. Bln. 1882.
Fürst Bismarck und der Antisemitismus. (Verf. Jos. Popper.) Wien (Engel) 1886.
Fürst Bismarck, Parteilehre und Parteiwohl. Gotha 1881.
Fürst Bismarcks Verhältnis zum Glauben, insbesondere zum Judentum. Lpz. (Friese) 1879.
Offener Brief eines jüdischen Predigers an den Hofprediger Herrn Adolf Stöcker. Magdeburg 1879².
Das Kleine Buch vom Großen Bismarck. (Verf. Joachim Gehlsen.) 1899⁴. Cassel! Predige deinen Juden und dir selbst! (Verf. Ludw. Berthold.) Bln. 1881.
Der Fall Cantorowicz und die Judenfrage vor dem preußischen Abgeordnetenhaus am 20. und 22. November 1880. Bln. 1881.
Die wahre Erlösung vom Antisemitismus. Von einem getauften Juden. Lpz. 1883.
Der Prozeß Fenner nach den Akten dargestellt. Marb. 1888.
Soziale Frage und Antisemitismus. Kons. Wochenblatt. 2. Jahrg. Nr. 48.
Die Fremdlinge in unserem Heim! Ein Mahnwort an das deutsche Volk von einem Berliner. 1877.
Gedanken einer Jüdin über das Judentum in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Stuttg. 1885.

- Israel und die Gojim. Beiträge zur Beurteilung der Judenfrage. Lpz. 1880.
 Die Juden im deutschen Staats- und Volksleben. Frankf. 1878.
 Die Juden. Von einem Christen. Bln. 1877^a.
 Juden und Judenhetze. Löbau, Westpr. 1879.
 Die Juden und der deutsche Staat. Bln. (A. Niendorf) 1879^{ao}.
 Juden, Studenten, Professor. Frage- und Antwortspiel von J. H. M.
 Lpz. 1881.
 Die Judenfrage im preußischen Abgeordnetenhaus. Abdruck der stenographischen Berichte vom 20. und 22. XI. 1880. Bresl. 1880.
 Das moderne Judentum und seine Erlösung. München 1878.
 Judenverfolgungen und Emanzipation von den Juden. Münster 1861².
 Der Katechismus der Juden oder die Vorschriften des Schulchan aruch.
 Bln. 1884.
 Kommunismus oder Wahlreform. Lpz. 1882.
 Dr. M. Luther und das Judentum. Bln. 1882.
 Ein Mahnruf aus Jungdeutschland an Jungdeutschland. Lpz. 1881.
 Manifest an die Regierungen und Völker der durch das Judentum gefährdeten Staaten. Chemn. 1882.
 Der Mausehljude. Von einem deutschen Advokaten. Paderb. 1879².
 Der Mord zu Lutscha. Aktenmäßige Darstellung des in Galizien von Judenhand begangenen Mordes. Marb. 1888.
 Neu-Palästina oder das verjudete Deutschland. Von einem Konservativen.
 Bln. 1879.
 Deutsche Parteichronik 1866—1890. Lpz. 1892.
 Die antisemitischen Parteitage in Leipzig und Magdeburg. Kons. Wochenblatt, 2. Jahrg. Nr. 22 u. 23.
 Perrot und Bismarck (in „Der Deutsche“). Bln. 1908.
 Die studentische Petition als Annex der allgemeinen Petition, betreffend die Einschränkung der jüdischen Machtstellung. Lpz. 1881.
 Das Programm der antisemitischen Partei. XX. Jahrhundert. 1890.
 Herrn Stöckers Rede (22. XI. 1880) im Lichte der Wahrheit. Bln. 1880.
 5 Reden des Reichstagsabgeordneten Georg Ritter v. Schönerer. Linz.
 Fritz Reuter und die Juden. Dresden (Glöss) 1895.
 Der Ruin des Mittelstandes. Dresden 1891^a.
 Prozeß Schönerer — Neues Wiener Tageblatt. Wien 1880.
 Wer trägt die Schuld an der Antisemitenbewegung? Bln. (Luckhardt) 1886².
 Der große Schwindel und der große Krach. Rostock (Werther) 1875.
 Semita in Aengsten. Schreiben eines polnischen Rabbiners. Bln. 1877.
 Der Sieg der Sozialdemokratie als Frucht des Kartells. Lpz. 1890².
 Statuten der Antisemiten-Liga. Bln. (Hentze) 1879.
 Statuten-Entwurf des Zentral-Vereins des Nichtjudenbundes von Ungarn.
 Bln. 1880.
 Prozeß Stöcker wider die „Freie Zeitung“. Bln. (Verlag der „Freien Zeitung“) 1885.
 Der falsche und der wahre Stöcker. Von einem Mitglied des deutschen Reichstages. Bln. 1885.
 Der Talmud oder die Sittenlehre des Judentums. Bln. 1881³.

- Der Untergang der antisemitischen Parteien. Bln. 1895.
 Die Verjudung des christlichen Staates. Lpz. (Mathes) 1865.
 Ernst Renans Vortrag über das Judentum vom Gesichtspunkt der Rasse und der Religion usw. Bln. 1884.
 Votum eines Unbefangenen. Bln. 1881.
 Warum treten wir nicht in das Christentum ein? Von einem Juden. Lpz. 1883.
 Wer rettet die Deutschen Oesterreichs? Erläuterung des Programms des deutschen Vereins zu Villach. Villach o. J.
 Aus der Wilhelmstraße. Erinnerungen eines Offiziösen. Bln. 1887.
 Die politische Wochenstube. Von einem deutschen Sozialisten. Nossen i. S. 1892.
 Wohin steuern wir im Deutschen Reich? Basel 1882.
 Ein Wort im Vertrauen an Herrn Hofprediger Stöcker. Bln. 1880.
 Ein Wort zur Judenfrage. Von einem ehemaligen Juden. Bln. 1880.
 Wucher und Intoleranz. Von einem Unparteiischen. Zür. 1881.
 Sammlung antisemitischer Zeitungsartikel aus der Schlesischen Volkszeitung 1878/79. Bresl. Stadtbibliothek.
 Die Ziele der Antisemiten. Lpz. 1883.
 Die Zuchthausarbeit. (Verf. Cunow.) Bln. (Fiedler) o. J.
-
- Acher, Mathias:* Einige Gedanken über den Antisemitismus. „Ost und West“ 2. Jahrg. Bln. 1902.
Almogen, D.: Worte der Abwehr. Briefe eines Ariers an einen Semiten. Lpz. 1887.
Antisemitismus, Der politische. Herausgegeben vom Verein zur Abwehr des Antisemitismus. Bln. 1917.
Aspfalck, Caesar: Ruhende Kampfmittel des National-Liberalismus wider Sozialismus und Antisemitismus und die äußerste Notwendigkeit ihrer Verwendung. Köln 1892.
Auerbach: Das Judentum und seine Bekenner in Preußen. Bln. 1890.
Austriacus: Wählt keinen Juden. Bln. 1881.
Backhaus, S.: Die Germanen, ein semitischer Volksstamm. Bln. 1879.
Bahr, Herm.: Der Antisemitismus. Bln. 1894.
Bamberger, Ludw.: Deutschum und Judentum. Lpz. 1880.
Bankberger, Dr. Hilarius: s. Perrot.
Baumgarten, M.: Wider Herrn Hofprediger Stöcker. Bln. 1881².
Bebel, August: Sozialdemokratie und Antisemitismus. Bln. 1894 u. 1906.
Berg, Alexander: Judentum und Sozialdemokratie. Bln. 1891.
Berg, Wilh.: Antisemitenbrevier. Bln. 1883.
Bergedorf, Max: Das Gefängnis der Juden. Wolfenbüttel 1884.
Bergner, Rud.: Die Judenherrschaft in den Karpathenländern. Marb. 1889.
Bernstein, A.: Ein Wort zur Judenfrage. (Siegfrieds Betrachtungen über die Antisemitenbewegung. 2.) Bln. 1881.
 — Herrn Stöckers Treiben und Lehren. Bln.
Beta, O.: Die Rassen und die Rente oder semitischer und germanischer Sozialismus. Bln. 1872.
 — Deutschland und die Juden oder Juda-Jesuitismus. Bln. 1876.

- Bewer, Max:* Bismarck im Reichstage. Dresd. 1891.
- Bey, Osman:* Die Eroberung der Welt durch die Juden. (Deutsche Uebersetzung.) Basel 1873.
- Böckel, Otto:* Wurden die Juden im Mittelalter unschuldig verfolgt? 1885.
- Jüdische und christliche Millionäre in Frankfurt a. Main. 1886.
- Die europäische Judengefahr. Cassel 1886.
- Die Verjudung der höheren Schulen in Oesterreich und Deutschland. 1886.
- Die Juden, die Könige unserer Zeit. Marb. 1887.
- Der Kampf gegen den jüdischen Hausierhandel. 1887.
- Börne, Ludw.:* Börne und Treitschke. Offenes Sendschreiben. Bln. 1886.
- Bourdeau, J.:* Studie über Mairs „Sieg des Judentums über das Germanentum“. Aus dem Journal des Débats 5. XI. 1879. Deutsch. Bln. 1881.
- Brake, Georg:* Zur deutschen Judenfrage. Gotha 1880.
- Brand, Theodor:* Die Judenfrage in Preußen. Bresl. 1842.
- Breßlau, Harry:* Zur Judenfrage. (Sendschreiben an Herrn Prof. Dr. H. v. Treitschke.) Bln. 1880.
- Brunner, Const.:* Der Judenhaß und die Juden. Bln. 1918.
- Curley, F.:* Bausteine zur Geschichte des Antisemitismus. Zell i. W. 1895.
- Caro, J.:* Den Judenfeinden Treitschke, Marr und Stöcker. Erfurt 1879.
- Cassel, Paulus:* Die Juden in der Weltgeschichte. Bln. 1880.
- Wider Herrn von Treitschke für die Juden. Bln. 1880⁹.
- Die Antisemiten und die evangelische Kirche. (Sendschreiben an einen evangelischen Geistlichen.) Bln. 1881.
- Ahasverus, die Sage vom ewigen Juden. Bln. 1885.
- Cohen, Hermann:* Ein Bekenntnis in der Judenfrage. Bln. 1880.
- Cohn, Elias:* Zwei Erwiderungsvorträge gegen Hofprediger Stöcker. Bln. (Selbstverlag).
- Cremier, Christoph Josef:* Die angeblichen 10 000 M. des Herrn v. Bleichröder. Bln. 1888.
- Curtius, L.:* Der politische Antisemitismus. München 1911.
- Curtius, Paul:* Der Weg zum Frieden. Denkschrift über die sozial-konservativen Bestrebungen. Bln. 1881.
- Delitsch, Frz.:* Rohlings Talmudjude. Lpz. 1881.
- Dühring, Eugen:* Die Judenfrage als Rassen-, Sitten- und Kulturfrage. Karlsruhe-Lpz. 1881.
- Der Ersatz der Religion durch Vollkommeneres und die Ausscheidung alles Judentums durch den modernen Völkergeist. Karlsruhe-Lpz. 1883.
- Ecker, Jakob:* Der Judenspiegel im Lichte der Wahrheit. Paderb. 1883.
- Eisler, M.:* Die Judenfrage in Deutschland. New York 1880.
- Eliot, George:* Die Juden und ihre Gegner. (Uebersetzt von E. Lehmann.) Hamb. 1880.
- Ender, Wilh.:* Offene Antwort auf das offene Sendschreiben des Herrn Dr. H. Breßlau an Herrn v. Treitschke. Bln. 1880.
- Erdmannsdörffer, H. G.:* Dem Abgrunde zu! Die deutsch-soziale Reformpartei in kritischer Betrachtung. Hann.-Münden 1898.

- Ernst, W. v.*: Noch etwas vom besiegten Germanentum. Dresden 1879.
- Fechenbach-Laudenbach, F. C., Reichsfreiherr v.*: Fürst Bismarck und die „deutsch“-konservative Partei. Eine politische Abrechnung. Frankfurt a. M. 1887.
- „Gouvernemental“ und „Conservativ“. Osnabr. 1885.
- Noch einmal die Partei Bismarck „sans phrase“. Augsb. 1885.
- Fiedler, P. J.*: Die Antisemitenbewegung in Deutschland in ihren Ursachen und Folgen. Darmst. 1891^a.
- Sind die heutigen Judenverfolgungen gerechtfertigt? Darmst. 1891.
- Fischer, Karl*: H. v. Treitschke und sein Wort über das Judentum. M.-Gladbach u. Lpz. 1880^a.
- Antisemiten und Gymnasiallehrer. Bln. 1881.
- Förster, Bernhard*: Das Verhältnis des modernen Judentums zur deutschen Kunst. Bln. 1881.
- Förster, Paul*: Kaiser Wilhelms deutsch-soziales Vermächtnis. Lpz. 1888.
- Der Kampf des Volkes um sein Dasein. Lpz. 1889.
- Unsere deutsch-sozialen Grundsätze und Forderungen. Vortrag in Breslau. 7. XI. 1891.
- Frantz, Ad.*: Sozialpolitische Beiträge zur Judenfrage. Bln. 1881.
- Frantz, Const.*: Der Nationalliberalismus und die Judenherrschaft. München.
- Der Untergang der alten Parteien und die Parteien der Zukunft. Bln. 1878.
- Frey, Thomas*: s. Fritsch, Theodor.
- Freytag, Gustav*: Ueber den Antisemitismus. (Wiener Neue Freie Presse 21. V. 1893.)
- Friedemann, Edm.*: Jüdische Moral und christlicher Staat. Bln. 1894.
- Fritsch, Theod. (pseud. Frey, Thomas)*: Leuchtkugeln. Lpz. 1881.
- Zur Bekämpfung zweitausendjähriger Irrtümer. Lpz. 1886.
- Antisemitenkatechismus. Lpz. 1887.
- Kleine Aufklärungsschriften, 1. u. 2. Sammlung. Lpz. 1892.
- Vom parteipolitischen Antisemitismus. („Der Hammer“ 11.) Lpz. 1912.
- Frohme, Karl (pseud. Junius)*: Das Judentum und die Tagespresse. Lpz. 1879.
- Fuld, Ludw.*: Das jüdische Verbrechen. Lpz. 1885.
- Gauvain, Herm. v.*: Zur Judenfrage. 2. Sendschreiben. Bln.-Lpz. 1881.
- Gedalius, Ed. G.*: Wie begegnen wir dem Antisemitismus? Lpz. 1893.
- Gerhard, Paul*: Lessing und Christus. Bresl. 1881.
- Gerlach, Helm. v.*: Deutsch-sozial und National-sozial.
- Vom deutschen Antisemitismus. „Patria“ 1904.
- Germanicus*: s. Richter.
- Gersdorff, Julius*: Das internationale Judentum und die schwarze Magie. Ein Beitrag zur Unduldsamkeit der jüdischen Nation. Usingen o. J.
- Gildemeister, J.*: Der Schulchan-aruch und was daran hängt. Bonn 1884.
- Glagau, Otto*: Der Börsen- und Gründungsschwindel in Berlin. Lpz. 1876.
- Der Börsen- und Gründungsschwindel in Deutschland. Lpz. 1877.
- Der Bankrott des National-Liberalismus und die „Reaktion“. Bln. 1878.
- Deutsches Handwerk und historisches Bürgertum. Osnabr. 1879.
- Des Reiches Not und der neue Kulturkampf. Osnabr. 1880^a.

- Glagau, Otto*: Liberale Freiheiten. Osnabr. 1885.
Glück, J.: Ein Wort an den Herrn Prof. H. v. Treitschke. Oldenb. 1880.
Grau, R. Fr.: Die Judenfrage und ihr Geheimnis. Gütersloh 1881.
Groussilliers, H. de: Gegen Virchow und Genossen. Bln. 1880.
 — *Nathan der Weise und die Antisemitenliga*. Bln. 1881.
Gruber, B.: Christ und Israelit. Ein Friedenswort zur Judenfrage. Reichenbach (Schles.) 1880.
Hammer, A. T.: Juda und die deutsche Gesellschaft. Bln. 1881.
Handbuch, Antisemitisches. Herausgegeben v. W. Giese. Bln. 1896.
Handbuch, enthaltend die sämtlichen Bestimmungen über die Verhältnisse der Juden. Herausgeg. v. C. Zander. Lpz. 1881.
Hartmann, Ed. v.: Das Judentum in Gegenwart und Zukunft. Bln. 1885.
Heckscher, M.: Die Börsensteuer. Minden (Westf.) 1885.
Heilenbach, L. B.: Die antisemitische Bewegung. Lpz. 1883.
Hemann: Die historische Weltstellung der Juden und die moderne Judenfrage. Lpz. 1881.
Henrici, Ernst: Reichshallenrede 17. XII. 1880. Bln. 1880.
 — Was ist der Kern der Judenfrage? Bln. 1881.
 — Toleranz und nationale Ehre. Bln. 1881.
 — Der Neustettiner Synagogenbrand vor Gericht. Bln. 1883.
Herrmann, F.: Das Ende des Antisemitismus. Bln. 1887.
Hofferichter, Theodor: Für die Semiten. Bresl. 1880.
Holländer, Ludw.: Die sozialen Voraussetzungen der antisemitischen Bewegung in Deutschland. („Im Deutschen Reich“ XIII.) 1907.
Jacoby, Jul.: Die antisemitische Bewegung in Baden. Karlsr. 1897.
Jahrbücher, Antisemitische. Herausgeg. v. W. Giese. Bln. 1898—1900.
Joël, M.: Offener Brief an Herrn Prof. H. v. Treitschke. Bresl. 1879.
Junius: pseud. f. Frohme, Karl.
Jurik, Josefine: Episteln gegen die allgemeine Verjudung. Auran 1885.
Dr. Justus: Der Judenspiegel. Paderb. 1882.
Klein, Adolf: Sozialpolitische Beiträge zur Judenfrage in Deutschland. Bln. 1881.
Klein, G.: Zur „Judenfrage“. Zür. 1880.
Koch, C. F.: Die Juden im preußischen Staate. Marienwerder 1833.
Köhler, Paul: Die Verjudung Deutschlands und der Weg zur Rettung. Stettin 1880.
Kolb, George: Schutz der nationalen Arbeit. Bayreuth 1883.
Dr. König: Ein Bubenstück. ersonnen, um eines Mannes Ehre zu vernichten. Hagen i. W. 1887.
Krause, Gerhard: Zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung in Deutschland. Berliner Arbeiterbibliothek II, 1890.
Lazarus, M.: Unser Standpunkt. Bln. 1881.
Lefson, E.: Anti-Stöcker. Offener Brief. Bln. 1879.
Lehmann, J. A.: Ueber die judenfeindliche Bewegung in Deutschland. 1880.
Lehnhardt, Erich: Die antisemitische Bewegung in Deutschland. Zür. (Bln.) 1884.
Lenz, H. K.: Der Kirchenväter Ansichten und Lehren über die Juden. Münster i. W. 1894.

- Leszczynski, Felix, Herm.*: Das Ende des Antisemitismus. Bln. 1887.²
- Lewin, Adolf*: Naturwissenschaft oder Judenhaß? Bresl. 1880.
- Liebermann, Max, v. Sonnenberg*: Beiträge zur Geschichte der antisemitischen Bewegung vom Jahre 1880—1885. Bln. 1885.
- Neue Zeiten — neue Parteien. Vortrag 23. I. 1885, Lpz.
- Lippert, Jul.*: Der Antisemitismus. Prag 1883.
- Locher, Frd.*: Wetterleuchten (der Staatsozialismus und seine Konsequenzen). Zür. 1881.
- Lombroso, C.*: Der Antisemitismus und die Juden. Lpz. 1894.
- Löwenfeld, S.*: Die Wahrheit über der Juden Anteil am Verbrechen. Bln. 1881.
- Lublinski, S.*: Der Antisemitismus (Neue deutsche Rundschau VII.) 1896.
- Luckhardt, Frdr.*: Fürst Bismarck und die Berliner Bewegung („Juden und Christen“ Heft 11). Lpz. 1895.
- Lucko, Hermann*: Ein Jahr im Zentrum der deutsch-sozialen Partei. Lpz. 1892.
- Maass, M.*: Die Mischehe, das einzig wirksame Mittel einer dauernden Vereinigung zwischen der jüdischen und christlichen Bevölkerung Deutschlands. Löbau (Westpr.) 1881.
- Maier, Gustav*: Mehr Licht! Ulm 1881.
- Marczianyi, Georg v.*: Esther Salymosi oder der jüdische rituelle Jungfrauenmord in Tißza-Eblar. Bln. 1882.
- Marr, Wilh.*: Der Judenspiegel. Hamb. 1862.
- Antisemitische Hefte Nr. 1—3. Lpz. 1879.
- Vom jüdischen Kriegsschauplatze. Bern 1879.
- Der Sieg des Judentums über das Germanentum. Bern 1879.
- Wählt keinen Juden! Bln. 1879.
- Goldene Ratten und rote Mäuse. Chemn. 1880.
- Der Weg zum Sieg des Germanentums über das Judentum (4. Auflage von „Wählt keinen Juden!“) Bln. 1880.
- Lessing contra Sem. Bln. 1885.²
- Mehring, Franz*: Herr Hofprediger Stöcker, der Sozialpolitiker. Bremen 1882.
- Mendelsohn, M.*: Die Pflicht der Selbstverteidigung. 1. Jahresbericht des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.
- Meyer, Rudolf*: Politische Gründe und die Korruption in Deutschland. Lpz. 1877.
- Meyer, S.*: Zurückweisung des dritten judenfeindlichen Artikels des Herrn Prof. H. v. Treitschke. Bln. 1881.
- Ein Wort an H. v. Treitschke. Bln. 1881.
- Ein Wort an Herrn Herm. Meßner. Bln. 1877.
- Michel, Simplex*: Ein Wort an die Leiter der Judenauswanderung. Frankfurt a. M. 1882.
- Leib Mausche Moschuls*: Ein Wort an die deutschen Juden. Zür. 1881.
- Müller, Fr.*: Stöckers angeblich ethisch-soziale Judenfrage. Würzb. 1880.²
- Nadyl, Moses Aron*: Offener Brief eines polnischen Juden an den Redakteur Herrn H. v. Treitschke. Löbau (Westpr.) 1881.
- Naudh, H.*: Die Juden und der deutsche Staat. Chemn. 1883.¹¹

- Naudh, H.*: Professoren über Israel. v. Treitschke und Breßlau. Bln. 1880.
 — Israel im Heere. Bln. 1879.
- Nehmann, S.*: Die Fabel von der jüdischen Masseneinwanderung. Bln. 1880.²
- Novikoff, Fedor de*: Das jüdische Rußland. Enthüllungen und Aufklärungen über die russische Judenfrage. Bln. o. J.
- Oppenheimer, Moses*: Semiten und Arier. Mannh. o. J.
- Paasch, Carl*: Auf, Deutschland! Zum Kampf gegen das Judentum. Lpz. 1892.
 — Ein deutscher Pentateuch. Lpz. 1892.
 — Geheimer Prof. Dr. Virchow aus Schivelbein. Unser großer Gelehrter. Lpz. 1892.
- Pariser, Kurt*: Antisemitismus — Anarchismus. Bln. 1896.
- Pattai*: Die Judenfrage in Deutschland und Oesterreich. Wien 1885.
- Pawel-Rammingen, Frh. v.*: Gedanken eines Kavaliers über Antisemitismus. Bln. 1887.²
- Perinhardt, J.*: Die deutschen Juden und Herr W. Marr. Löbau (Westpr.) 1879.²
- Perls, Arnold*: Herr Stöcker und sein Prozeß. Lpz. 1883.²
- Perrot, Fr. (pseud. Bankberger)*: Die Juden im deutschen Staats- und Volksleben. Frankf. 1879.
 — Die sogenannte „Deutsche Reichsbank“ — eine privilegierte Aktiengesellschaft von und für Juden. Bln. 1879.
- Pestalozzi, J.*: Herr Hofprediger Stöcker und die christlich-soziale Arbeiterpartei. Halle 1885.
 — Antisemitismus und Judentum. Halle 1886.
 — Der Antisemitismus ein Krebschaden, der am Marke unseres Volkslebens frißt. Lpz. 1891.
- Plath, Karl H. Chr.*: Was machen wir Christen mit unseren Juden? Nördlingen 1881.
 — Welche Stellung haben die Glieder der christlichen Kirche dem modernen Judentum gegenüber einzunehmen? Bln. 1881.
- Polakowsky, A.*: Was soll mit den Juden geschehen? Bln. 1881.
- Publikationen* über die antijüdischen Zeitungen. Hgb. von Schmeitzner. Chemnitz 1882.
- Radenhausen, C.*: Esther, die semitische Unmoral im Kampfe wider Staat und Kirche. Lpz. 1887.
- Rauchmann, Leo*: Religiöse Scheidewände. Zür. 1881.
 — Die Mischehe zwischen Juden und Christen. Zür. 1881.
- Rebbert, Josef*: Blicke ins talmudische Judentum. Paderb. 1879.
 — Christenschutz — nicht Judenhatz. Paderb. 1879.
- Reichenberg, A.*: Nach der Hatz. Zür. 1881.
- Revel, Wilh.*: Der Wahrheit die Ehre. Nürnberg. 1881.
- Reymond, M.*: Wo steckt der Mauschel? Bern-Lpz. 1879.
- Richter, Emil (pseud. Germanicus)*: Neuer Börsenschwindel. Lpz. 1880.
 — Die Frankfurter Juden und die Aufsaugung des Volkswohlstandes. Lpz. 1880.
 — Der neueste Raub am deutschen Nationalwohlstand. Frankf. a. M. 1881.

- Richter, Emil*: Die Rothschildgruppe und der Monumentale Conversions-
schwindel von 1881. Frankfurt a. M. 1882⁵.
- Rocholl, Heinr.*: Ueber die Stellung des evangelischen Christen zur so-
genannten Judenfrage der Gegenwart. Köln 1881.
- Rohan, Karl J.*: Eine Ansicht über die Ursachen der Judenfrage und über
die Mittel zur Lösung derselben. Lpz. 1882.
- Rohling, Aug.*: Der Talmudjude. Münster 1873.⁴
- Franz Delitzsch und die Judenfrage. Prag 1881.
- Meine Antworten an die Rabbiner. Prag 1883.
- Die Polemik und das Menschenopfer. Paderb. 1883.
- Sailer, F.*: Die Juden und das Deutsche Reich. Bln. 1879.³
- Saldenhofen, Fr. v.*: Ausgewähltes über das „auserwählte Volk“. Würzb.
1892.
- Scherr, Johannes*: Porkeles und Porkelessa. 1880.
- Scheidemann, Philipp*: Wandlungen des Antisemitismus. „Die neue Zeit“ 24.
1906 II.
- Schillik, C. J.*: Klage des ewigen Juden gegen Herrn Hofprediger Stöcker.
Bln. 1881.
- Schleinitz, A. v.*: An die Judenverfolger. Bln. 1881.
- Schöller, Herm.*: Die antisemitische Bewegung, ihre Entstehung und Ueber-
windung. Bln. 1911.
- Schrattenholz, Josef*: Antisemitenhammer. Düsseld. 1884.
- Vor dem Scheiterhaufen. Bresl. 1891.
- Schüler, Gottlieb August*: Die Judenfrage. Marb. 1880.
- Schwalb, M.*: Zur Beleuchtung des Stöcker-Mythus. Bln. 1885.
- Siegfried, Heinrich*: Zwei Betrachtungen über die Antisemitenbewegung in
Deutschland. Bln. 1881.
- Sieke, Ernst*: Die Judenfrage und der Gymnasiallehrer. Bln. 1880.²
- Sincerus*: Ein geistiger Krach im Parlament. Heidelb. 1883.
- Singer, Isidor*: Berlin, Wien und der Antisemitismus. Wien 1882.
- Briefe berühmter christlicher Zeitgenossen über die Judenfrage. Wien
1885.
- Stern, Ludw.*: Die Lehrsätze des neugermanischen Judenhasses mit beson-
derer Rücksicht auf W. Marrs Schriften. Würzb. 1879.
- Sulpicius*: Der Judenhaß und die Mittel zu seiner Beseitigung. Stuttg. 1882.²
- Sulzbach, A.*: Rischuß oder Judenidiosynkrasie. Löbau (Westpr.) 1879.
- Thiele, A. F.*: Die jüdischen Gauner in Deutschland. ihre Taktik. ihre Eigen-
tümlichkeiten und ihre Sprache. Bln. 1841.
- Timann, Richard*: Die Judenfrage und die evangelische Kirche. Halle 1881.
- Treitschke, H. v.*: Unsere Aussichten. Preuß. Jahrbücher 44, Heft 5. 1879.
- Herr Grätz und sein Judentum. Jhrb. 44. VI.
- Erwiderung an Th. v. Mommsen. Jhrb. 46. VI.
- Valentin, C.*: Der Kaiser hat gesprochen. Bln. 1889.
- Victor, Clemens*: Prof. Dr. Rohling, die Judenfrage und die öffentliche
Meinung. Lpz. 1887.
- Wagner, C.*: Was sagt Christus von den Juden? Bln. 1893.²
- Wahrmund, Ad.*: Der Kulturkampf zwischen Asien und Europa. Bln. 1887
- Die christliche Schule und das Judentum. Wien 1885.

- Wahrmund, Ad.:* Das Gesetz des Nomadentums und die heutige Judenherrschaft. Karlsruhe-Lpz. 1887.
- Waldegg, Egon:* Die Judenfrage gegenüber dem deutschen Handel und Gewerbe. Dresd. 1879.
- Judenhaß oder Notwehr? Dresd. 1880.
- Waldhausen, Robert:* Jüdisches Erwerbsleben. Passau 1892.*
- Wedell, K. A. C. v.:* Vorurteil oder berechtigter Haß? Bln. 1880.
- Dewalds Wegweiser* durch die antisemitische Literatur. Bln. 1890.
- Weicker, Georg:* Zur Lösung der Judenfrage (anonym erschienen). Darmstadt 1894.
- Wertheimer, Josef, Ritter v.:* Zur Emanzipation unserer Glaubensgenossen. Wien 1882.
- Wilmanns, C.:* Die „goldene“ Internationale. Bln. 1876.
- Winter, Georg:* Der Antisemitismus in Deutschland, vom sozialpolitischen Standpunkt betrachtet. Magdeb. 1896.
- Wolff, Georg:* Ist die Antisemitenbewegung ein nationaler Freiheitskampf? Velben 1894.

Inhalt.

I. Judenfeindliche Strömungen in dem Kampfe gegen Bismarcks nationalliberale Aera	5
II. Judengegnerschaft Stöckers und der „Christlich-sozialen“. (1878 — 1879)	18
III. Ansätze zur Bildung antisemitischer Parteien in der „Berliner Bewegung“	30
IV. Die „Deutsche Reformpartei“	46
V. Die „Deutsche Antisemitische Vereinigung“	59
VI. Die „Deutsch-Sozialen“ und die „Antisemitische Volkspartei“	71
Anlage: Bibliographie	84
